

Internationale Münchner Friedenskonferenz

2015

5. - 8. 2. 2015

Beiträge und Texte von der Konferenz

u. a. von

Susanne Luithlen

Joachim Bauer

Karl Grobe-Hagel

Beatrix Zurek

Clemens Ronnefeldt

Uwe Krüger

Thomas Rödl

Claudia Haydt

Andreas Zumach

Felix Pahl

Gabriele Hiltz

www.friedenskonferenz.info



**Frieden und Gerechtigkeit
gestalten - NEIN zum Krieg**

Impressum

Dokumentation der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2015

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg
München, 5. – 8.2. 2015

Herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern

Redaktion: Thomas Rödl, Gertrud Scherer, Heinz Staudacher

Eigendruck im Selbstverlag, ViSdP: Thomas Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Zusammenfassung der Vorträge, Abschriften vom Tonträger und Textbearbeitungen: Gertrud Scherer, Gudrun Haas, Rosemarie Wechsler, Thomas Rödl, Heinz Staudacher

Umschlag: Heinz Staudacher

Lay-out: Werner Bergheim, Heinz Staudacher

Gesetzt aus Charis SIL, Pigiarniq und Perpetua

Bildmaterial: Antje Wagner, Dr. Uwe Krüger, Martin Pilgram, Heinz Staudacher

Unser Dank gilt allen, die uns bei der Ausrichtung der Konferenz unterstützt und ermuntert haben. Besonderer Dank gilt den ReferentInnen, den DolmetscherInnen und Übersetzern, der musikalischen Unterstützung, den Trägerorganisationen, der Stadt München und allen HelferInnen bei der Vorbereitung der Veranstaltungen.

Mitglieder des Ehren-Kurats:

- Prof. Dr. Hans-Peter Dürr †, Träger des Alternativen Nobelpreises
- Dr. h.c. Hans-Christof von Sponeck, ehemaliger UNO-Koordinator für den Irak
- Dr. Franz Alt, Publizist
- Dr. Klaus Hahnzog, Bürgermeister a.D. und Verfassungsrichter
- Konstantin Wecker, Liedermacher, Komponist, Autor
- Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Professorin für Friedens- und Konfliktforschung
- Prof. Dr. Dr. Joachim Bauer, Neurobiologe, Arzt, Psychiater

Trägerkreis (weitere Informationen Seite 66 bis 69):

- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Bayern
- Internationaler Versöhnungsbund, deutscher Zweig e.V.
- Internationale katholische Friedensbewegung pax christi im Erzbistum München & Freising
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit
- Kreisjugendring München-Stadt
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern
- Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“
- Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e.V.

Die Organisation erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Bayern sowie mit der freundlichen Unterstützung des Kulturreferates der Landeshauptstadt München.

Inhaltsverzeichnis

Impressum/Trägerkreis		2
Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“		4
Internationales Forum: „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ am 6.2.2015 im Alten Rathaus		5
Einleitung, Moderation	Clemens Ronnefeldt	5
Grußwort der Landeshauptstadt München	Beatrix Zurek	9
Gewaltfreier Widerstand ist erfolgreich	Susanne Luithlen	11
Gewalt ist kein Naturgesetz	Joachim Bauer	16
Zivile Alternativen im Ukraine-Konflikt	Karl Grobe-Hagel	21
Bericht aus dem Gesprächsforum am 7.2.2015 mit Susanne Luithlen, Joachim Bauer und Karl Grobe-Hagel		27
Bericht von der Aktuellen Runde mit Claudia Haydt, Felix Pahl, Andreas Zumach		29
Bericht von der Vortragsveranstaltung Warum spielt die Friedensbewegung keine Rolle in den Leitmedien?		
Einführung, Moderation	Thomas Rödl	46
zusammenfassender Artikel für die Zeitschrift „Neues Deutschland“ nach der Friedenskonferenz	Uwe Krüger	47
Von Nachrichtenwerten und Friedensjournalismus	Uwe Krüger	50
SZ-Analyse	Thomas Rödl	52
Friedensgebet der Religionen am 8.2.2015 im Gemeindesaal der Kreuzkirche	Gabriele Hilz	54
Informationen zu den Mitwirkenden		56
Informationen zu den Trägerorganisationen		66

Musikalische Begleitung: Laye Mansa

Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“

Die Münchner Friedenskonferenz ist die inhaltliche Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz.

Einschätzung der Münchner Sicherheitskonferenz

Die Münchner Sicherheitskonferenz wurde als „Wehrkundetagung“ gegründet, als die so genannte Sicherheitspolitik von einer klaren Frontstellung gegen die sozialistischen Staaten gekennzeichnet war. Abschreckung, militärische Stärke und Totrüstungen des Gegners waren die zentralen Konzepte der militärischen Machtpolitik. Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ geht es den westlichen Industriestaaten - also vorwiegend den Staaten der NATO – vorrangig um den weltweiten Zugriff auf Ressourcen und um die Absicherung der Handelswege und Absatzmärkte auch mit militärischen Mitteln. Für die Absprachen dafür spielt die Münchner Sicherheitskonferenz eine wichtige Rolle.

Ihr Sicherheitsverständnis ist auf Dominanz und Machterhalt ausgerichtet. Aus der Drohgebärde der Hochrüstung im „Kalten Krieg“ sind tatsächliche militärische Interventionen in strategisch wichtigen Regionen geworden, z.B. im Irak und in Afghanistan. Diese wurden mit hohem propagandistischem Aufwand zu „Krisengebieten“ erklärt, die „unsere Sicherheit“ bedrohen und somit Militäreinsätze rechtfertigen sollen. Diese Militärpolitik ist durch die UNO-Charta nicht gedeckt. Sie kostet in den Kriegsgebieten unzähligen Menschen das Leben, bewirkt Verarmung und Radikalisierung und verschlingt ungeheure Mittel. Diese Mittel fehlen für die zivile Konflikt- und Krisenbewältigung und für Strategien gegen die von Menschen gemachten Katastrophen.

Ein Umsteuern ist notwendig - zivil handeln statt militärisch intervenieren

Eine „Internationale Sicherheitskonferenz“, die diesen Namen verdient, muss nach unserer Ansicht militärisches Sicherheitsdenken überwinden und auf gemeinsame Sicherheit durch Interessenausgleich und Kooperation setzen. Für den Paradigmenwechsel ist eine grundlegende Umschichtung von den hohen Militärausgaben zur Finanzierung von ziviler Konflikt- und Krisenbewältigung nötig. An die Stelle des Strebens nach Überlegenheit und Gewinnmaximierung müsste eine neue Denkweise treten: Orientierung an globaler Gerechtigkeit, am Gemeinwohl für alle Menschen und an Nachhaltigkeit in der Wirtschaft und im Umgang mit den Ressourcen.

Es gibt detaillierte Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen Bereich, bei innerstaatlichen Konflikten und ermutigende Erfahrungen auf internationaler Ebene. Die UNO, zwischenstaatliche und regierungsunabhängige Organisationen haben auf diesem Gebiet durch Verhandlungen, Schlichtung und Beobachtermissionen bereits Beachtliches geleistet. Zu den wichtigsten Instrumenten zählt auch der Zivile Friedensdienst (ZFD), der mit den Konfliktparteien vor Ort an Lösungen arbeitet, die für alle tragbar sind. Die „Internationale Münchner Friedenskonferenz“ beschäftigt sich seit 2003 mit diesen neuen Ansätzen und zeigt internationale Beispiele für das Gelingen auf.*

Von der Bundesregierung erwarten wir:

Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr

Stopp der Waffenexporte und Unterbindung des illegalen Waffenhandels

Senkung der Rüstungsausgaben und eine deutliche Erhöhung der Mittel für zivile Konfliktbearbeitung

Einführung eines Zivilsteuergesetzes: Kein Steuer-Zwang zur Mitfinanzierung der Militärausgaben

Schritte zur Abrüstung mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung

Eine Stärkung der Institutionen der gemeinsamen Sicherheit wie UNO und OSZE

Ziele und Aufgaben der Friedenskonferenz:

Ein wesentliches Ziel der Friedenskonferenz ist es, Denkprozesse anzustoßen, die eine Kultur des Friedens beflügeln.

Mit konkreten Beispielen aus verschiedenen Kulturen wollen wir Perspektiven aufzeigen für eine am Wohl der Menschen orientierte Sicherheit.

Wir wollen die Menschen ermutigen, sich ins politische Geschehen einzumischen.

Mit der Friedenskonferenz legen wir den Schwerpunkt auf die Beschäftigung mit friedenspolitischen Optionen. Wir sehen sie als Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung neben den Straßenaktionen, Dialogveranstaltungen und Friedensgebeten.

Wir setzen uns mit unserem Handeln und der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ dafür ein, dass die Menschen in Frieden und in sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.

*) Die inhaltlichen Beiträge zu den Friedenskonferenzen sind dokumentiert unter www.friedenskonferenz.info

Internationales Forum

Frieden und Gerechtigkeit gestalten



v.l.n.r.: Joachim Bauer, Beatrix Zurek, Laye Mansa, Susanne Luithlen, Karl Grobe-Hagel, Clemens Ronnefeldt

Einführung

von Clemens Ronnefeldt, Moderator

Guten Abend, liebe Besucherinnen und Besucher des Internationalen Forums im Rahmen der 13. Internationalen Münchner Friedenskonferenz.

Ich möchte Sie - auch im Namen der Vorbereitungsgruppe und des Trägerkreises dieser Konferenz - sehr herzlich begrüßen.

Mein Name ist Clemens Ronnefeldt, ich komme aus Freising und arbeite seit 1992 als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

Auch in diesem Jahr haben wir wieder kompetente Gäste auf das Podium eingeladen, die ich sie bitte, mit mir zu begrüßen:

- Susanne Luithlen von der Akademie für Konflikttransformation
- Prof. Joachim Bauer von der Universität Freiburg
- Dr. Karl Grobe-Hagel, Journalist und Autor.

Als Vertreterin der Landeshauptstadt München, deren Kulturreferat auch in diesem Jahr diese Veranstaltung unterstützt, begrüße ich erstmals Frau Beatrix Zurek,

bildungspolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion.

Ganz herzlich begrüßen möchte ich auch die anwesenden Kuratoren der Internationalen Münchner Friedenskonferenz.

Wir freuen uns, dass Laye Mansa diesen Abend musikalisch bereichert. Er kommt ursprünglich aus einem Vorort von Dakar, der Hauptstadt von Senegal - und engagiert sich in seinen Liedern für die Bewahrung der Schöpfung.

Liebe Besucherinnen und Besucher, zu Beginn dieses Abends möchte ich mit Ihnen des Mannes

gedenken, ohne den es diese Friedenskonferenz so nicht gäbe: Prof. Hans-Peter Dürr. Im Vorfeld der ersten Konferenz 2003 - dem Jahr des Irak-Krieges - hat er dazu ermutigt, eine zivile Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz durchzuführen. Er war lange unser Schirmherr, später umbenannt in Kurator.

Hans-Peter Dürr - hier mit Johann Galtung, die beide 1987 den „Alternativen Nobelpreis“ verliehen bekamen - inspirierte uns mehrfach als Referent und mit seinen Grußworten. Wir gedenken heute eines ganz Großen unserer Zeit - und bedauern, dass seine Frau Sue heute aus Krankheitsgründen nicht da sein kann.

Wir werden sein Erbe, unbequemer Mahner zu sein, fortsetzen.

Dieses letzte Jahr hatte es in sich: Kriege in Syrien, Irak und der Ukraine, zwischen Israel und Hamas, in Afrika und Lateinamerika, Flüchtlingsdramen im gesamten Nahen und Mittleren Osten, Terroranschläge fast jede Woche.

Wir können auch in diesem Jahr nicht alles behandeln - sondern werden Schwerpunkte setzen.

Gestern abend bereits zeigte Dr. Uwe Krüger die Verflechtung großer deutscher Leitmedien mit transatlantischen Netzwerken auf - und warum die Friedensbewegung in



vielen Medien mit ihren Positionen ignoriert wird.



„Stoppt Putin jetzt“ - titelte der Spiegel im Sommer 2014 - ohne Beweis dafür, dass der russische Präsident für die abgebildeten Opfer des Fluges MH 17 die Verantwortung trägt.

„Wer stoppt diese Art der konfliktverschärfenden Medienberichterstattung?“ ist eine meiner Fragen heute Abend.

„Hauptsache, es brennt“, untertitelte die SZ diese Karikatur nach der Ankündigung Barack Obamas, ebenso wie die russische Seite US-Waffen in die Ukraine zu liefern.

Was könnte bei einer weiteren Eskalation passieren? „Dann müsste man den Dritten Weltkrieg beginnen“, sagte vor wenigen Tagen ein russischer Militärexperte.

Wir haben Karl Grobe-Hagel gebeten, heute nach der Pause Wege aus diesen Teufelskreisen der Gewalt aufzuzeigen.

Das Thema „Schutzverantwortung“ u.a. für Menschen, die dem IS-Terror in Irak und Syrien zum Opfer fallen, wird uns morgen Abend im Rahmen der „Aktuellen Runde“ beschäftigen, ebenso der Missbrauch dieses Begriffes für Machtinteressen.

Wie können Waffen mit Sicherheit für „gute Zwecke“ geliefert werden? Sind Rüstungsexporte nicht grundsätzlich konfliktverschärfend? Welche Deeskalations-Mittel stehen bei drohenden Massenmorden zur Verfügung?

Darum wird es morgen Abend im Gewerkschaftshaus gehen.

Warum sind die Grenzen Europas offenbar für Rüstungsexporte selbst in Krisen- und Kriegsgebiete durch-



lässiger als für Flüchtlinge in Not aus diesen Ländern?

Deutschland liegt bei der Aufnahme von Flüchtlingen - relativ gesehen pro eine Million Einwohner des jeweiligen Landes - hinter Schweden, Norwegen, Luxemburg und der Schweiz - und weit hinter Libanon, Jordanien und der Türkei.

Warum vermitteln viele Politiker das Bild, Deutschland trage die größte Last bei der Flüchtlingsaufnahme in Europa?

Bereits im Dezember 2011 titelte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung:

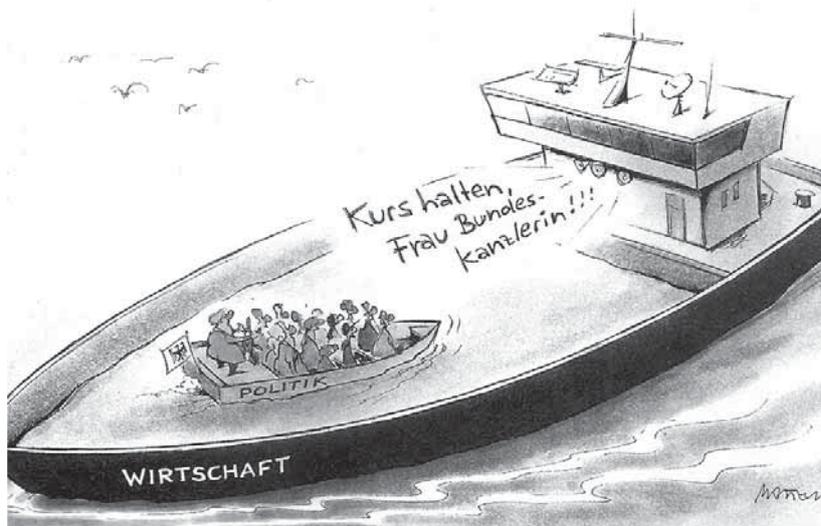
„Der Krieg der Banken gegen das Volk“ - und führte aus, wie in einem Akt struktureller Gewalt die Finanzwirtschaft die Geld-Umverteilung von ärmeren Bevölkerungsschichten hin zu den Reichen organisiert - national wie international.

Der französische Ökonom Thomas Piketty hat mit seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, das dieses Auseinandergehen der Arm-Reich-Schere empirisch belegt, bereits jetzt Geschichte geschrieben.

Immer mehr Menschen durchschauen diese immer bedrohlicher werdenden - durchaus veränderbaren - Mechanismen - andere dagegen suchen die Sündenböcke für ihren sozialen Abstieg eher z.B. unter den Flüchtlingen.

Wäre es nicht an der Zeit, die Empörung gegen ein aus dem Ruder gelaufenes Finanz- und Wirtschaftssystem zu richten und dieses neu zu gestalten?

„Kurs halten“, rufen die Wirtschaftskapitäne der Bundeskanzle-



Nr. 2 | 2015 Publik-Forum

rin zu - und konnten das transatlantische Freihandelsabkommen gegen eine zunehmend wachere Zivilgesellschaft bisher nicht durchsetzen.

Wieviel Macht und Gestaltungsspielraum bleibt einer Demokratie, wenn die Bilanzsumme der Deutschen Bank allein den deutschen Bundeshaushalt um ein Mehrfaches übersteigt?

Wie könnte - national wie international - die derzeitige strukturelle Ausbeutung gestoppt und eine Um-

verteilung so organisiert werden, dass der Frieden als Frucht von Gerechtigkeit eine Chance bekommt?

„Teilen, nicht Töten“ - so lautet der programmatische Titel des Buches des Sozialethikers Prof. Friedhelm Hengsbach - das ich zur Lektüre empfehle.

Wie können wir angesichts all dieser bedrohlichen Entwicklungen unsere eigene Menschlichkeit und Liebessfähigkeit bewahren - und wo liegen Hoffnungszeichen für Veränderungen hin zu mehr Gerechtigkeit und Frieden?

Wir sind sehr froh, dass Frau Luithlen, die dankenswerterweise für die in den Programmen ausgedruckte und leider erkrankte Erica Chenoweth eingesprungen ist, uns die erfolgversprechende Kraft gewaltfreien Widerstehens nahe bringt.

Und wir sind sehr froh, dass Herr Professor Bauer uns aufzeigen wird, dass Gewalt kein Naturgesetz ist.

Damit möchte ich meine Einleitung beenden und nun Sie, Frau Zurek bitten, ein Grußwort der Stadt München an uns zu richten.



Grußwort der Landeshauptstadt München

Beatrix Zurek

Stadträtin der Landeshauptstadt München



Sehr geehrte Damen und Herrn,
- ich darf an dieser Stelle auch noch eine Stadtratskollegin - Frau Brigitte Wolf - begrüßen.

Ich habe die Ehre Ihnen in Vertretung des Oberbürgermeisters zur 13. Friedenskonferenz und zum Internationalen Forum „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ die Grüße der Landeshauptstadt München zu überbringen. Dass dies wieder im Alten Rathaussaal geschehen darf, freut mich umso mehr. Die letzten Jahre haben Sie ja ein wenig auf Wanderschaft verbracht.

Sehr geehrte Damen und Herrn, in was für einer Welt leben wir eigentlich? Die gewaltigen Ereignisse der letzten Wochen und Monate bewegen uns. Attentate von unglaublicher Brutalität und Menschenverachtung haben Paris, Frankreich, haben uns alle erschüttert. Akte der Barbarei des IS rauben uns den Atem. 26 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und dem gedachten endgültigen Ende des Kalten Krieges ist die Welt

von Frieden und Sicherheit weiter entfernt denn je. Die Ukrainekrise entwickelt sich nicht weit von uns entfernt in eine neue Dimension. In vielen Teilen der Welt sehen wir uns mit Konflikten und Kriegen konfrontiert - es ist weit zu einer friedlicheren und sicheren Welt.

Zum 51. Mal findet die Münchner Sicherheitskonferenz statt, gestartet als Wehrkundetagung und dann als Sicherheitskonferenz benannt. Ein Treffen im Bayerischen Hof, wo Militärs und Repräsentanten der Rüstungsindustrie mit hochrangigen Politikern aus aller Welt diskutieren. Sie diskutieren über die Sicherheit in dieser Welt - sicherer und friedlicher ist unsere Welt dadurch nicht geworden. Noch mehr Waffen, noch mehr Soldaten, noch mehr Krieg - das ist keine Antwort, keine Lösung für die Konflikte.

Sehr geehrte Damen und Herrn, bereits 1777 hat Goethe einen Satz formuliert, der auch heute gilt und

noch heute Aktualität hat: „Allen Gewalten zum Trotz sich enthalten.“ Allen Gewalten zum Trotz sich enthalten - Konflikte sind eben nicht durch Gewalt zu lösen.

Nachhaltiger Friede muss sich mit den Ursachen der Konflikte beschäftigen. Nachhaltige Friedenspolitik bedeutet eine gerechte Verteilung der Ressourcen, bedeutet eine gerechte Verteilung der Lebenschancen, bedeutet eben den Geldsack mitten im Boot. Nachhaltige Friedenspolitik bedeutet eine faire Handels- und Entwicklungspolitik. Sie verlangt ein Bewusstsein aber auch für den eigenen Konsum, was wir viel zu oft vergessen.

Diese Friedenspolitik muss das Verständnis der Kulturen und den Dialog der Religionen fördern. Natürlich löst der Dialog nicht alle Probleme. Wie bedeutend er aber ist, wissen wir seit Jahrhunderten. 1783 hat Gottfried Ephraim Lessing „Nathan der Weise“ veröffentlicht.

Wir alle kennen die Ringparabel. Christian Stückl hat dieses Stück jetzt neu im Münchner Volkstheater inszeniert und es ist aktueller denn je. Ich glaube, bei der Wahl des Stückes wusste er nicht, wie sehr es sozusagen in die Zeit hinein trifft.

In dieser nunmehr 13. Friedenskonferenz suchen Sie und zeigen Sie Alternativen und gewaltlose Lösungswege für die Krisen und die Konflikte - dies ist auch bitter nötig. Über 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Auch wir werden durch die steigende Zahl der Menschen (die wohl subjektiv noch als größer empfunden wird, aber aus meiner Sicht eigentlich noch viel zu niedrig ist), die bei uns Zuflucht suchen, mit den Konflikten näher befasst. Geben wir doch diesen Menschen - und zwar allen - auf jeden Fall und egal, welche Qualifikation sie haben, ohne Ansehung der Person eine Chance. Niemand verlässt doch ohne Grund seine Heimat. Aber investieren wir



auch in die Zukunft dieser Länder und investieren wir nicht in die Konflikte?

Ihr Engagement als Organisatoren und als Teilnehmer dieser Friedenskonferenz ist wichtiger denn je. Das interessante und anspruchsvolle Programm ist Garant für eine

tiefe Diskussion und für neue wichtige Impulse. Ich darf mich für Ihre Arbeit, für Ihr Engagement und für Ihr sozusagen tätiges Mitwirken am Frieden bedanken

- und danke auch für die Aufmerksamkeit.



Susanne Luithlen

Gewaltfreier Widerstand ist erfolgreich

Frau Luithlen kommt aus Köln, studierte Philosophie, Politikwissenschaft, Afrikanistik und Entwicklungspolitik. Sie arbeitete als Leiterin der Akademie für Konflikttransformation im Forum Ziviler Friedensdienst und war Senior-Beraterin für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria.

Im Auftrag der Bundesregierung, für Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen moderierte sie Internationale Workshops und Konferenzen. Sie war Geschäftsführerin deutscher entwicklungspolitischer NGOs und Vorstandsvorsitzende eines europäischen NGO-Netzwerkes in Brüssel.

Frau Luithlen, Sie haben das Wort zum Thema „Gewaltfreier Widerstand ist erfolgreich“.



Vielen Dank für die freundliche Einführung und auch für die Einladung. Das hat mich auch sehr gefreut, wenn es auch kurzfristig war. Das macht nichts.

Die Häufung der schlechten Nachrichten ist ja gefühlt im Moment extrem und gerade in der Einführung habe ich gemerkt, dass es auch sehr bedrückend ist. Ich würde mir jetzt trotzdem wünschen, dass wir uns auch mit ein bisschen Lust dem Thema der Wirksamkeit gewaltfreier Aktionen zuwenden. Denn da gibt es wirklich auch eine gute Botschaft. Mit diesem Thema, das den Titel des Vortrags ausmacht, möchte ich anfangen. Und anschließend mich kurz der Frage zuwenden, eher als eine Art Blicklicht, wieso denn trotzdem Gewalt so schnell passiert. Und abschließend ein paar Gedanken, was die Ergebnisse für uns, jeden einzelnen, aber auch gesellschaftlich und letztlich auch für eine deutsche Außenpoli-

tik bedeuten können.

Als ich darüber nachdachte, wie diese ganzen Dinge zusammen hängen könnten, auf einer abstrakteren oder grundlegenden Ebene, ist mir der Gedanke gekommen, dass sowohl die Gewaltfreiheit als auch die Gewalt Variationen des großen Themas der menschlichen Ambivalenz sind. Nur dass sie fundamental unterschiedlich dieses Thema variieren. Und auf diesen Gedanken möchte ich immer mal wieder zu sprechen kommen. Zunächst geht es um die Frage, dass und warum Gewaltfreiheit erfolgreich ist. Und bei diesem Thema beziehe ich mich auf die Studie, die Erica Chenoweth und Maria Stephan 2011 vorgelegt haben mit dem Titel „Why civil resistance works. The strategic logic of civil conflict.“ (Warum funktioniert ziviler Widerstand. Die strategische Logik von zivilen Konflikten.) Bei dieser Studie ist es interessant und erhöht ihre Glaub-

würdigkeit, dass Erica Chenoweth sich selber als Konvertitin bezeichnet. Sie kam aus einer militärischen Karriere und bei einem Workshop, zu dem sie mehr oder weniger gedrängt wurde und es um gewaltfreie Aktionen ging und sie ständig Gegenargumente hatte, wenn die Leute die Gewaltfreiheit betont haben, sagte irgendwann jemand zu ihr: „Wenn Du immer alles besser weißt, dann beweise es doch mal.“ Diese Herausforderung nahm sie an und hat inzwischen alle Aufstände mit mehr als 1000 Personen zwischen 1900 und 2006 untersucht, die als Ziel hatten, entweder einen Regimewechsel herbeizuführen oder eine Besatzungsmacht zu vertreiben oder ein Stück Land - also eine Sezession - zu organisieren. Davon waren zwei Drittel bewaffnete, gewaltvolle Kämpfe und ein Drittel waren gewaltfrei. Diese wurden alle untersucht und zwar nur im Blick auf ihre Wirksamkeit.

Es ging nicht darum, was ist moralisch besser, was passt besser zu den Zehn Geboten oder ähnliches, es ging nur darum, womit kommt man eher zum Ziel. Dabei ging es um die Ziele, die gesetzt waren. Die Frage war „was wirkt mehr?“ und danach „warum wirkt es mehr?“ Es stellte sich heraus, dass gewaltfreie Kampagnen – sie nennen das Kampagnen, weil sie abgegrenzt haben, dass es mehr als 1000 Leute sein müssen, dass es mehrere

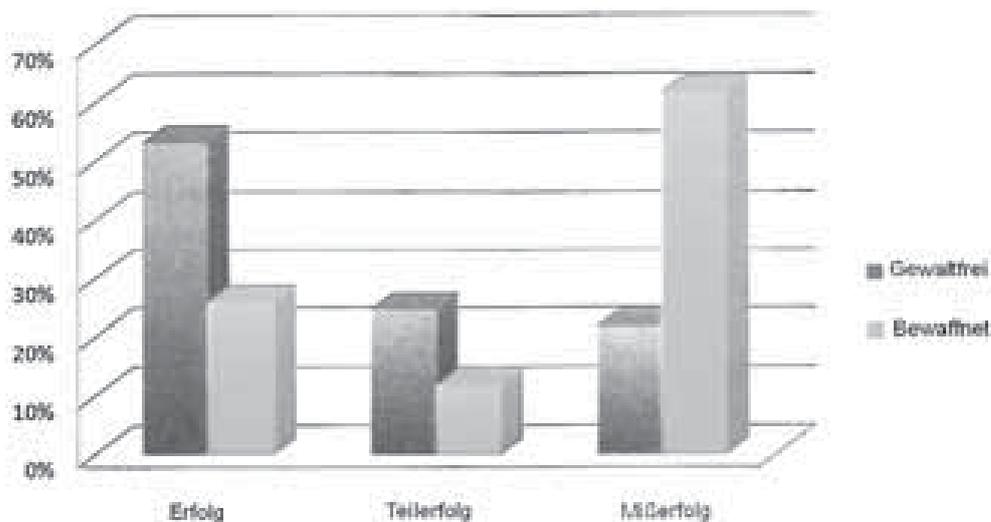
Aktionen geben muss, es reicht nicht nur eine einmalige Aktion und dass es in irgendeiner Form organisiert und zielgerichtet ist. Also die gewaltfreien Kampagnen – das zeigte sich – sind ungefähr doppelt so häufig erfolgreich wie die gewaltanwendenden. Der Erfolg liegt ungefähr bei 50 Prozent. Interessant ist, dass dieser Trend zum Erfolg der Gewaltfreiheit sich in den letzten 50 Jahren verstärkt hat. Also gewaltfreie Kampagnen sind häufiger und erfolgreicher geworden und gewaltanwendende sind seltener und weniger erfolgreich geworden. Das ist einmal ein wunderbares Ergebnis und für die Autorin überraschend.

Natürlich kommen gleich Einwände, wenn man sagt, die Gewaltfreiheit ist erfolgreicher. Verschiedenste Einwände. Nehmen Sie sich eine Minute Zeit, um mit Ihrem Nachbarn darüber zu reden, welche Einwände Ihnen in den Sinn kommen und dann hören Sie, welche Einwände die Autorinnen erörtert haben.

.....Die Minute ist rum.

Ein Jammer, wenn ich Sie sich so interessiert unterhalten höre, dass wir nicht sammeln können, was Sie gefunden haben. Das würde mir als Akademieleiterin besondere Freude machen. Dafür reicht die Zeit nicht.

Die Autorinnen haben sich mit folgenden Einwänden beschäftigt.



Zum einen der Einwand, dass die Gewaltfreiheit und ihr Erfolg beides dieselbe Ursache haben. Also dass man den Erfolg nicht der Gewaltfreiheit zusprechen kann, sondern dass es zugrundeliegende Ursachen gibt, die sowohl die Wahl der Mittel, also die Wahl der Gewaltfreiheit als auch ihren Erfolg bedingen. Ein zweiter Einwand, den sie aufgearbeitet haben, ist der Einwand, dass es strukturelle Bedingungen gibt, das heißt, die Bevölkerung ist gebildet, ethnisch homogen und dass das der Grund für den Erfolg wäre und nicht die Gewaltlosigkeit. Ein dritter Einwand, dass Gewaltlosigkeit nur dann Erfolg hat, wenn der Gegner weniger brutal ist. Das ist häufig gesagt worden, dass Gandhi gegen England häufig erfolgreich war, aber wenn man in Deutschland gegen die Nazis gekämpft hätte, das wäre ganz anders geworden. Das sind die Einwände, die sie aufgreifen.

Alle diese Einwände halten der statistischen Prüfung nicht stand. Es handelt sich hier um eine statistische Prüfung und es zeigt sich, dass die Ursache für den Erfolg die Gewaltfreiheit selber ist. Dass man das nicht mit anderen Faktoren kombinieren kann. Was sehr interessant ist aus Sicht eines externen Akteurs, wie es Deutschland häufig ist, dass der Erfolg von gewaltfreien Kampagnen aus der Gewaltlosigkeit und dem System selber

kommt, während der Erfolg von bewaffneten Kampagnen entscheidend davon abhängt, ob sie ausländische Unterstützung mobilisieren können. Das heißt dann auch, dass, wenn ich in einem anderen Land einen Konflikt in eine Richtung drängen will, ist es günstiger, wenn dort geschossen wird, weil ich dann von außen Einfluss nehmen kann. Während wenn die Leute gewaltfrei handeln, bestimmen sie im Wesentlichen selber, was sie tun.

Die entscheidende Frage war ja dann nun, nachdem man herausgefunden hatte, es ist erfolgreicher und es liegt auch an der Gewaltfreiheit, dass es erfolgreich ist, warum, was ist der Faktor, der den Erfolg bedingt? Es hat sich herausgestellt, dass der Erfolgsfaktor für alle Kampagnen, sowohl die, die Gewalt anwenden als auch die, die keine Gewalt anwenden, gleich ist. Und zwar hängt der Erfolg davon ab, dass sich möglichst viele Menschen beteiligen. Also die Mobilisierungsfähigkeit entscheidet über den Erfolg. Bei der Mobilisierungsfähigkeit kommt der strategische Vorteil der Gewaltfreiheit ins Spiel. Man kann aus sehr vielen verschiedenen Gründen leichter für Gewaltfreiheit mobilisieren als für Gewalt. Und ein wichtiger Punkt ist, dass die Formen des Mitmachens vielfältiger sind. Man kann die Intensität selber steuern. Man kann heute mitmachen und morgen nicht. Man kann auf gehobener Position mitmachen,

man kann eher vorne marschieren, man kann in der Mitte marschieren. Man kann schauen, ob viele da sind, und wenn es nicht so viele sind, kann man weiter gehen. Es gibt ganz viele Möglichkeiten, die Intensität der eigenen Beteiligung zu dosieren. Man kann auch von der Organisation her aktive Formen wählen oder passive. Man kann Aktionen machen, dass man irgendwohin geht und man kann Aktionen machen, dass man nirgendwohin geht und alle bleiben zuhause. Das ist die ganze Hälfte der passiven Aktionen, die für die gewaltvollen Aktionen nicht existieren. Man kann passiv nur gewaltvoll kämpfen, indem man nicht kämpft. Dann hat man aufgehört zu kämpfen. Es gibt ein größeres Innovationspotential beim gewaltlosen Handeln, weil man breitere Schichten der Bevölkerung involvieren kann. Bei bewaffneten Aufständen hat man in aller Regel junge Männer zwischen 18 und 28 extrem überrepräsentiert. Das ist bei gewaltfreien Aktionsformen anders. Man kann ganz breit mobilisieren. Man muss auch nicht sein Leben aufgeben, man muss sich nicht entscheiden: „ab jetzt

bin ich Kämpfer und gehe in den Untergrund“, sondern man kann immer noch seiner Arbeit nachgehen und andere Dinge tun. Das ist ein riesiger strategischer Vorteil. Es hat sich auch herausgestellt, dass der Vorteil umso größer wird, weil es ja darum geht, das Regime zu erodieren, die Regimemacht zu erodieren, dass es dadurch auch leichter ist, nah an das, was man die „pillars of support“ (Säulen der Unterstützung) des Regimes nennt, heranzukommen. Die Kirchen können das sein. Die Armee, die Polizei. Man kann dorthin die Fühler ausstrecken, weil man in die Breite mobilisiert. Es hat sich auch gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Sicherheitskräfte überlaufen, dann besonderes hoch ist, wenn sie nicht nur nicht angegriffen werden, sondern wenn sie auch nicht beleidigt werden, also nicht beschimpft.

An diesem Punkt ist es interessant, mit einer systemischen Brille auf das Geschehen zu blicken und dann zeigt sich, dass bei gewaltfreien Formen – selbst wenn sie in der Mitte eine gewaltfreie Aktion

haben – die Grenzen eigentlich nicht mehr operationalisierbar sind. Man kann nicht genau sagen, wer mitmacht. Vielleicht machen auch Leute mit, die heimlich Sabotage treiben und gar nicht sagen, ich mache da mit. Es hat fast Netzwerkcharakter. Und das ist eine große Stärke. Wenn man dann die Polizei beleidigt, dann würde ich meinen, markiert man eine Grenze, weil man dann die Polizei oder die Armee zum Gegenüber macht und dann gibt es hier die Guten und die anderen sind dann die anderen. Dann ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass sich diese Personen den Protesten anschließen. Da kommt dieser Ambivalenzgedanke hinein. Das heißt, wenn ich ambivalent meine, dass der Polizist vielleicht auch Sympathisant werden könnte, verhindere ich seinen Gesinnungswandel, wenn ich ihn beschimpfe und sage, ich bin gut und du bist böse. Dann passiert das auch auf der Polizistenseite und das ist dann weniger ambivalent. Das wird zementiert und er wird denken, er ist gut und ich bin böse. So haben wir dann die Grenze markiert und die Wahrscheinlichkeit, dass sich



die Gewaltfreiheit ausbreiten kann, verringert.

Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang die Frage der Macht und der Unterstützung. Da gibt es zwei zentrale Elemente. Zum einen, dass keine Macht monolithisch ist, wenn Menschen im Spiel sind. Das hat auch was damit zu tun, dass Menschen immer eine Vielzahl von Zielen verfolgen und verschiedenste Interessen haben und es deshalb immer Anlass zu Ambivalenzen gibt. Also die Macht ist nie so monolithisch, wie sie von außen erscheinen mag. Deshalb ist es auch immer lohnend, eine gewisse Offenheit zu haben, damit Ambivalenzen, die an der Macht sind und die verschiedenen Interessen vom gewaltfreien Widerstand benützt werden können. Das ist das, was die Autorinnen der Studie als das Erodieren dieser Säulen der Unterstützung des Regimes bezeichnen. Das bedeutet, dass die Chancen Einfluss zu nehmen genau dort sind, wo das Regime Abhängigkeiten hat, wo es dringend auf Unterstützung angewiesen ist, um an der Macht zu bleiben, und genau dahin sollten die Bemühungen abzielen.

Denn diese Macht ist auch nicht statisch. Die muss sich jedesmal wieder in der Aktion bestätigen. Und wenn es gelingt, die Personen, auf deren Schultern das ruht, deren Interessenslage zu verändern und erste Überläufer von wichtigen Personen zu haben, dann ist das ein ganz, ganz starkes Moment. Und da kommt ins Spiel, dass die wenigstens Leute anderen Menschen Schaden zufügen wollen. Sondern die Interessenslage derer, die auch ein unterdrückerisches Regime stützen, ist faktisch häufig aus Eigeninteresse motiviert und selten ist es, dass man das macht, damit man andere Menschen unterdrücken kann. Insofern lohnt es sich, wenn viele Menschen sich an Gewaltfreiheit beteiligen. Denn dann können sich auch die Interessenslagen derer ändern, die bisher gedacht haben, sie sind auf der Gewinnerseite.



Hier kommt eine Beschränkung ins Spiel. Das hat etwas mit der Frage zu tun: Wovon hängt das Regime ab? Die Gruppen, von denen ein Regime direkt abhängt, haben sehr hohe Chancen, wenn sie gewaltfrei sind, damit Erfolg zu haben. Weil das Regime nicht den Ast, auf dem man sitzt, absägt. Das gilt auch für unterdrückerische Regime. Anders ist es, wenn das Regime diejenigen, die es unterdrückt überhaupt nicht braucht. Da ist vielleicht noch einmal ein Exkurs in die deutsche Geschichte gestattet, bezogen auf den Einwand, dass Gandhi den Juden empfohlen hat, sie sollen sich gewaltfrei gegen Hitler wenden. Wenn man diese Befunde zugrunde legt, wäre das wahrscheinlich keine gute Idee gewesen. Denn, so wie das Regime funktioniert hat und die erklärte Vernichtung ins Auge gefasst hat, hätte es weiter machen können, bei gewaltfreiem Widerstand. Hätte sich aber die nicht-jüdische deutsche Bevölkerung in großem Stil zur Wehr gesetzt, wäre das eine ganz andere Situation gewesen. Denn auch Hitler hätte ja das Land nicht ohne irgend jemanden unterdrücken können.

Auch wenn das jetzt eine kurze Zusammenfassung der extrem lesenswerten Studie von Erica

Chenoweth und Maria Stephan war, kann man sagen, dass es wirklich klar wird – spätestens durch diese Studie –, empirisch, dass Gewaltfreiheit funktioniert. Auf jeden Fall besser als Gewalt. Immer noch scheitert sie in der Hälfte der Fälle, aber die Gewalt scheitert weit häufiger. Und das ist auch unter den allermeisten Bedingungen und Umständen der Fall. Und wenn es nicht direkt der Fall ist, dann könnte man immer noch versuchen, Dritte ins Spiel zu bringen und wesentliche Abhängigkeiten zu bedienen und auszuspielen versuchen und so erfolgreich Einfluss zu nehmen. Die Autorinnen sagen, dass es sein kann, dass gegen voll ausgebrochenen Völkermord Gewaltfreiheit nicht funktioniert oder schlechter funktioniert als Gewalt, aber dass es bisher keine empirischen Befunde dafür gibt. Also diese Frage wäre auch noch zu untersuchen.

Was die Gewalt angeht: Warum kommt trotzdem immer so schnell Gewalt zustande? Und an diesem Punkt möchte ich jetzt blitzlichtartig das Thema der Ambivalenz ins Spiel bringen. Da ist nach meiner Sicht die Systemtheorie des Konfliktes hilfreich. Weil da gezeigt wird, wie durch Eskalation eigentlich die Ambivalenz immer weiter

nach außen verschoben wird. Erst befreie ich mich von ihr, indem ich finde, dass das Gegenüber schlecht ist und ich bin gut. Dann versuche ich, weil wir alle zu Gruppen dazugehören wollen, andere auch an den Start zu bringen. Keiner darf mehr neutral sein. Und so eskaliert der Konflikt immer weiter und die Gewalt drängt die Ambivalenz immer weiter nach draußen, während die Gewaltfreiheit die Ambivalenz immer wieder einlädt, indem man immer wieder sagt, einerseits/andererseits, Verhalten/Person. Man versucht gerade das Gegenteil. Es sind ganz unterschiedliche und gegenläufige Dynamiken, die diese beiden Kampfesformen und Formen des Engagements herbeiführen.

Und ich glaube und damit möchte ich meinen Vortrag beschließen: Gesellschaften und Individuen sollten lernen, ihre Ambivalenz auszuhalten und ihre Zugehörigkeit zu leben, und mit beidem anders umzugehen. Und da frage ich mich, ob das nicht etwas ist, was wir aus der deutschen Geschichte leicht lernen können. Während es mir noch nicht klar geworden ist, wieso wir daraus lernen sollten, weder aus der deutschen Geschichte noch aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, ist es schon wieder wichtig geworden, dass man sich wieder traut, auf Leute zu schießen. Und trotzdem muss man sich auch da wieder fragen, Herr Gauck kann sich fragen, warum er das zu

lernen meint. Hat das etwas damit zu tun, zu wem er dazu gehören will? Weil es viel Druck gibt auf deutsche Politiker? Was hat das mit uns zu tun, wenn wir vielleicht denken, dass Herr Gauck doch im Recht ist und nicht, dass er Unsinn redet? Und so kann sich selber jeder diese Fragen stellen. Wo fängt man wieder an, Zuschreibungen zu machen, die über das Ziel hinaus gehen, und damit doch die ganze Person treffen. Dann ist noch keine Gewalt am Start, aber das ist eine Dynamik, dafür von Bedeutung ist. Und die hat vielleicht auch mit uns zu tun.

Dankeschön



Joachim Bauer

Gewalt ist kein Naturgesetz

Professor Joachim Bauer studierte Medizin in Freiburg, wo er auch promovierte und sich habilitierte. Er ist Molekularbiologe, Neurobiologe, Internist, Psychotherapeut und Psychiater. Er lehrt an der Universität Freiburg.

Die Frage „Was ist der Mensch“ durchzieht seine zahlreichen Bücher und Artikel.

Zwei seiner bekanntesten Buchtitel lauten: „Prinzip Menschlichkeit - Warum wir von Natur aus kooperieren.“ und „Schmerzgrenze - Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt“.

Das Magazin für Politische Kultur „Cicero“ zählte Joachim Bauer im Januar 2013 zu den einflussreichsten deutschsprachigen Intellektuellen.

Heute spricht Herr Bauer zu uns über das grundlegenden Thema „Gewalt ist kein Naturgesetz“.

Sie haben das Wort.

Ich möchte mich bedanken für die freundliche Einführung. Ich freue mich sehr, Sie heute hier zu sehen. Ich bin auch beeindruckt, dass die Politikerin, Frau Zurek, die uns als Vertreterin des Münchner Stadtrates heute hier begrüßt hat, nicht zu denen gehört, die ein Grußwort halten und dann sofort verschwinden. Das gibt es nämlich sehr häufig. (Applaus)

Ich habe mich bei solchen Gelegenheiten öfter gefragt, warum die Politiker die Gelegenheit nicht wahrnehmen, von den Referaten – also jetzt nicht speziell von meinem – die es bei solchen Veranstaltungen gibt und die ja manchmal sehr informativ sind, etwas zu lernen. Ich bin sehr froh, dass Sie zu denen gehören, die dadurch natürlich auch mehr im Dialog mit der Bevölkerung stehen.

Also ich gehöre noch zu den Fossilien, die ihren Kriegsdienst vor einem Gericht verweigert

haben. Ich habe mich jetzt gerade an meine Verhandlung damals in Stuttgart erinnert. Ich musste als Abiturient zu der Gerichtsverhandlung antreten und wurde in die Mangel genommen, warum ich den Kriegsdienst verweigere. Abschließend hat mir der Richter das Protokoll vorgelesen. Es war hanebüchen, was da drin stand; das hatte ich überhaupt nicht gesagt. Es wurde ein Protokoll geschrieben, das mich als halben Idioten erscheinen ließ. Da habe ich gesagt: Das unterschreibe ich nicht, auch wenn Sie jetzt Mittagessen gehen wollen. Da wurde er so wütend, bis er schließlich sagte: „Dann diktieren Sie es nochmal der Sekretärin!“ Das habe ich dann gemacht – und damit kam ich durch. (Applaus)

Aggression -ein angeborener Trieb?

Mein Referat wird sich nahtlos an das anschließen, was uns gerade Frau Luithlen erzählt hat. Wir haben uns nicht abgesprochen. Aber ich werde Ihnen die neurologischen Gründe dafür liefern, warum die Dinge in der Studie, über die Frau Luithlen gesprochen hat, so sind wie sie sind.

Ich werde damit anfangen, ob es so etwas wie einen Aggressionstrieb gibt. Der Aggressionstrieb ist nicht etwa eine Erfindung von Charles Darwin – den muss man da in Schutz nehmen – sondern der wurde 1920 unter dem Eindruck der Schrecken des Ersten Weltkrieges von Sigmund Freud formuliert. Sigmund Freud verdanken wir ja manche geniale Einsichten. Aber es gibt immer Punkte, wo auch ein Genius komplett daneben tappt. Das war in diesem Fall der Aggres-



sionstrieb.

Es war Einstein, der 1930 vom Völkerbund damit beauftragt wurde zu eruieren, was man tun könne gegen die heraufziehende Gefahr eines neuen Weltkrieges, die man im Völkerbund schon erkannte. Da entschloss sich Einstein, alle großen Geister der damaligen Welt anzuschreiben und nachzufragen, was aus ihrer Sicht gegen einen drohenden neuen Weltkrieg getan werden könne. Die Antwort von Freud, die Einstein sicher etwas desillusioniert hat, war: „Die Tötung eines Feindes befriedigt eine triebhafte Neigung. Wir glauben an die Existenz eines Triebes zu hassen und zu vernichten.“ Weiter schreibt Sigmund Freud: „Warum empören wir uns so sehr über den Krieg? Er scheint doch naturgemäß und biologisch wohl begründet.“

Konrad Lorenz, dem wir auch viel zu verdanken haben, hatte da seinen blinden Fleck. Er hat den sogenannten Aggressionstrieb noch zugespitzt; seinen ersten Karriereschritt hatte Konrad Lorenz unter den Nazis gemacht! Er hat sich

leider nach dem Krieg noch bis in die 70er Jahre hinein faschistischer Äußerungen nicht geschämt.

Nun, was sagt die moderne Neurobiologie zu dem Aggressionstrieb? Wenn Sie einen Trieb haben, dann kann ein triebhaftes Verhalten nur dann entstehen, wenn das, was triebhaft ausgeübt wird, gute Gefühle macht. Denn wenn Sie ein Verhalten haben, das zu Schmerzen führt, dann kann dieses Verhalten es nicht zu einem Trieb bringen. Das ist eine Einsicht, die wir auch schon Charles Darwin verdanken, der gesagt hat: Alle fühlenden Wesen wollen gute Gefühle haben. Das heißt also: Wir haben es mit der Frage zu tun „Was macht gute Gefühle?“ Wenn wir die Frage beantworten wollen „Was sind Triebe?“ , dann müssen wir die Frage beantworten: „Was macht gute Gefühle?“ Die Neurobiologen müssen jetzt aber nicht mehr mit dem Mikrophon in den Straßen herum gehen und die Leute fragen: „Was macht Ihnen gute Gefühle?“ Denn wir kennen die Zentren im Gehirn, die gute Gefühle machen. Und diese Zentren sind die sogenannten Motivations- oder Belohnungssysteme. Was heißt das? Die Motivations- beziehungsweise Belohnungssysteme sind Bezeichnungen für ein Nervenzellnetzwerk, das seinen Sitz in der Mitte des Gehirns hat, im sogenannten Mittelhirn. Dieses Nervenzellnetzwerk ist in der Lage, Botenstoffe auszusenden, die gute Gefühle beziehungsweise das machen, was wir in der Forschung Motivation nennen. Wenn dieses neuronale System, das den Botenstoffcocktail herstellt, nicht aktiv wird, gibt es keine Motivation, keine guten Gefühle und kein triebhaftes Verhalten. Durch diese hohle Gasse muss es kommen. Am Motivationssystem vorbei gibt es weder einen Trieb noch ein motiviertes Verhalten. Dieses System wurde erst vor 25 Jahren entdeckt. Wenn Sie bedenken, dass die neurologische Forschung schon zirka 100 Jahre alt ist, dann ist die Entdeckung des Motivations- oder Belohnungssystems relativ jung.

Eine der großen Fragen, die sich

die Neurobiologen gestellt haben ist die: „Was muss auf einen Menschen – auf ein Gehirn – einwirken, damit dieses System aktiv wird?“ Denn dass das Motivationssystem nicht immer aktiv ist, wissen wir aus der eigenen Selbsterfahrung. Und wenn Sie adolozente junge Leute zuhause haben, wissen Sie das auch.

Also was muss ich machen, dass im Menschen Motivation entsteht? Die Antwort ist geklärt. Es ist eine soziale Erfahrung, nämlich die soziale Erfahrung von Akzeptanz: Zuneigung, Zuwendung, Gesehen werden von anderen Menschen. Das heißt wenn unser Gehirn die Wahrnehmung macht: Andere Menschen finden mich wichtig, schauen auf mich, zählen auf mich, geben mir Zuwendung, dann hat das die Folge, dass eine nicht-stoffliche Erfahrung vom Gehirn in einen stofflichen Prozess verwandelt wird, nämlich die Aktivierung der Motivationssysteme. Das war eine der wichtigsten Erkenntnisse der modernen Neurobiologie: Unser Gehirn macht in jeder Minute, in der wir leben – ohne dass wir uns anstrengen müssen – aus Psychologie Biologie. Also soziale Akzeptanz, Bindung und Zugehörigkeit aktivieren diese Systeme. Und weil die Aktivierung dieser Systeme gute Gefühle macht, tun wir alles, um Bindung, soziale Akzeptanz und Zugehörigkeit zu kriegen. Das ist die wahre Sucht des Menschen. Wir Menschen sind süchtig; wir haben eine riesige Sehnsucht nach Zugehörigkeit, Anerkennung und nach Verbundenheit. Warum haben wir das? Nicht weil das in der Bibel steht, sondern weil wir neurobiologisch so ticken. Weil es uns die neurobiologischen Motivationssysteme aktiviert, zur Freisetzung von Dopamin, Oxytocin und endogenen Opioiden führt und uns gute Gefühle macht. Deswegen sind wir so scharf auf soziale Verbundenheit.

Was diese Systeme auch noch aktiviert, ist Bewegung, Sport. Das ist der Grund, warum sich Kinder so wahnsinnig gerne bewegen, warum jeder Kindergeburtstag

ausufert. Wenn sich die kleinen Kinder bewegen, ist das für sie wie ein Rausch. Die Alten trinken, die Kleinen bewegen sich. Und was diese Motivationssysteme auch noch aktiviert, ist Musik. Und zwar das passive Hören wie auch das aktive Musizieren. Ein sehr gutes Beispiel ist das Singen. Wenn Sie in Ihrem Alltag einen Durchhänger haben: Bevor Ihnen der Arzt sagt: „Da nehmen Sie ein Antidepressivum“, probieren Sie es erst einmal mit einem Chor.

Und nun die Gegenprobe. Wenn ich irgend einem Menschen, also einer Probandin oder einem Probanden die Möglichkeit gebe, einem Anderen ungestraft einfach einmal weh zu tun, zum Beispiel ihn zu beleidigen, jemanden zu schädigen, irgend eine Art von Aggression auszuüben: reagieren dann die Glückssysteme auch? Wenn das so wäre – das kann man ja testen – dann hätten wir einen Aggressionstrieb. Die Antwort dazu: Bei psychisch durchschnittlich gesunden Menschen, 95 bis 97 % der Bevölkerung in allen Ländern der Welt (ausgeschlossen Psychopathen), die nicht vorher provoziert wurden durch einen anderen Menschen – das ist die zweite Voraussetzung – ist es aus der Sicht der Motivationssysteme kein lohnendes Unterfangen, jemand anderen ungestraft weh zu tun oder sonst etwas Destruktives zu machen. Das heißt, unprovokierte Aggression ist aus der Sicht des menschlichen Gehirns bei psychisch durchschnittlich gesunden Personen nicht lohnend. Das ist ein neurobiologisches Faktum.

Charles Darwin hat die menschliche Aggression in mehreren seiner Werke ausführlich beschrieben – aber immer als ein reaktives Verhaltensprogramm. Charles Darwin hat sich auch überlegt: Was ist eigentlich der Hauptantrieb des Menschen? Und da lesen wir etwas ganz Interessantes. 1887 hat er geschrieben: Die höchste Befriedigung stellt sich ein, wenn man ganz bestimmten Impulsen folgt, nämlich den sozialen Instinkten. Die Liebe derer zu gewinnen, mit denen er zusammenlebt, ist für den

Menschen ohne Zweifel die größte Freude auf dieser Erde. Charles Darwin hat also voraus genommen, was die moderne Neurobiologie in den letzten 10 Jahren bestätigt hat, und das steht in vollkommenem Gegensatz zur Theorie des Aggressionstriebes, den wir uns abschminken müssen.

Entstehen von Aggression

Nun, der Aggressionstrieb ist tot, aber die Aggression lebt. Und darüber möchte ich jetzt natürlich sprechen.

Die gute Seite der Aggressionssysteme besteht also darin, dass Menschen danach streben, zwischenmenschliche Beachtung, Anerkennung und Zugehörigkeit zu haben. Und dass unprovokierte Aggression bei psychisch durchschnittlich gesunden Menschen aus Sicht der Motivationssysteme kein lohnendes Unterfangen ist. Aber es ist ein Irrtum zu glauben, dass diese Geschichte den Menschen gut macht. Denn die Motivationssysteme haben auch eine böse, eine dunkle Seite. Menschen sind nämlich bereit, wenn sie auf friedliche Weise keine Zugehörigkeit, keine Wertschätzung oder Anerkennung bekommen können, Böses zu tun, um zugehörig zu sein. Und das ist die Geschichte, die die ganze Sache auch gefährlich machen kann.

Ich habe Ihnen schon gesagt: Wir haben als Menschen eine suchtartige Abhängigkeit von Rückmeldungen und von oberflächlicher Anerkennung. Man sieht das zum Beispiel in sozialen Netzwerken wie Facebook, wo junge Menschen süchtig danach sind, „Likes“ zu bekommen; manche schreiben extra Kommentare, nur um anschließend „Likes“ einzustreichen. Und das nur, damit sie sich zugehörig fühlen können. Wie Studien zeigen, schreiben Leute dabei auch Sachen, an die sie selber gar nicht glauben. Es besteht also eine Gefahr, der wir als Menschen immer unterliegen, dass wir quasi Dinge nur tun, damit Andere uns mögen, und dass wir uns dabei vollständig verbiegen und unsere Identität aufgeben. Das hat es immer schon gegeben und heute

ist das mit den digitalen Medien ein riesiges Problem.

Aber in diesem Zusammenhang, in dem wir über Frieden sprechen und über die Gefahr von Krieg, ist etwas Anderes viel wichtiger. Wir sind so gierig danach, irgendwo dazu zu gehören, dass wir, falls wir nirgendwo dazu gehören und Probleme haben, sozial verbunden zu sein, bereit sind, Outgroups zu definieren, um eine Ingroup zu machen. Das kennen wir schon vom Kindergarten: Da sind die Bösen und wir sind die Ingroup. Und jetzt reden wir schlecht über die oder schlagen drauf. Das geht in der Schule weiter und das geht am Arbeitsplatz weiter mit der Ausgrenzung anderer Menschen, über die man herziehen kann. Und selbst gehört man zur Ingroup. Das war der Mechanismus, mit dem Hitler Erfolg gehabt hat in unserem Land. Wir waren in den 20er Jahren ein sozial komplett desintegriertes Land mit hoher Arbeitslosigkeit, Weltwirtschaftskrise, den Demütigungen, die noch nachhingen vom Ersten Weltkrieg. Ein Land, in dem nichts zusammen passte, was sich in der Weimarer Republik ja auch im Parlament zeigte.

Und was hat der Bursche gemacht? Der hat dieses Phantasma einer Volksgemeinschaft in die Welt gesetzt, die es gar nicht gab, die er aber dadurch erzeugte, dass er Outgroups definiert hat von denen, die nicht dazu gehören: die Juden, die Kommunisten, die Schwulen, die Sinti und Roma. Und dann wusste man: Wer nicht zu einer Outgroup gehörte, der ist Ingroup. Das ist ein ganz gefährlicher Mechanismus, denn es gibt bei Menschen die Möglichkeit, Böses zu tun, nur um zugehörig zu sein.

Und wenn wir die Situation vieler junger Leute heute anschauen, die sozial isoliert sind. Vor allem nach der Wiedervereinigung in den 90er Jahren hatten wir in den neuen Bundesländern – aber nicht nur dort – das Problem bei vielen jungen Leuten zwischen 18 und 30 Jahren, die keine Jugendstrukturen hatten, die nirgendwo

zugehörig waren. Im Realen waren sie ein Niemand. Und dann kommen rechtsradikale Gruppen und sagen: Kamerad, komm zu uns! Da draußen bist du ein Niemand, bei uns bist du ein Jemand. Da gehörst du dazu. Hier stehen deine Springerstiefel und die Eintrittskarte, bei uns dazu zu gehören ist, dass wir eben Migranten jagen. So läuft die Geschichte ab. Das heißt, wir müssen gucken, dass junge Leute Zugehörigkeit auf zivile und humane Art erleben können, damit sie nicht den Rattenfängern hinterher laufen müssen. (Applaus)

Wozu Aggression?

Nun, wozu Aggression? Wenn sich das Verhaltensprogramm der Aggression nicht irgendwie als sinnvoll erwiesen hätte, hätte die Evolution dieses Programm schon lange beseitigt. Aber das hat sie nicht. Deshalb muss das Verhaltensprogramm der Aggression aus irgendeinem Grunde zu etwas gut gewesen sein.

Natürlich, da brauchen wir nicht lange nachdenken und die Forschung hat es dann auch noch einmal objektiv gezeigt: Der stärkste Stimulus, um Aggression bei einem Säugetier – wir Menschen sind auch Säugetiere, natürlich besondere, aber wir gehören dazu – also um Aggression auszulösen, ist: Mach Schmerz! Das Programm des aggressiven Verhaltens war wichtig, damit wir uns wehren konnten, wenn unsere körperliche Unversehrtheit bedroht war oder wenn wir uns gegen Schmerzen wehren mussten. Dazu brauchen Sie nicht einmal andere Menschen. Klemmen Sie sich mal – selbst verschuldet – die Hand an der Tür des Autos ein, richtig heftig, und gucken Sie mal, wie wütend Sie sind. Ich habe das selbst vor kurzem erlebt. Sie haben eine solche Wut im Bauch und Sie haben niemanden, an dem Sie die

zum nachlesen:

*Joachim Bauer „Schmerzgrenze“ als Taschenbuch im Heyne-Verlag
vergl. auch Literaturangaben auf Seite 56*



Wut rauslassen können; das ist ein bisserl blöd.

Das heißt, der evolutionäre Zweck der Aggression besteht darin, dass wir unsere körperliche Unversehrtheit, wenn sie bedroht ist, bewahren können. Also wer die Schmerzgrenze berührt, wird Aggression ernten. Gut, werden Sie sagen, aber wie erklärt uns das die Aggression? Das will ich Ihnen sagen. Da gibt es eine Beobachtung in der modernen Neurobiologie, die geradezu durchbruchhaft ist.

Wenn wir Schmerz erleben und sich damit die Aggressionsbereitschaft erhöht, werden im Gehirn die Schmerzsysteme aktiviert. Ein Proband liegt im Scanner, weil man damit Hirnaktivitäten nachweisen kann. Dieser Proband hat jetzt Schmerzen zugefügt bekommen – was man im Voraus natürlich mit ihm abgesprochen hat. Er hat Geld dafür bekommen. Und die Ethik-Kommission muss so etwas auch genehmigen -. Ich werde Ihnen gleich sagen, warum solche Forschungen wichtig sind.

Also wenn wir jemandem körperliche Schmerzen zufügen, reagieren im Gehirn Netzwerke, die wir Neurobiologen „Schmerzmatrix“ nennen. Und ein Durchbruch war, als eine junge geniale Neurobiologin aus den Vereinigten Staaten namens Naomi Eisenberg herausgefunden hat: Wenn ich jemanden sozial ausgrenze und demütige, reagieren die gleichen Schmerz-

nervenzellen, wie wenn ich jemandem körperlich weh tue. Aus der Sicht des Gehirns ist also soziale Demütigung etwas ganz Ähnliches wie körperlicher Schmerz. Deshalb führt nicht nur körperlicher Schmerz zu Aggressionsbereitschaft, sondern auch Ausgrenzung und Demütigung, weil das aus der Sicht des menschlichen Gehirns Schmerz ist.

Das hat evolutionäre Gründe. Wir und unsere evolutionären Vorfahren sind seit Millionen von Jahren in sozialen Gruppen lebende Lebewesen gewesen. Und wer von der Gemeinschaft ausgeschlossen war, war tot. Deshalb hat unser Gehirn gelernt: Wenn du von sozialer Ausgrenzung oder Demütigung bedroht bist, ist das hochgefährlich. Und die Schmerznervezellen haben mit reagiert.

Eine Studie, auf die ich jetzt nicht näher eingehe, hat gezeigt: Wenn jemand privat gut verbunden ist, viele Freunde und eine Familie hat, die zu ihm hält, im Verein ist und weiß, da gibt es ein paar Menschen, die voll hinter mir stehen; wenn dieser Mensch in eine Ausgrenzungs- und Demütigungssituation gerät, dann reagieren seine Schmerznervezellen schwächer und er wird auch nicht so aggressiv reagieren wie jemand, der in seinem Privatleben einsam ist und schlechte soziale Kontakte hat. Wenn Sie denjenigen jetzt akut demütigen oder ausgrenzen, dann geht die Bombe hoch – weil

die Schmerznervezellen stärker reagieren. Das wurde durch die Forschung auch gezeigt.

Und noch etwas zeigt eine andere Studie. Wenn jemand zuschaut, wie jemand Anderer ausgegrenzt oder gedemütigt wird, gehen auch bei diesem Zuschauer die Schmerznervezellen hoch. Das hat mit den berühmten Spiegelnerven zu tun. Die Empathiesysteme des Gehirns reagieren, wenn Andere leiden und wenn jemand Anderer ausgegrenzt wird. Dann gehen also nicht nur bei dem real Ausgegrenzten die Schmerzsysteme hoch, sondern auch bei mir, der ich das sehen muss. Ich erinnere an Abu Graib. Das war das Wahnsinnsprogramm, um im gesamten Irak die Bevölkerung gegen die Vereinigten Staaten und gegen den Westen einzustimmen.

Noch einmal in Kürze:

Das menschliche Gehirn bewertet soziale Ausgrenzung und Demütigung wie zugefügten körperlichen Schmerz. Daher führt nicht nur körperlicher Schmerz zu Aggression, sondern auch Ausgrenzung und Demütigung. Wer mit anderen Menschen gut verbunden ist, zeigt in einer akuten Ausgrenzungssituation eine geringere Reaktion oder Schmerzmatrix. Die Schmerzgrenze wird auch dann berührt, wenn Menschen „nur“ beobachten, wie Andere ausgegrenzt werden.

Zur politischen Situation der Schmerzgrenze

Ausgrenzung und Demütigung finden nicht nur dann statt, wenn die Einen über jemand anderen etwas Böses sagen. Wenn jemand in großer Armut lebt – im Angesicht vom Reichtum Anderer – dann ist auch das eine Ausgrenzung. Das ist nicht nur ein volkswirtschaftliches Faktum. Experimente zeigen: Unser Gehirn toleriert eine gewisse Ungleichheit. Unser Gehirn ist nicht kommunistisch. Aber da gibt es eine Fairness-Grenze. Wenn der Unterschied zu krass wird, wenn da Menschen leiden, keine Bildung haben und sich vielleicht nicht richtig ernähren können – und Andere haben Zugang zu Bildung

und anderen Ressourcen einer Gesellschaft, dann ist diese Fairness-Grenze überschritten.

Wenn das stimmt, was ich Ihnen jetzt alles erzählt habe, dann müsste es in Ländern mit stärkerer Ungleichheit von Einkommen und Vermögen mehr Gewalt geben. Und diese Ungleichheit von Einkommen und Vermögen kann man in fast allen Volkswirtschaften der Erde testen. Die Volkswirte nennen die Testmarke für diese Ungleichheit von Einkommen und Vermögen Gini-Index. Wenn der Gini-Index krass ist, müsste in solchen Ländern die Gewalt größer sein. Und wie kann man Gewalt messen? Man misst dafür die Morde und Totschläge pro 100.000 Einwohner. Die entsprechenden Untersuchungen haben ergeben: Ja, es gibt einen Zusammenhang. Je krasser der Gini-Index ist, umso größer ist die Rate von Morden pro 100.000 Einwohnern. Das ist in mehreren Studien von unabhängigen Forschern wiederholt gezeigt worden.

Wie wird Krieg erzeugt?

Jetzt haben wir doch die Situation, dass der Mensch von sich aus – wenn er nicht provoziert wurde und psychisch durchschnittlich gesund ist – keine Lust hat, Anderen Gewalt zuzufügen. Das ist auch der Grund dafür, dass Massenmobilisationen nur bei Gewaltfreiheit zustande kommen, weil die Leute dann sagen: Ja, da machen wir mit; Gewalt stößt uns ab.

Aber warum klappt es hin und wieder doch einmal, einen Krieg

anzuzetteln? Warum ist es Hitler gelungen? Warum ist es den Amerikanern für den Irakkrieg gelungen? Auch dazu haben die Neurobiologen eine Erklärung. Der Punkt ist der: Wenn wir sehen, wie Andere leiden, leiden wir normalerweise mit. Denn unsere Schmerzsysteme werden aktiviert, wenn wir zuschauen, wie Andere Schmerzen erleiden. Jetzt hat man aber auch getestet, ob es zu dieser Empathie-Reaktion auch kommt, wenn der im Moment gerade an Schmerzen Leidende sich vorher sozial unfair verhalten hat. In diesem Fall ging die Empathie krass runter, bei männlichen Beobachtern noch mal deutlicher als bei Zuschauerinnen.

Ich erinnere an meine Aussage von vorher: Die Motivationssysteme reagieren nicht, wenn psychisch durchschnittlich gesunde Menschen die Möglichkeit haben, Gewalt auszuüben.

Was muss ich also machen, um bei Frauen Empathie einzuschränken, wenn Gewalt ausgeübt wird, und bei Männern sogar Freude über die Gewalt gegen unsoziale Menschen zu wecken? Ich muss Andere dehumanisieren. Ich muss den glaubhaften Eindruck vermitteln, dass diejenigen, gegen die ich den Krieg machen will, ganz schlimme Burschen sind. Dass die Kinder misshandelt werden, in Säuglingsstationen der Strom abgestellt wird – also die schlimmsten Dinge über diese Bösen sagen. Was mit den modernen Medien ja wunderbar geht. In den USA wurden in den Medien genau solche Lügen-Kampagnen gestartet.

Was Sie heute Abend mitnehmen sollten, ist der Mechanismus. Wir müssen nicht alles glauben, was uns erzählt wird. Auch die Religion – obwohl sie eigentlich der

Verbindung zwischen den Menschen dienen soll – kann dazu missbraucht werden, Andere sozusagen als Schweine dastehen zu lassen. Und dann gehören sie nicht zu uns.

Das wichtigste Gegengift gegen die manipulative Erzeugung von Gewaltbereitschaft sind zwei Dinge: Bindung und Bildung, also Aufklärung. (Applaus)

Zusammenfassung

Ich will zusammenfassen, was ich versucht habe, Ihnen näher zu bringen.

- Der Aggressionstrieb ist kein Grundmotiv des Menschen. Der ist tot. Die Aggression lebt, aber der Trieb ist tot.

- Grundmotive des Menschen sind Akzeptanz und Zugehörigkeit. Allerdings sind wir süchtig danach, so sehr, dass Menschen auch dazu bereit sein können, dafür Böses zu tun.

- Ausgrenzung und Demütigung sind Auslöser für Aggression.

- Krasse soziale Ungleichheit und globale Ungerechtigkeit begünstigen die Aggression, weil Armut im Angesicht von Reichtum Ausgrenzung ist.

- Man kann Lust an der Aggression durch Dehumanisierung erzeugen. Gerade da müssen wir sehr aufpassen, weil man uns immer wieder Dehumanisierung unter die Haut spritzen will.

- Eine Stärkung gegen die Kriegsbereitschaft gibt es nur durch zwischenmenschliche Bindungen, durch Gerechtigkeit und Fairness – national und international.

- Und durch die Erziehung zur Einhaltung sozialen Regeln, durch die Einübung bereits bei Kindern: Nimm mal die Position des Anderen ein! Wie ist das für sie oder für ihn? Wie ist das, was du jetzt gerade tust, für den anderen Menschen? Das kann man einüben und das müssen wir auch tun. Killerspiele sind keine Einübung von Empathie.



Karl Grobe-Hagel:

Zivile Alternativen im Ukraine-Konflikt



Karl Grobe ist ein Journalist und Autor, der sich besonders mit Außenpolitik befasst.

Seine Promotion im Jahre 1980 schrieb er an der Universität Hannover zum Thema „Pekings neue Außenpolitik“.

Er war viele Jahre Mitarbeiter der Frankfurter Rundschau und ging Ende November 2001 offiziell in den Ruhestand, blieb aber für die Frankfurter Rundschau weiterhin tätig.

Karl Grobe veröffentlichte zahlreiche Artikel und Bücher vor allem über Asien und Osteuropa.

Zuletzt verfasste er zusammen mit Andreas Buro das Heft „Der Ukraine-Konflikt - Kooperation statt Konfrontation“, das als Dossier Nummer VII des Monitoring-Projekts Zivile Konfliktbearbeitung 2014 erschienen ist. Sie können dieses Heft heute Abend für einen Euro am Stand des Versöhnungsbundes draußen im Foyer erwerben.

Herr Grobe-Hagel, sie haben das Wort.

Es wäre doch schön, wenn NSA, die ja alles mithört, das, was heute Abend hier gesprochen worden ist, 500 Meter weiter transportieren würde. Ich fürchte nur, dass die Herrschaften dann wieder die falschen Schlüsse daraus ziehen. Dafür sind sie ja nun lange genug bekannt.

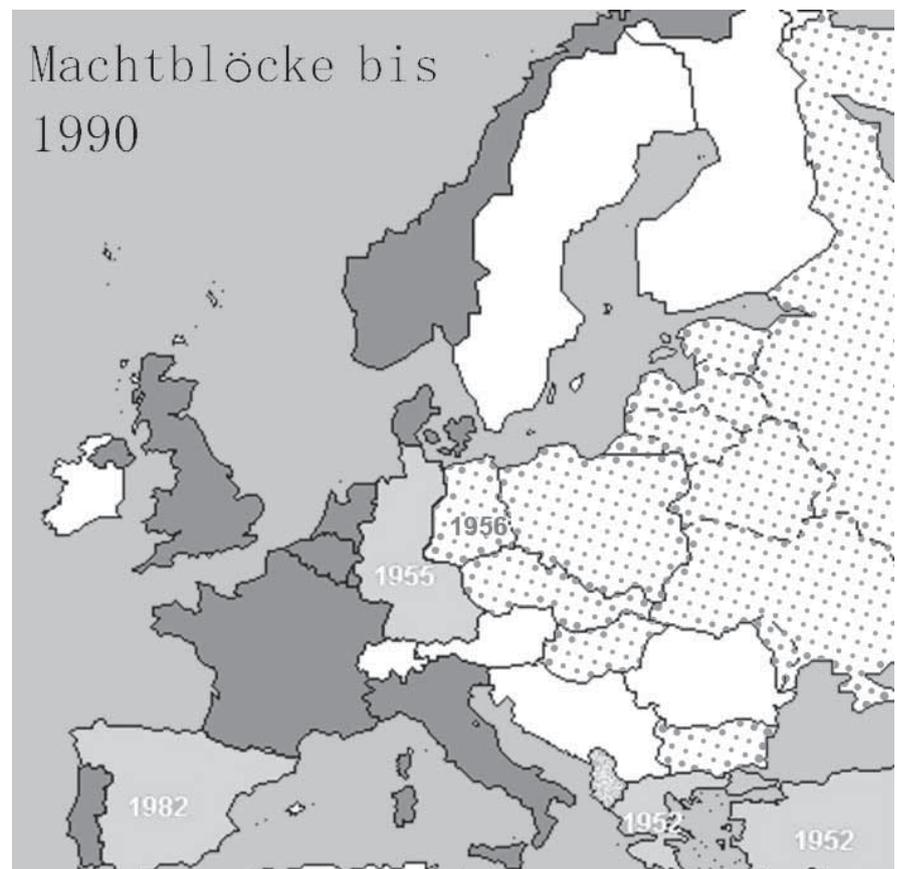
Das ist in der Ukraine ähnlich so passiert. Ich möchte Ihnen zunächst auf zwei Karten eine Sichtweise ins Gedächtnis rufen, die sie natür-

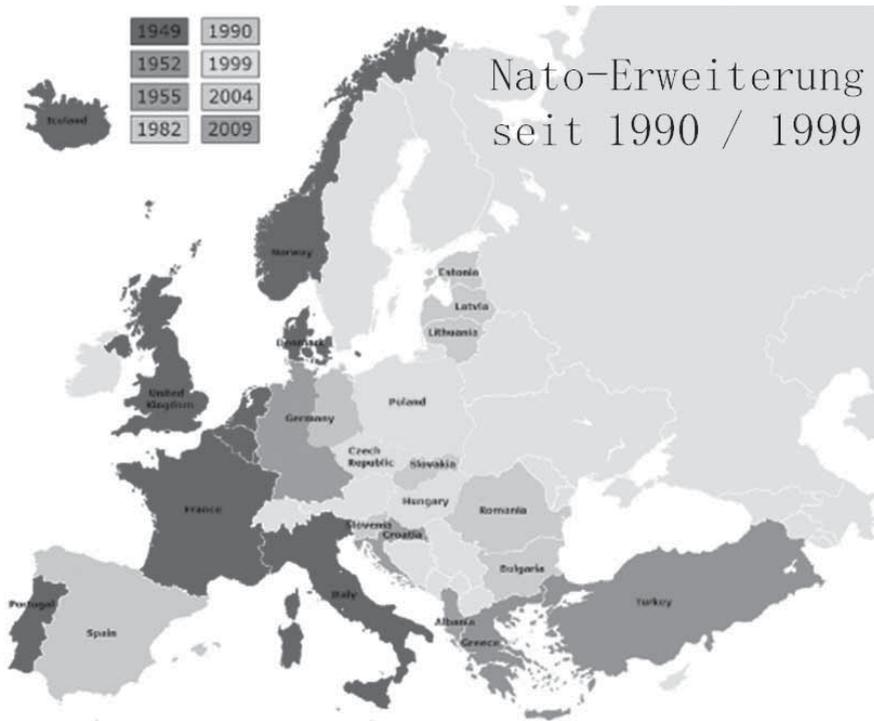
lich kennen.

Dies war die lang andauernde Konstellation des Kalten Krieges. Zwei Blöcke.

Sie sehen die Schrift „keine WP Teilnahme-Rumäniens“, eingeblockt. Rumänien spielte im Rahmen des Warschauer Paktes die Rolle eines halb unbeteiligten Dritten. Ähnlich Frankreich, das sich aus den militärischen Kommandostrukturen der NATO raushielt.

Aber beide taten nichts für eine Entspannung zwischen den Blöcken. Das taten die Völker Ost- und Ostmitteleuropas. 1989 und folgende veränderte sich dieses Bild. Es entstand eine ganz andere NATO als die, die vorher da war. Und der Warschauer Pakt, den wir eben noch in Rot gesehen haben, existiert nicht mehr.





Nato-Erweiterung seit 1990 / 1999

1989/90 - 1994 Gebrochene Versprechen

1989/90 im Zusammenhang mit den 2 + 4-Gesprächen über Deutschland wurde auch über das Schicksal der Ukraine mitbestimmt. Nämlich mit einer dreifachen Zusicherung wichtiger NATO-Politiker an die Adresse damals Michail Gorbatschows und Boris Jelzins. Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der NATO-Generalsekretär Manfred Wörner und der US-Außenminister Baker haben gleichlautend den russischen Vertretern erklärt:

Die NATO geht – so die Maßeinheit von Baker – „keinen Inch“, keine zwei-drei Zentimeter weiter in Richtung Osten. Das war eine Zusage. 1990.

1994 folgte ein Abkommen, eine Garantieerklärung über die inzwischen selbständige Ukraine. USA, Großbritannien, Russland erklärten:

Dieser neu selbständig gewordene, jetzt drei Jahre neu bestehende Staat Ukraine hat unverletzliche Grenzen. Das war für die damalige ukrainische Führung die Voraussetzung, ihre Atomwaffen, die sie aus dem sowjetischen Bestand behalten hatte, an Russland abzugeben.

Und es gibt heute in der Ukraine gewisse Kräfte, die sagen: Hätten wir das bloß nicht getan!

Die verweisen auf Nordkorea, das ja sein Programm durchzieht oder auch nicht.

Ich weiß nicht, was NSA darüber mehr weiß als was in japanischen oder ostasiatischen Zeitungen in englischer Sprache veröffentlicht ist, wobei die englischen Ausgaben meistens interessanter als die einheimischen sind - etwas offener, etwas ehrlicher.

Das soll es halt geben, dass man dem eigenen Volk nicht alles erzählt, was man weiß. Aber sich nach außen – regierungsamtlich oder auch publizistisch - doch weltweit, liberal und friedlich gibt. Japan ist so ein Beispiel.

Also: Die ukrainische Abrüstung bedeutet, dass dort ein neuer Staat ist, der keinen Krieg will, der sich im Prinzip auf Gewaltfreiheit im Umgang mit anderen Staaten eingestellt hat. Das ist zwar nie so direkt gesagt worden. Aber es ist eine legitime Schlussfolgerung aus den Verträgen, dem politischen Verhalten der verschiedenen Regierungen - so korrupt sie zum Teil auch waren.

Gescheiterte Revolutionen 2004 und 2013

Und was passierte danach? Im Jahre 2004 eine erste gescheiterte Revolution, nachdem die innere Verabschiedung vom sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell nicht so recht funktioniert hatte – die Orangene Revolution. Sie scheiterte. Sie scheiterte, weil das Ziel, die Oligarchen zu beseitigen, nicht erreicht wurde, vielmehr eine Oligarchengruppe (die ostukrainische) durch eine andere ersetzt wurde (um Frau Julia Timoschenko, die die Macht zusammen mit der Gruppe um Victor Juschtschenko) und im übrigen außer einem internen Streit der Mächtigen sich nichts änderte.

Dann kam der damals unterlegene Victor Janukowitsch – nun als Präsident – wieder. Seine Wahlmanipulation 2004 hatte zur Orangen Revolution als Auslöser, nicht als Grund, beigetragen.

Dass er 2013 als ein korrupter Herrscher vom Volk gestürzt wurde, ist die zweite Revolution. Und die hat wieder einige merkwürdige Nebenerscheinungen.

Die Bewegung auf dem Maidan. Maidan heißt Platz – nichts anderes. Das Wort kommt aus dem persischen Sprachbereich. Wir nehmen den Begriff Maidan als Synonym für die Aufstandsbewegungen, die Protestbewegungen.

Die Bewegung vom Herbst 2013 zwang Janukowitsch zum allmählichen Rückzug, und als seine Regierungsmannschaft im November 2013 vor der Auflösung – oder vor der Flucht – stand, kamen dann die drei Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs und Polens nach Kiew und machten – was sie meinten – einen realistischen Vorschlag: Janukowitsch sollte bis Jahresende 2014 im Amt bleiben, dann sollten Präsidentenwahlen stattfinden – und im übrigen war Friede, Freude, Eierkuchen angesagt. Die Ukraine würde ein Glied der Völkergemeinschaft werden und – was Janukowitsch im letzten Augenblick verweigert hatte – ein Beitritt zur europäischen Wirt-

schaftsgemeinschaft im weitesten Sinne würde dann folgen. Das fanden wir ja alle wunderbar.

EU-Vertragsentwurf und NATO

Aber keiner hat uns damals so richtig darüber ins Bild gesetzt, dass der EU-Vertragsentwurf, den Janukowitsch im letzten Augenblick dann nicht unterschrieb, militärische Klauseln enthielt. Also doch ein Vormarsch der NATO über die hier sichtbaren Grenzen hinaus. Aber selbst die haben ja schon etwas wie einen Hautgout, einen sonderbaren Geruch. Estland, Lettland, Litauen, die drei baltischen Staaten waren, wenn auch annektiert – und zwar annektiert in der Folge eines Abkommens zwischen Hitler und Stalin, mit deutscher Beteiligung also. Diese drei Staaten waren danach (1941 bis 1991) Sowjetrepubliken. Und da ist nun NATO-Land, neuerdings werden dort ständige Stützpunkte angelegt. Nicht, dass da ständige NATO-Truppen stünden. So geht das nicht. Ein halbes Jahr kommen die Deutschen. Dann packen sie ihre Rucksäcke und für sie kommen Italiener. Nahtloser Übergang – für das nächste halbe Jahr. Und dann kommen vielleicht Franzosen, oder Briten oder Amerikaner.

Nahtloser Übergang. Das sieht doch verdammt nach einer ständigen Besetzung dieser Stützpunkte aus.

Nun bitte ich Sie, sich einmal zu erinnern an das Jahr 1962. Damals war der Machtkampf zwischen den beiden Blöcken (Ostblock-Westblock; Warschauer Pakt-NATO) weltweit im Gange. Die Sowjetunion – damals gab es sie ja noch – fühlte sich gewissermaßen im Aufwind, weil die kolonialen Befreiungsbewegungen in Afrika den Imperialismus besiegt hatten. Und dies auch vor der Haustür der USA, in Kuba.

Als die Sowjetunion dort einen Militärstützpunkt einrichtete und dann auch noch Kurzstreckenraketen dort zu stationieren versuchte, die notfalls Washington hätten erreichen können, war das für die Brüder Kennedy, Präsident John

und Justizminister Robert, der Casus Belli.

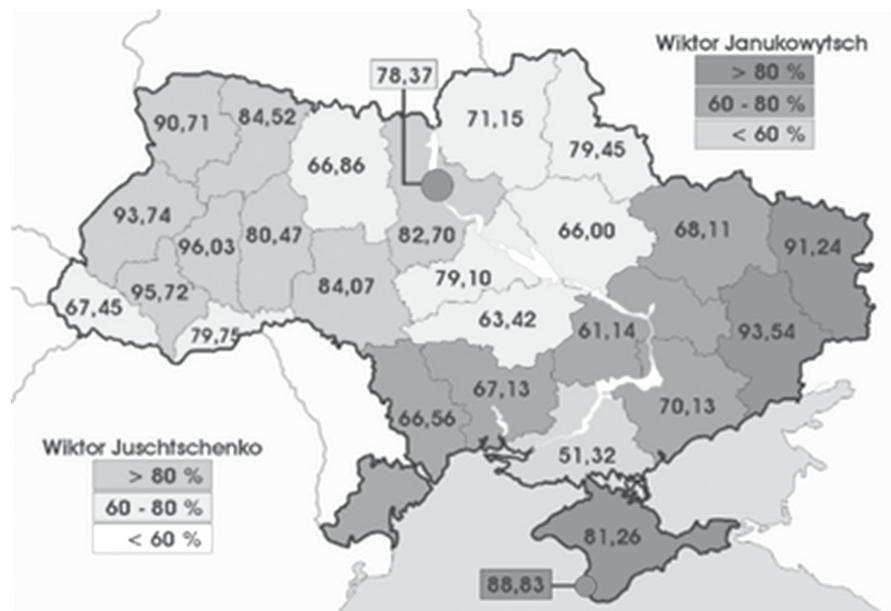
Da stand die Welt einige Tage vor der banger Frage: Wer schießt zuerst?

Stellen Sie sich mal vor, was es heute aus der Sicht der russischen Führung bedeutet, wenn in Estland, 4 bis 5 Autostunden von St. Petersburg entfernt, eine ständig besetzte NATO-Basis entsteht. Die braucht keine Mittelstreckenrakete, die braucht nur Fahrzeuge.

Jetzt vergleichen Sie die Reaktionen: 1962 kam es gewissermaßen im letzten Augenblick zu einer Einigung der Präsidenten, d.h. des Präsidenten Kennedy und des Generalsekretärs Chruschtschow mit dem Ergebnis:

Russland – die Sowjetunion – zieht ihre Raketen aus Kuba ab. Dafür ziehen die USA ihre Raketen aus der Türkei ab. Das wurde uns aber damals gar nicht so recht publiziert. Wir haben einen Sieg gefeiert. Wir – der Westen. Es war ein Sieg trotzdem für die konservativen (reaktionären kann man wohl sagen) Kräfte in der Sowjetunion, die dann zum Sturz Chruschtschows beitrugen. Beitrugen – nicht ihn verursachten.

Zwei politische Lager: 2005



schows beitrugen. Beitrugen – nicht ihn verursachten.

Nun stellen Sie sich vor, die Stütz-

punkte der NATO in den drei baltischen Staaten bleiben bestehen.

Die Ukraine bleibt, was sie ist, ein neutraler Staat, der möglicherweise dann doch mit der EU ins Gespräch kommt. Das heißt für die russische Führung – das muss man sagen, ohne unbedingt als Putinverstehler diskriminiert zu werden – das heißt für die russische Führung eine ständige Bedrohung, der ständige Blick auf eine diplomatische weltpolitische Niederlage, die erniedrigt. Und wir haben gerade gehört, was Erniedrigung auch für Reaktionen nach sich zieht. 500 Meter von hier denkt so weit wohl keiner. Da geht es darum, den gewaltsamen Eingriff Putins – wie der Spiegel meinte und andere – im Donbas und die gewaltsame Annektion der Krim zu kompensieren.

Zwei politische Lager

Nun, da müssen wir ein wenig die Ukraine anschauen. 2005 bei der Präsidentenwahl ergaben sich 2 Lager. Das Lager des Kandidaten Viktor Juschtschenkos, der dann auch Präsident wurde, und das Lager Viktor Janukowitschs. Halbe-Halbe beinah. Und eine sehr deutliche Grenze, deren Tiefe Sie an

den Prozentzahlen sehen können. Hier 66 gegen 68 Prozent, dort 63 gegen 61, 84 Prozent in der Bukowina und anliegenden Regionen

gegen 67, 66 Prozent rund um Odessa und im Hinterland. Eine ganz klare Trennung. Die hat zu tun mit der Sprachtrennung. Und diese Karte aus dem Jahr 2001 gilt bis heute. Und hier kommt einer der Gründe zum Vorschein, weshalb die ukrainische Krise innenpolitische Gründe und nicht etwa nur außenpolitische hat. Das hier blau dargestellte Gebiet ist das der überwiegend ukrainischen Sprache. Die westliche Hälfte davon hat eine Tradition, die doppelbödig ist. Sie hat einmal die österreich-ungarische, genau genommen die österreichische Vergangenheit. Lemberg war 1914 die viertgrößte Stadt Österreichs – nach Wien, Prag und Triest. Ungarn und Österreich hatten sich 1867 ja auf eine Trennung gütlich geeinigt, unter einem Monarchen zu bleiben. Lemberg war österreichisch. Lemberg, im westlichsten Zipfel der heutigen Ukraine gelegen, hat nach wie vor Züge west- oder mitteleuropäischer Architektur, eine reiche religiöse Vielfalt. Es gibt dort unter anderem eine starke armenische Gemeinde, es gibt christliche Gemeinden verschiedener Observanz. Religionsgegensätze innerhalb des orthodoxen Glaubens – der „Ostkirchen“ – sind im ukrainischen Sprachgebiet aber auch politisch wirksam.

Vier christlich-orthodoxe Kirchen und zwei Sprachgebiete

Nach der Eroberung der Ukraine 1783 durch Katharina die Große aus Anhalt-Zerbst wurde die orthodoxe Kirche Moskauer Richtung unter dem Moskauer Patriarchen federführend. Doch gibt es zwei weitere orthodoxe Kirchen, die zwar miteinander verfeindet, aber beide antimoskowitzisch sind. Seit der Unabhängigkeit besteht nämlich eine orthodoxe Kirche unter dem Kiewer Patriarchen und eine weitere, schon vor der Unabhängigkeit im Untergrund befindliche ukrainisch-orthodoxe Kirche.

Aber im Westen der Ukraine ist es noch komplizierter. Da gibt es außerdem die Unierte Kirche oder Griechisch-Katholische Kirche. Der Ritus ist orthodox, wie in den Ost-

Sprachenkarte 2001



kirchen, das Oberhaupt der Unierten ist aber der Papst.

Zwischen diesen vier christlichen Konfessionen gibt es erbitterte Kämpfe, die darauf zurückzuführen sind, dass drei von denen ihren früheren Besitz aus der Zeit vor der Revolution von 1917 oder vor dem Anschluss in Folge des Hitler-Stalin Paktes wiederhaben möchten. Die andere beharrt darauf, dass ja alles russisch-orthodox und damit rechtens sei. Diese russisch-orthodoxe Kirche ist mit der Regierung Putin derart eng verbandelt, dass man fast jede ihrer Äußerungen als Regierungsäußerung ansehen kann.

Dann bestehen zwei Sprachgebiete: Die Krim und im weitesten Sinne die Gegend, die man heute Donbas nennt. Luhansk, Donetsk, die beiden Regionen und die Krim sind überwiegend russisch-sprachig. Das liegt daran, dass in der Industrialisierung seit dem Ende des 19. Jh. und vor allem unter der Sowjetunion russischsprachige Facharbeiter einwanderten, im weiteren Südosten auch russische Bauern, darüber hinaus Bauern aus ganz Europa, die schon Katharina die Große holte, deren Muttersprache eben nicht ukrainisch war.

Auf dem flachen Land ist Ukrainisch die Muttersprache geworden oder geblieben. In den Städten und Industriegebieten ist russisch die

Umgangssprache bis heute. Die Sprachspaltung ist ein Element der Entwicklung, dass die Krim (mit 58 Prozent russischer Bevölkerung) Teil Russland geworden ist. Nicht freiwillig und doch freiwillig.

Darin steckt eine merkwürdige Dialektik. Putin behauptet, die Krim war ja vorher immer russisch und erst 1954 ukrainisch geworden. Das stimmt so nicht. Bis 1783 war sie 500 Jahre lang tatarisch. Die Krimtataren lebten und regierten dort. Zuletzt im Bündnis oder angeschlossen ans türkisch-osmanische Reich. Da war nichts mit Russland. Russen sind erst Herrscher über die Südukraine und die Krim nach 1783. Damals begann eine Massenflucht der Krimtataren ins Osmanische Reich. Danach hat sich die Bevölkerung verändert. Das Bevölkerungswachstum der Russen war größer als das der anderen. Ukrainer sind vor 1940 kaum auf die Krim gezogen. Wenige Bauern. Aber Bauern waren ja nicht frei. Es führt zu weit, diese Geschichte hier noch auszuführen.

Donbas

Donbas – auf dieser Karte hervorgehoben – ist geteilt zwischen den Bereichen rund um die Stadt Luhansk und rund um die Stadt Donezk bis zur russischen Grenze hin.

Das ist das heutige Kriegsgebiet,

um das der Konflikt geht. Und dann ist die Frage, wie kommen wir aus diesem Konflikt raus. Und das ist der Gegenstand der Broschüre, auf die Herr Ronnefeldt eben hingewiesen hat.

Dazu noch eine Bemerkung: Die Frankfurter Rundschau hat am 3. Januar aus der Feder von Viktor Funk, der aus der ehemaligen

Freiheit und eine ganz eigene Art von Demokratie anzubieten hat“. Also ein Interessenkonflikt, der gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich ist.

Vorschläge für zivile Konfliktbearbeitung

Ja – gut ich kann die einzelnen Vorschläge jetzt mal kurz vortra-

Verwirklichung.

Die NATO erklärt daraufhin, sie beabsichtige nicht, die Ukraine als Mitglied aufzunehmen und auch nicht in anderer Form mit ihr militärisch zu kooperieren.

Die EU erklärt, sie betrachte alle Teile des mit Kiew abgeschlossenen Assoziierungsabkommens, die sich auf militärische Lösung der Kooperation beziehen, als ungültig.

Einige Schritte weiter erklären die USA – erinnern die USA Russland an den bilateralen Vertrag vom 13.1.1994 - Sie erinnern sich - der Grenzgarantien und atomare Abrüstung der Ukraine bedeutete.

Die NATO zieht im weiteren Verlaufe, in dem sie eine Amnestie für die Separatisten verkündet hat, die NATO zieht daraufhin ihre Streitkräfte wieder ab, die sie in Mitgliedsstaaten, an Russland grenzend stationiert hat. Das sind Estland, Lettland, Litauen.

Kiew fordert eine neue Volksabstimmung auf der Krim über deren Sezession.

Dabei wird Russland vorab vertraglich zugesichert – vertraglich –, dass das Areal um den russischen Kriegshafen Sewastopol unabhängig vom Ausgang des Referendums exterritoriales Gebiet Russlands bleibt. Für Russland ist das eine wohl unabdingbare Forderung.

Die Volksabstimmung sollte unter strikter Kontrolle der OSZE erfolgen. Man kann drüber streiten, ob nicht die UN insgesamt diesen Vorgang kontrollieren sollte.

Und Russland muss sich verpflichten, alle Rechte der Krimtataren, kulturelle und sprachliche, zu respektieren. Das ist zur Zeit nicht der Fall. Der weltweit legitimierte Sprecher der Krimtataren, Mustafa Dschemilew – ich habe ihn mal kurz kennengelernt vor nun auch schon wieder 10 Jahren – ist ein Mensch, den man als den Gandhi der Krimtataren bezeichnen könnte, ein absolut in sich ruhender, gewaltfreier Mensch, Vertreter in der Organisation Medschlis, also der Versammlung der

„Neurussland“



Sowjetunion stammt, folgendes festgehalten:

„Im vergangenen September äußerte ein hochrangiger EU-Vertreter in Kiew: Die Ukrainer wollen Konsens, Marktwirtschaft, Freiheit und auch Demokratie“. Er hat dazu geschrieben, dass „Marktwirtschaft unter der Ägide des internationalen Währungsfonds und der Weltbank durchaus zu größerer und rasch steigender Ungleichheit der Bevölkerung führt“ und zu den sozialen Konflikten, von denen wir gerade gehört haben. Aber egal. Die Reihenfolge – schreibt Viktor Funk - sagt viel aus. Sie „spiegelt die Interessen des kapitalistischen Westens, denn der Krieg in der Ukraine ist ein Krieg um ein geostrategisches Filetstück: Es geht um Kohle, Gas, die Kornkammer der Welt, billige Arbeitskräfte und neue Konsumenten. Deshalb beansprucht auch das neokapitalistische Russland diese Region; nur dass Russland den Ukrainern weniger

gen, wie man aus diesem Dilemma rauskommt: Die lese ich vor.

Es besteht die Gefahr einer Eskalation – das haben wir gerade gehört. Der Ausweg könnte so aussehen:

Die NATO und Russland erklären, sie wollen auf keinen Fall den Konflikt militärisch austragen (das ist, was ich heute von 500 Meter weiter oder aus Moskau von Hollande und Merkel erwartet hätte. Kommt aber so nicht).

Deshalb sollte zwischen NATO und Russland ein rotes Telefon und ein entsprechender Krisenstab eingerichtet werden.

Die NATO im nächsten Schritt begrüßt diese Erklärungen und bietet Hilfe zur Deeskalation an.

Wie gesagt, das sind unsere Zielweg-Vorstellungen. Das ist nicht - noch nicht - Realpolitik.

Russland stimmt diesem Vorschlag zu und beteiligt sich an dessen

großen Mehrheit der Krimtataren und zwar jener Krimtataren, die auf der Halbinsel siedeln können, ohne dauernden Schikanen ausgesetzt zu sein. Die gibt's nämlich auch. Das wäre ein wesentlicher Schritt. Am Ende des Ganzen würde eine Erklärung stehen, dass Kiew Armenien, Aserbeidschan, Georgien und Moldawien auffordert, ebenfalls neutral zu bleiben, sich nicht der NATO und auch keinem anderen Militärbündnis anzuschließen und bestehende Differenzen, die es gibt, zum Beispiel Transnistrien mit Moldawien, Karabach im Kaukasus, friedlich zu lösen. Anschließend

verzichtet die NATO darauf, sich um einen Beitritt dieser Länder zu bemühen, falls diese sich für neutral erklären wollen. Heißt aber auch: die NATO verzichtet endgültig darauf. Es sind also Schritte, die Sie viel differenzierter in diesem Heft des Monitoring-Projekts nachlesen können.

Einige dieser Ideen, die wir hier aufgeschrieben haben, stehen auch in dem Memorandum der 60 altgedienten Politiker und Wirtschaftler, das vor einem Vierteljahr etwa verfasst worden ist und von unseren Massenmedien kaum erwähnt

wurde. Tagesschau, Tagesthemen, Heute hatten glaube ich Sportereignisse, die wichtig waren, um in die wichtigen Abendnachrichten zu kommen, und die Tagespresse hat halt wenig Platz. Da kommen dann solche Außenseitermeldungen nicht mehr darin vor. Und damit teilen Leute wie Gerhard Schröder (über den man denken kann, was man möchte – ich habe eine kritische Meinung zu ihm) das Schicksal, das wir hier in dieser Versammlung haben. Wir laufen am Rande mit. Die Musik spielt 500 Meter weiter und nimmt nicht wahr, was gedacht wird. Sie handelt nur.



Zum Schluss gilt mein Dank der Referentin und den Referenten des heutigen Abends:

Frau Luithlen, Herrn Bauer und Herrn Grobe-Hagel.

Ein herzlicher Dank gebührt der world peace prayer society, die uns die Flaggen aller Länder der Erde als Dekoration zur Verfügung gestellt hat.

Danken möchten wir auch den Bediensteten dieses wunderschönen Saales, die für die Technik verantwortlich sind. Ganz besonderen Dank verdienen die Menschen, die nun schon zum Teil über viele Jahre diese Konferenz vorbereiten.

Ich möchte Sie verabschieden mit einem Satz des US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower aus dem Jahre 1953:

„Jedes Gewehr, das produziert wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel läuft, jede Rakete, die abgefeuert wird, ist in letzter Konsequenz ein Diebstahl an denen, die hungern und nicht gespeist werden, an denen, die frieren und nicht gekleidet werden können“.

*Tragen wir gemeinsam dazu bei, Hungernde zu sättigen und Frierenden zu kleiden!
Danke für ihr Kommen und ihr Interesse – kommen Sie gut nach Hause!*

Bericht aus dem Gesprächsforum



Im Folgenden eine kurze Zusammenfassung von Rosemarie Wechsler

Zu Beginn des Gesprächsforums stellten die Referierenden des Vortages nochmals wesentliche Punkte ihrer Ausführungen vor.

Aus der Diskussion:

Die Fragen an **Susanne Luithlen** bezogen sich vor allem auf die Realisierbarkeit von gewaltfreien Lösungen. Ihre Antworten:

- Die Chance von gewaltfreien Methoden besteht u.a. darin, dass viele Mitwirkende gewonnen werden können, die unter vielfältigen Formen und unterschiedlicher Intensität des Engagements wählen können.
- Auch Gewaltfreiheit bietet keine Garantie für Erfolg, sie ist auch nicht gegen Unterwanderung gefeit – aber, wie die Untersuchung zeigte, ist sie erfolgreicher und nachhaltiger.
- Können gewaltfreie Methoden auch bei sehr brutalen Regimen wirksam sein? Grundsätzlich ja. Die Wirksamkeit hängt aber u.a. davon ab, welche Koalitionen man bilden und ob man Kontakte zu moderaten Teilen des Regimes knüpfen kann. So kann der IS wohl nur durch moderate Sunniten langfristig zu zielführenden Verhandlungen bewegt werden.
- Gewaltfreie Methoden schaffen häufig eine Ingroup/Outgroup-Situation; kann dies zu neuen Ausgrenzungen und Verletzungen, wie von Joachim Bauer dargestellt, führen?

Für Susanne Luithlen ist dies nicht zwangsläufig. Wichtig ist u.a.: Zwischen den Menschen und ihren Meinungen /Aktivitäten zu unterscheiden („hart in den Prinzipien – freundlich mit den Menschen“) und ebenso zu unterscheiden zwischen den Zielen des Kampfes und den Methoden.

Auch müssen sich verschiedene Gruppen, z.B. Familien, nicht notwendigerweise feindlich gegenüberstehen.

Sowohl Susanne Luithlen als auch Joachim Bauer betonten, dass Konflikte benannt, ausgehalten und Lösungen gefunden werden müssen. Im Prinzip geht es auch darum, herauszufinden, welche Anliegen hinter dem Konflikt stecken.

Joachim Bauer vertiefte mit vielen Beispielen seine Kernaussagen: Schmerz und Ausgrenzung sind die Hauptursache von Aggressivität. Dies zeigt sich z.B. bei jungen Muslimen, die sich in unserer Gesellschaft nicht richtig zugehörig fühlen und zusätzlich Debatten erleben, ob sie bzw. der Islam zu Deutschland gehören.

Aus dem politischen Bereich wären u.a. zu nennen die Situation Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg und die Niederlagen, die Russland seit 1990 erlebt.

Als einen Weg, diesem Schmerz zu begegnen, sieht Joachim Bauer die Entwicklung von Empathiefähigkeit im persönlichen Leben wie im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Empathie ist in uns allen angelegt; sie entsteht aber vor allem durch persönliche Begegnung.

Gegenwärtig gibt es jedoch Entwicklungen, die keine Empathie zulassen: Drohnenpiloten sind weit entfernt von den Menschen, die durch ihren Knopfdruck ums Leben kommen – ein Banker an der Wallstreet begegnet nicht den Menschen, die durch seine Finanztransaktionen ruiniert werden – der Manager eines Krankenhauskonzerns ist weit entfernt von den Patienten und dem Pflegepersonal, die seine Sparmaßnahmen treffen.

Solche Entwicklungen müssen wir erkennen und uns dagegen einsetzen.

Die Frage, ob wir, z.B. durch Abgrenzung nach rechts, neue Verletzungen schaffen, beantwortete Joachim Bauer mit der Forderung nach argumentativer Auseinandersetzung anstelle von De-Humanisierung.

Die Fragen an **Karl Grobe - Hagel** bezogen sich auf die Möglichkeiten und Formen einer Lösung des Ukraine-Konfliktes.

Er betonte – wie auch am Vortag – wie verschieden die einzelnen Bevölkerungsgruppen in der Ukraine sind. Sie wurden vor allem durch die Kriege im 20. Jahrhundert regelrecht „durcheinandergewirbelt“.

Wegen dieser Ausgangslage würde ein Bundesstaat, z.B. nach deutschem Muster, die Gefahr einer Balkanisierung mit sich bringen. Karl Grobe – Hagel plädiert für eine dezentrale Struktur mit flachen Hierarchien, die beide Sprachen als Staatssprachen zulässt, in einigen Gebieten auch das Polnische akzeptiert und kulturelle Autonomie ermöglicht. Nach seiner Aussage gibt es eine solche Autonomie in einigen Bereichen bereits, z.B. im Versuch, die jüdische Gesellschaft wieder aufleben zu lassen oder bei den Bergbauernkulturen in den Karpaten.

Strikt wandte er sich gegen Einmischung von außen, durch westliche Staaten, politische Stiftungen und die USA, z.B. die Protegierung von W. Klitschko.

Positiv bewertete er dagegen die Friedensbemühungen von F. Hollande und A. Merkel. Sie seien ein Gegenpol zur „Arroganz der Macht“ der USA.

Auch Karl Grobe-Hagel wies an vielen Beispielen nach, wie sehr Russland und insbesondere

Wladimir Putin durch den Westen ausgegrenzt wurde, z.B. bei seinem Vorschlag zu einem NATO-Russland - Rat: Russland stellte sich ein Stimmenverhältnis von 1:1 (NATO : Russland) vor, die NATO dagegen 19:1 (19 NATO-Staaten : Russland).

Solche Ausgrenzungen haben Verletzungen geschaffen, die die politische Zusammenarbeit erheblich erschweren.

Offen blieb die Frage, ob eine entmilitarisierte Zone zwischen den Hegemonialmächten sinnvoll wäre.

Die Aufgabe der Friedensbewegung sah er u.a. darin, die Lebensinteressen des ukrainischen Volkes mit einzubeziehen, Gedanken und Strömungen wahrzunehmen und vorsichtig mit jeder Parteinahme zu sein.

Auch sollten wir uns in diesem Konflikt immer für gewaltfreie Lösungen einsetzen.

Susanne Luithlen konnte ergänzen, dass das Forum ziviler Friedensdienst in Kontakt mit ukrainischen Gruppen ist, die sich für Gewaltfreiheit einsetzen.

Abschlussbemerkung

Soweit einige Aspekte aus der sehr lebhaften und differenzierten Diskussion.

Stärker als bei den Gesprächsforen früherer Jahre ergänzten sich häufig die Aussagen der Podiumsteilnehmer*innen: So konnte Susanne Luithlen manche Forderung von Joachim Bauer durch Beispiele aus der Konflikttransformation ergänzen oder Karl Grobe-Hagel das Verhalten von W. Putin durch die Auserfahrung erklären, die diesem vom Westen zuteil wurde.



Aktuelle Runde

Schutzverantwortung

Herrschaftskonzept -

oder ein Weg zur Sicherung der Menschenrechte



am Podium von links: Felix Pahl, Claudia Haydt, Regina Hagen, Andreas Zumach

Regina Hagen: Ich sag vielleicht einen Satz zu mir. Sie hören, ich bin Schwäbin. Ich komme aus Ravensburg.

Ich lebe seit 30 Jahren in Darmstadt und mache seit 4 1/2 Jahren die Redaktion der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ (W&F); das ist eine wissenschaftliche Quartalszeitschrift mit Beilagen. Das hinten am Schriftenstand ausgelegte Dossier 76 mit dem Titel In wessen Namen? Ein kritischer Blick auf die „Schutzverantwortung“ ist die Beilage zu dem W&F-Heft 3-2014.



Ich bin aber von der Ausbildung her keine Journalistin, sondern Übersetzerin und seit vielen Jahren aktiv in der Friedensbewegung.

Wir haben, wie Sie sehen, drei Leute hier, die uns zur Verfügung stehen, um Informationen zu geben und nachher in der Diskussion Stellung zu beziehen.

Ich fange vielleicht rechts von mir an:

Felix Pahl war fünf Jahre lang Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft „Frieden und internationale Politik“ der Grünen Partei und

gehört nach wie vor als Mitglied dieser Organisation an. Ich möchte sehr bitten - ich weiß, Schutzverantwortung ist ein äußerst kontroverses Thema - und ich möchte bitten, dass wir heute alle sehr respektvoll miteinander umgehen (Beifall).

Und ich sage Ihnen gleich, ich werde auch keine Co-Referate zulassen.

Neben mir sitzt **Claudia Haydt**. Sie ist Gründungs- und Vorstandsmitglied von IMI in Tübingen. Das ist die Informationsstelle Militarisierung, und die Informationsstelle Militarisierung hat im vergangenen oder im vorvergangenen Jahr den Aachener Friedenspreis erhalten.

Beide sind aus Berlin hierher angereist.

Andreas Zumach ist vielen hier bekannt. Er sitzt in Genf und beobachtet vor allem, was sich bei der UNO tut. Andreas hat vor drei oder vier Jahren den Göttinger Friedenspreis bekommen.

Wir fangen an mit Andreas Zumach. Die Rolle, die **Herrn von Sponeck** zugekommen wäre – vorzustellen, was Schutzverantwortung oder Responsibility to Protect, manchmal auch R2P genannt, meint und wie es zustande kam - hat Andreas Zumach sehr kurzfristig übernommen.

Das ist wichtig, damit alle wissen, worüber wir reden. Und anschließend werden wir etwas kontroverser über diese – ja, da fängt es bei mir schon an: Ist es ein Konzept, ist es eine Norm, ist es eine Doktrin? - über diese Schutzverantwortung reden. Andreas, bitte!

Andreas Zumach:

Ja, guten Abend! Drei Vorbemerkungen: Zunächst, das muss ich einfach sagen, auch wenn es ungewöhnlich ist: Die Regina Hagen ist ja immer so bescheiden. Regina ist die kompetenteste Person in dieser Republik zum Thema Atomwaffen, deren Abrüstung und allem, was damit zusammenhängt (Beifall).

Zweite Vorbemerkung: Ich bin nun seit vielen Jahren auf dieser

offiziellen Veranstaltung „Sicherheitskonferenz“, auch als es noch die so genannte Wehrkundetagung war. Ich komme gerade aus dem Bayerischen Hof und ich muss sagen, ich habe noch nie eine so konfrontative offizielle Münchner Sicherheitskonferenz erlebt wie die heutige. Vor allem zwischen Vertretern Russlands, darunter Außenminister Lawrow, auf der einen Seite und den Vertretern der NATO, der USA - darunter Vizepräsident Biden - viele Senatoren und der EU.

Man muss sagen, der Auftritt von Frau Merkel war vergleichsweise glänzend. Sie hat mit einer Präzision auf harte Fragen aggressiver amerikanischer Senatoren, wann wir endlich aufhören, Appeasement – Politik wie 1938 zu machen, und wann wir endlich bereit wären, Waffen zu liefern, nicht nur „nein“ zu Waffenlieferungen gesagt, sondern dies auch begründet. Und sogar gesagt, wörtlich, sie könne sich nicht vorstellen, selbst wenn der Westen Waffen an die ukrainische Armee liefern würde, dass man damit das Ziel erreichen würde, militärisch zumindest so etwas wie ein Gleichgewicht herzustellen und damit den Krieg zu stoppen. Ich wollte dies mal gesagt haben. Ich bin sonst kein Fan von ihr, aber das war, verglichen mit allem, was sonst zu hören war, gut.

Aber jetzt zu meinem Thema, wobei es noch keine positiven Nachrichten von den Vermittlungsgesprächen aus Kiew und Moskau gibt.

Das dritte ist, Hans von Sponeck hat mir ausdrücklich aufgetragen, alle zu begrüßen und ihn zu entschuldigen. Er hatte zwei Todesfälle in der Familie, um die er sich kümmern muss.

Und ich werde genau das tun, wozu er angefragt war. Nur zu schildern, wie dieses, er würde sagen, weder Norm noch Völkerrecht, er würde sagen Konzept, maximal Doktrin R2P im UNO-Rahmen entstanden ist und wie darüber im UNO-Rahmen gedacht wird.

Ich werde mich also in diesem Teil

jeglicher eigenen Positionierungen enthalten.

Erstens: Er sagt, die Idee Schutzverantwortung ist nicht neu. Wenn man in die UNO-Charta guckt, in die Präambel, da ist nicht nur die Rede davon, wir wollen künftige Generationen von der Geißel des Krieges befreien, sondern in der Präambel ist auch von den Grundrechten die Rede, den individuellen, die es zu schützen gilt, explizit die Gleichheit zwischen Männern und Frauen. Das war das erste Mal, dass individuelle Menschenrechte überhaupt in einem völkerrechtlichen Dokument benannt werden. Später dann in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 und den darauf gründenden Pakten der Menschenrechte wurden diese dann ganz detailliert kodifiziert.

Aber in der ganzen Phase des Kalten Krieges hat das keine Rolle gespielt, sondern das überragende Prinzip war eben das Prinzip der Souveränität der Nationalstaaten, ihrer territorialen Integrität und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Das war ein Prinzip, das besonders wichtig war für die Staaten, die zwischen 1945 und 1975 überhaupt erst eigenständige Staaten wurden, weil sie bis dahin Kolonien in Afrika, Asien und Lateinamerika waren. Das waren Mitte der siebziger Jahre zwei Drittel der Gesamtmitgliedschaft der UNO. Und trotzdem hat es in dieser Phase des Kalten Krieges massive Verletzung des Prinzips der Souveränität der Staaten gegeben. Diese Verletzungen kamen ganz wesentlich von den vier oder fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates. China spielte damals ja noch keine internationale Rolle. Also natürlich war der Krieg der USA in Vietnam ein ganz massiver Verstoß gegen dieses Prinzip. Auch die Kriege in Lateinamerika, und die Kriege der Sowjetunion in ihrem Bündnisgebiet, also in Ungarn und so weiter und später in Afghanistan.

Erst nach dem Ende des Kalten Krieges bekommt die Frage der Schutzverantwortung eine neue

Relevanz und zwar vor dem Hintergrund von innerstaatlichen Konflikten. Das geschieht in so genannten gescheiterten Staaten, in denen es keine funktionsfähige Zentralregierung mehr gibt, oder aber in Staaten mit einer noch vorhandenen Regierung, in denen es aber trotzdem schwere Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Völkermord gibt, an denen möglicherweise sogar die Regierung aktiv beteiligt ist. Ich nenne jetzt die wichtigsten Stationen, die ihr alle noch im Kopf habt: Das war Somalia, das war Bosnien mit der Zuspitzung Srebreniza '95, das war Kosovo '99 und das war Ruanda. Und die Fälle sind alle unterschiedlich, weil entweder militärische Interventionen mit Zustimmung und Mandat des Sicherheitsrates stattfanden, das war in Somalia der Fall, übrigens nicht unter dem Kapitel 7 -Zwangsmaßnahmen-, sondern nur unter Kapitel 6 mit der Zielsetzung, den Bürgerkrieg zu befrieden. Zweite Möglichkeit, es fanden Interventionen ausdrücklich ohne Mandat des Sicherheitsrates statt, also unter Verletzung der UNO-Charta mit einer humanitären Rechtfertigung – NATO-Kosovo-Krieg 1999 – oder es fand überhaupt nichts statt, obwohl nachweislich Völkermord geplant war und auch stattfand. Beispiel: Ruanda. Srebreniza war unter anderen Vorzeichen ähnlich.

Vor diesem Erfahrungshintergrund sagte der UNO-Generalsekretär Kofi Annan 1999: „Das kann nicht so weitergehen, dass dann willkürlich von der NATO oder anderen ohne UNO-Mandat gehandelt wird oder es passiert eben nichts. Wir müssen also“ - das war sein Impetus – „Regeln finden. Möglichst einvernehmlich.“ Und dann hat sich die kanadische Regierung gemeldet und gesagt: „Wir sind bereit, konzeptionelle Hilfe zu leisten“ und hat dieses Gremium von acht Menschen berufen, die „International Commission on Intervention and State Sovereignty“, abgekürzt ICISS, unter Vorsitz des ehemaligen australischen Außenministers Gereth Evans, ein zweiter Vorsitzender war ein Algerier. Zu den



acht Mitgliedern gehörte auch der ehemalige Bundeswehrgeneralinspekteur und NATO-General Klaus Naumann. Und die haben 2001 ihr Konzept bei Kofi Annan abgeliefert mit diesem Titel „Responsibility to Protect“, abgekürzt, R2P, zu deutsch „Schutzverantwortung“. Sie beschreiben dort zunächst einmal drei Ebenen. Sie sagen also, es sei primäre Verpflichtung eines jeden Nationalstaates und seiner Regierung, dafür zu sorgen, dass die eigenen BürgerInnen nicht Opfer werden von Völkermord, von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von ethnischer Säuberung, von Kriegsverbrechen. Aber wenn diese nationale Regierung nicht in der Lage und/oder nicht willens ist, diesen Schutz auszuüben, würde die Verantwortung auf die internationale Ebene übergehen. Diese würde dann eingreifen, zunächst mit politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Mitteln, aber auch notfalls mit Zwangsmitteln.

Und sie unterscheiden dabei die drei Ebenen:

1. Die **Responsibility to prevent**, also die Verantwortung, präventiv vorzusorgen, dass überhaupt gar kein Gewaltkonflikt mit schweren Menschenrechtsverletzungen entsteht.
2. Die **Responsibility to react**, bei der möglicherweise auch militärische Mittel eingesetzt werden, um bereits geschehene Menschenrechtsverbrechen zu verhindern,

und

3. Die **Responsibility to rebuild**, also der Wiederaufbau, die Nachhilfe, die Opfervorsorge nach einem Konflikt.

So hat es das 8-köpfige Gremium der ICISS formuliert. Aber de facto muss man sagen, wenn man sich das Dokument anschaut – man kann es im Internet finden -, liegt das Schwergewicht auf dem zweiten Teil, der **Responsibility to react**. Und allein vom Umfang her und von der Detailtreue her ist das mit Abstand das ausführlichste Kapitel, in welchem also beschrieben wird, unter welchen Voraussetzungen, mit welchen militärischen Mitteln, durch wen autorisiert dann notfalls eingegriffen wird.

Und der ganze Bereich „to prevent“, also was macht man auch mit zivilen Instrumenten, um rechtzeitig Früherkennung von kommenden Krisen zu betreiben, um diese zu verhindern, ist vom Umfang her gerade mal ein Drittel.

Das ist natürlich auch schon eine Aussage.

Ich bleibe jetzt mal bei dem Teil „react“, denn der ist der relevante. Man kann nämlich sagen, die Leitfrage des Papiers war nicht, zu sagen, wie verhindern wir Krisen und ihre gewalttätige Eskalation und Menschenrechtsverletzungen rechtzeitig im Vorfeld, etwa durch Überwindung von Strukturen von Ungerechtigkeit, sondern was sind die Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen dann möglicherweise eine militärische Intervention gerechtfertigt ist.

Das ist im Grunde die Leitfrage, und dafür definieren sie dann sechs Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen:

1. die richtige Autorisierung
2. ein gerechtfertigter Grund für eine Interventionen
3. die rechte Absicht derer, die dann dort vielleicht intervenieren
4. die militärische Intervention muss wirklich die ultima ratio sein
5. die Proportionalität, die An-

gemessenheit des militärischen Vorgehens und

6. vernünftige Erfolgsaussichten, dass diese Intervention das bringt, was man behauptet, damit erreichen zu wollen.

Das mag sehr vertraut klingen, vielleicht auch in den Ohren der TheologInnen unter uns, denn das sind genau die sechs Kriterien des so genannten gerechten Krieges, die wir schon seit Thomas von Aquin kennen.

So, jetzt kommt ein ganz wichtiger Punkt, den Hans von Sponeck mir aufgetragen hat, dass ich ihn klar mache.

Wir haben dieses Papier und wir haben dann in der UNO eine Entwicklung hin zum Gipfel im September 2005. Das war der Gipfel, auf dem Kofi Annan sein Reformkonzept vorgelegt hat, das waren 150 Punkte und im Rahmen dieses Reformkonzepts, das dann abgestimmt wurde von den 180 Regierungschefs, gibt es drei Paragraphen, das sind die Paragraphen 118, 119, 120, die sich mit diesem Konzept, wie es da nur heißt, R2P, befassen und es grundsätzlich unterstützen. Und da kommt jetzt eine Bemerkung, die ich doch noch mache. Ich war damals im Saal in New York, ich war baff erstaunt, dass das so völlig glatt und ohne Debatte durchging. Das hätte ich nie erwartet.

Aber es gibt drei entscheidende Unterschiede zwischen diesem Resolutionsbeschluss auf der Ebene der Generalversammlung der Regierungschefs vom September 2005 im Vergleich zu dem ursprünglichen kanadischen Konzept.

Der erste ist: Das ursprüngliche kanadische Konzept lässt offen, wer denn notfalls die Mandatierung ausspricht. Sie sagen zwar, die höchste wünschenswerte Autorität für die Mandatierung von militärischen Eingriffen wäre der UNO-Sicherheitsrat, aber, so sagen sie, wenn das nicht zu kriegen ist, muss man die militärische Intervention notfalls auch ohne machen. Der Beschluss der UNO-Generalver-

sammlung sagt klipp und klar: Ausschließliche Vorbedingung ist das Mandat durch den UNO-Sicherheitsrat.

Das zweite ist: Das ursprüngliche Papier lässt die Fälle, in denen ein Eingreifen gerechtfertigt ist, ziemlich vage. Sie nennen zwar auch Völkermord, aber sie nennen eben andere Dinge; sie nennen das Fälle oder Vorgänge, die „das Gewissen erschüttern“. Da können dann auch Naturkatastrophen dazu zählen, bei denen die Regierungen nichts tun. Der Beschluss der Generalversammlung bindet das ganz klar an die drei bereits in Nürnberg im Tribunal über die Nazis definierten so genannten Kernverbrechen: Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit.

Und der dritte Unterschied ist: In dem ursprünglichen Papier steht drin, dass dann, wenn der Nationalstaat beim Schutz der Bevölkerung versagt, die internationale Gemeinschaft die „Verpflichtung habe, zu handeln“. In dem UNO-Beschluss von 2005 sagen die Beschließenden nur: „Wir erklären unsere Bereitschaft, zu handeln.“ Das ist weniger als eine Verpflichtung oder Verantwortung. So, das sind die wichtigen Unterschiede.

Und jetzt komme ich schon zum Schluss:

Wir haben diesen Beschluss gehabt, wir haben dann in vielen Ländern – würde Herr v. Sponeck kritisch anmerken – gerade im Westen, in der NATO, in den USA, die Behauptung, das sei ein sich entwickelndes Völkerrecht nach dem Motto Gewohnheitsrecht, eine sich entwickelnde völkerrechtliche Norm. Dem widerspricht v. Sponeck ganz klar. Er sagt: Durch dieses Papier (er nennt es Konzept oder maximal eine Doktrin, noch nicht einmal eine Norm, denn Normen sind auch die Menschenrechtsbestimmungen, die verbindlich vereinbart wurden) ist bisher kein Komma im Völkerrecht verändert worden. Also die relevanten Artikel in der UNO-Charta, bei denen es um die Anwendung militärischer Gewalt geht - das ist der Art. 51, der

angegriffenen Staaten die Selbstverteidigung erlauben würde, oder der Artikel 2, Abs. 4, nach dem der Sicherheitsrat beschließen kann, militärische Mittel zu legitimieren, um Frieden und internationale Sicherheit wieder herzustellen, Beispiel Irak 1991 - daran ist ja nichts geändert worden. Und das müsste man ja, wenn man das Völkerrecht wirklich ändern will.

Herr von Sponeck hebt einen weiteren Punkt sehr kritisch hervor, nämlich die Bezeichnung „Schutzverantwortung“. Er sagt, im Grunde sei Schutzverantwortung ja eine richtige Idee, aber von vielen Regierungen sei sie einseitig interpretiert worden, ganz selektiv, nur mit dem Focus auf „react“, und die Prävention sei dann weggefallen. Das sei bereits beim ersten konkreten Fall so gewesen, bei dem sich die UNO expressis verbis auf das Prinzip R2P berief. Es ging um die Resolution 1973 vom 11. März 2011 zur Flugverbotszone über Libyen, der Russland und China zwar nicht zugestimmt haben, aber durch ihre Enthaltung haben sie sie doch passieren lassen.

Hier sei das Prinzip R2P massiv missbraucht worden, nicht durch die Resolution selbst, sondern durch die Art der Umsetzung.

Die Resolution forderte die Flugverbotszone für den Schutz der libyschen Bevölkerung gegen die libyschen Regierungswaffen. De facto sei aber ein Krieg mit dem Ziel eines „Regime Change“ (also Beseitigung von Gaddafi) geführt worden. Die Resolution sagte klar: Waffenembargo, aber, so sagt v. Sponeck, das galt nur mit Blick auf die Regierung, während die Rebellen massiv Waffen bekommen haben. Die Resolution sagte Einfrieren von Konten. Das galt aber wieder nur für Gaddafis Konten, während die Opposition massiv Geld bekommen hat. Die Resolution sagte, keine ausländischen Soldaten oder andere Militärberater. Das galt wiederum nur für Gaddafi und wurde durchgesetzt, während auf Seiten der Opposition NATO- Militärs und Militärberater zumindest in Zivil mitgewirkt ha-

ben, und er sagt und bekommt viel Bestätigung dafür, das hat die Idee so diskreditiert, zuerst bei Russland und China, die sich schlicht betroffen gefühlt haben. Und jetzt zitiere ich aus eigener Erfahrung aus vielen Gesprächen mit russischen Botschaftern in New York und Genf und auch mit Außenminister Lawrow. Die haben nach dieser Erfahrung gesagt, die NATO hat uns so beschissen. Wir werden niemals wieder einer solchen Resolution zustimmen. Und schon gar nicht zum Fall Syrien. Also das bestimmt das russische und chinesische Verhalten gegenüber Syrien, das ja im Westen als Blockade-Haltung bezeichnet wird, ganz wesentlich. Diese Libyen-Erfahrung. Und in der Gesamtmitgliedschaft der UNO - ich habe das jetzt nicht empirisch bei allen 193 Staaten nachprüfen können, aber ich rede mit vielen und Hans von Sponeck auch - würde die Antwort auf die Frage des heutigen Abends „R2P: Herrschaftskonzept oder ein Weg zur Sicherung der Menschenrechte?“ eher in Richtung Herrschaftskonzept gehen. Das heißt, die Skepsis, das Misstrauen, dass es im Grunde doch nur darum geht, eine Camouflage zu finden für militärische Interventionen, die eigentlich anderen Interessen dienen, dieses Misstrauen ist massiv gewachsen. Viele sagen, das Konzept ist zu vage, es beruht auf unrealistischen und ungeprüften Grundannahmen, es stellt nicht die richtigen Fragen, es dreht sich im Grunde doch nur um die angeblich als letztes Mittel ausgegebene militärische Intervention.

Es öffnet damit der Gefahr von Missbrauch Tür und Tor und die eigentliche Grundfrage, die Ausgangsfrage „Was kann getan werden, um Menschen vor Völkermord und anderen massiven Menschenrechtsverletzungen zu schützen? Oder was kann getan werden, um Situationen von vorne herein zu verhindern, in denen es zu Menschenrechtsverletzungen kommt?“, die bleibt völlig unberücksichtigt und das wäre doch eigentlich die entscheidende Frage.

Danke für eure Aufmerksamkeit.

Regina Hagen: Danke, Andreas, für diese kurze, knackige und verständliche Übersicht, mit der du dieses Thema eingeführt hast. Als nächstes wird Felix Pahl darüber reden, warum es nötig ist, politische Verantwortung zu übernehmen, politische Schutzverantwortung, und was Anlässe für militärisches Handeln sein könnten. Falls das nicht stimmt, dann korrigiere mich und sage, was du hier konkret sagen willst.

Felix Pahl: Also, das war jetzt nicht so im Zentrum dessen, was ich sagen wollte. Wir können darüber auch sehr gerne reden. Ich werde die Thematik nur kurz anreißen, dann kommen wir bestimmt



auch auf diese Fragen zu sprechen. Vieles wird an das anknüpfen, was Andreas schon ausgeführt hat über die Vorgeschichte dieses Konzepts.

Ich möchte anfangen mit dem, was Andreas schon gesagt hat, diese Fokussierung auf die militärische Intervention. Das ist nur ein Aspekt des Konzeptes, der aber immer wieder im Zentrum steht. Wie schon gesagt, im Bericht hat er einen besonderen Schwerpunkt, aber auch bei allen Veranstaltungen, inklusive unseren Veranstaltungen. Es ist ja nicht so, dass wir als Friedensbewegung oder als Grüne oder als Linke die ganze Zeit über Prävention reden, sondern gerade jetzt reden wir wieder über militärische Intervention. Das will ich auch gar nicht kritisieren, das müssen wir natürlich auch, weil das ein kontroverser und schwieriger Punkt

ist. An anderen Punkten kommt man wahrscheinlich schneller zu einer Einigkeit. Trotzdem ist es wichtig, sich bewusst zu machen, dass dieses Konzept eigentlich viel breiter ist und wenn man etwas Gutes daraus machen will, dann sind es gerade die anderen Aspekte, die man im Blick haben sollte.

Ich will zum einen nochmal sagen, dass es nicht so sehr darum geht, dass wir uns auf das „react“ fokussieren, sondern sogar innerhalb des „react“ gibt es ja ein ganzes Spektrum von Möglichkeiten und zwar angefangen bei Hilfe. Das Ganze ist ja nicht ein Konzept, um gegen Staaten vorzugehen, sondern das Erste ist, die Staaten in der Wahrnehmung ihrer eigenen Schutzverantwortung gegenüber ihren Bürgern und Bürgerinnen zu unterstützen. Es fängt erst mit Hilfe an. Dann gibt es ja Schritte wie Sanktionen, die unterhalb der Schwelle von militärischen Interventionen auch Zwangsmaßnahmen sind, die gegen Staaten ergriffen werden können. Die militärische Intervention ist ein Teil eines Teils des Konzeptes. Das will ich auch gar nicht relativieren, weil das ein sehr wichtiger und sehr kontroverser Teil ist, den wir diskutieren.

Noch zu dem Thema Prävention: Wenn wir über das Militär sprechen, ist es ja oft vereinfacht so: Die Debatte polarisiert sich. Auf der einen Seite sind die, die die militärischen Kräfte, vor allem die westlichen Interventionskräfte eher als Teil der Lösung betrachten und sagen, die Militärs werden hingeschickt, um ein Problem zu lösen. Auf der anderen Seite der Debatte sind die, die die militärischen Kräfte eher als Teil des Problems betrachten, die die Gewalt überhaupt erst mit verursachen.

Eine ähnliche Lage gibt es auch bei der Prävention, das wird aber viel weniger beleuchtet. Wenn über Prävention gesprochen wird, wird ganz schnell darüber geredet, welche Frühwarnsysteme wir brauchen. Wir müssen dann

schauen, wo Konflikte entstehen und was wir - der Westen – dann tun können, um vorzeitig diesen Konflikten vorzubeugen. Das ist aber die gleiche Logik, als ob diese Konflikte bei den anderen, die ihre Sachen nicht geregelt kriegen, entstehen und wir müssen dann etwas machen, um das zu ändern. Das sei dann Prävention.

Im Gegenteil ist es so, dass viele von den Konflikten aufgrund der strukturellen Gewaltsituationen in der Welt entstehen und wir ganz massiv mit konfliktverschärfendem Verhalten dazu beitragen (Beifall).

Das heißt also, Prävention müsste vor allem bedeuten, ganz anders an die Welt heran zu gehen und dann würde man in Richtung von einem schlüssigen Konzept gehen, was mit dieser Idee der Schutzverantwortung gemeint ist, was ja eigentlich etwas Positives ist.

Damit aber zurück zum Militärspekt, der natürlich sehr kontrovers ist. Ich möchte zwei Sichtweisen skizzieren, die ich nicht teile, und dann zu der dritten kommen, die ich vorschlagen würde. Das knüpft auch an das an, was Andreas gesagt hat, dass es eben ein Konzept ist. Ich würde vielleicht sogar eher sagen, ein neues Paradigma und eben nicht eine neue Norm und keine Rechtsveränderung. Und das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt, den Andreas auch schon stark betont hat: Auf der einen Seite gibt es eine Herangehensweise - und die ist leider auch in meiner Partei ziemlich verbreitet - die sozusagen eine Reißbrettmentalität ist: Wir überlegen jetzt mal, wie die Welt sein sollte, und abstrahieren davon, wie sie tatsächlich ist mit all ihrer Interessenpolitik, und dann versuchen wir, das umzusetzen. Und da kommt man sehr schnell zu einer positiven Haltung gegenüber einem solchen Phänomen: Es ist doch gut, wenn Menschen geschützt werden; es ist doch gut, wenn etwas gegen Völkermord getan wird, der irgendwo stattfindet. Wir wollen doch die internationalen Beziehungen verrechtlichen und dann brauchen wir doch so was wie eine polizeiliche Interven-

tion, einen Rechtsstaat und so. Das ist dann alles sehr schlüssig. Aber wenn man nicht darauf guckt, wie das ist mit der realen Welt, mit den Machtverhältnissen, mit der strukturellen Gewalt, die besteht, dann kann das schnell dahin abgleiten, dass es zu einem Feigenblatt für eine gewaltsame Politik wird, die dem einen Mantel der Rechtschaffenheit und der ethischen Begründung gibt. Davor muss man sich hüten.

Auf der anderen Seite ist es so, dass von denen, die die Gefahr des Missbrauchs betonen, oft zu wenig gesehen wird, dass das gar nicht so weit fortgeschritten ist und dass aus guten Gründen nicht das passiert ist, was die Kommission teilweise angedacht hatte, dass der Sicherheitsrat ausgehebelt wird. Was natürlich sehr leicht dazu führen könnte, dass Interventionen aufgrund aller möglichen Vorwände durchgeführt werden könnten. Das ist nicht passiert, und ich glaube, empirisch kann man auch sagen, dass im Zuge dessen auch die Häufigkeit von missbräuchlichen Interventionen nicht gestiegen ist. Wenn man guckt, was da vorher alles passiert ist: Grenada, Kosovo, Irak, und jetzt nicht 1991, sondern 2003. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, dass seit der Einführung des Konzepts die Menge der missbräuchlichen Interventionen gestiegen ist. Das hängt natürlich damit zusammen, dass da keine Rechtsänderung stattgefunden hat und keine neue Legitimationsgrundlage im rechtlichen Sinne geschaffen wurde.

Dann komme ich zu dem, was, wie ich meine, eine produktive Sichtweise auf die Sache wäre: Es geht eigentlich um einen Paradigmenwechsel, darum, auf andere Weise über das Verhältnis der Rechte von Staaten und der Rechte von Menschen zu denken. Und an der Stelle würde ich das fortschrittliche Potential der Idee sehen. Es ist ja, wenn man ein wenig Abstand nimmt, ein bisschen verwunderlich, dass Menschen, die versuchen, Kriege zu verhindern und sich für Frieden einsetzen, sich dafür

einsetzen, dass Staaten bestimmte Rechte haben und dagegen sind, dass die Rechte der Menschen, die geschützt werden sollen, stärker in den Mittelpunkt gestellt werden.

Wenn man davon abstrahiert, würde man denken, das ist es doch, was wir alle wollen, die Menschenrechte. Wir wollen nicht, dass irgendwelche abstrakten Staaten mehr zählen als Menschen.

Wenn man es auf diese Kernidee reduziert, geht es um die Stärkung der Rechte der Menschen, die Stärkung von einer positiven Rechtsidee. Nur darf man, wie gesagt, nicht den Fehler machen, das reißbrettmäßig der Welt überstülpen zu wollen, sondern man muss gucken, was passiert, wenn man diesen Diskurs in dieser Richtung führt.

Eine Menge Fragezeichen. Ich würde auch nicht behaupten wollen, hier die Antworten zu haben.

Es würde mich auch wundern, wenn irgend jemand im Raum fertige Antworten hätte.

Was passiert, wenn man diesen Diskurs in dieser Weise fortführt? Was begünstigt man dadurch? Was erschwert man dadurch? Und da hat man, glaube ich, eine Menge Einflussmöglichkeiten. Da gibt es die Möglichkeit, die Diskussion entweder mehr in die Richtung zu lenken, dass mehr Interventionsmöglichkeiten geschaffen werden, in Richtung von Ausblenden der strukturellen Gewalt. Oder es gibt die Möglichkeit, das Konzept positiv zu nutzen und die Aspekte zu stärken, bei denen es wirklich zu einem stärkeren Schutz von Menschen kommen kann.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Brasilien hat ein Konzept eingebracht, das überraschend positiv von der EU aufgegriffen wurde. Es nannte sich „Responsibility to Protect while Intervening“, das heißt, es geht nicht nur darum, dass man durch Interventionen Menschen schützt. Das Problem ist ja oft, dass die Interventionen die Menschen bedrohen, dass sie durch Interventionen zu Schaden kommen, wie wir ja in Afghanistan zur Genüge gese-

hen haben, und dass sich Brasilien an dieses Konzept angeschlossen hat und versucht hat, etwas voranzubringen, was wirklich konkrete Maßnahmen beinhalten könnte, wie z.B. dass intervenierende Truppen stärker zur Rechenschaft gezogen werden können. Wir haben ja das Problem, dass etwa die USA alles daran setzen, ihre Truppen im rechtsfreien Raum agieren zu lassen. Der Irak ist ein Beispiel von vielen, wo sie Abkommen aushandeln, dass sie nicht belangt werden können, wenn sie Massaker begehen. Wenn Schutzverantwortung beinhaltet, dass auch intervenierende Truppen zur Rechenschaft gezogen werden können, dann wäre das ein konkreter Schritt, bei dem man, glaube ich, etwas Konstruktives erreichen könnte, wenn man R2P in dieser Weise anwendet. Darauf würde ich den Fokus legen - da das Konzept schon existiert, wie man es für konstruktive Ansätze nutzen und stärken kann.

So viel erst mal.

Regina Hagen: Vielen Dank an Felix Pahl für Deine Sichtweise auf die Responsibility to Protect. Ich nehme an, Claudia Haydt, dass von dir gegen das Konzept insgesamt ein bisschen mehr Widerspruch kommt, oder?

Claudia Haydt: Offensichtlich kennst du mich schon länger, Regina. Ja.

Regina Hagen: Die Gruppe, die du mit gegründet hast, IMI, ist da sehr kritisch.

Claudia Haydt: Genau. Da ich jetzt nicht vorgebe, neutral in das Ganze rein zugehen, sondern meine Perspektive gleich offenlege: Ich bin keine Pazifistin, aber ich bin eine überzeugte Antimilitaristin und das prägt auch meinen Blick auf das, was ich jetzt hier kritisieren werde.

Ich halte im Gegensatz zu meinen Vorrednern das Militärische nicht für einen Aspekt dieses Konzepts, sondern ich halte es für den zentralen Aspekt des Konzepts. Und das ist auch der Grund, weshalb ich jenseits des Titels, der mir gefällt, den Rest eher für sehr bedenklich

halte.

Ich versuche, es mit wenigen Beispielen zu sagen, weil wir beschlossen haben, es recht kurz zu halten: Ein ganz wichtiger Punkt, woran man den Vorrang des Militärischen ablesen kann, findet sich zum Beispiel in diesem Bereich der „responsibility to react“, also der Verantwortung, zu reagieren auf entsprechende Menschenrechtsverletzungen. Diese „responsibility to react“ ist wirklich ganz stark fokussiert auf die militärischen Aktionen. Es gibt gerade mal zwei Seiten zu zivilen Möglichkeiten, die vorgeschaltet sind. Aber sieben Seiten, die ausformulieren, wie militärische Aktionen aussehen sollten, was eine Gewichtung in eine gefährliche Richtung klar macht. Es ist auch so, dass diese zivilen Optionen gar nicht ausreichend ausprobiert werden müssen, sondern einer der Vordenker dieser R2P, Thomas Weiß, sagte, es ist sicherlich nicht der Fall, dass alle verfügbaren zivilen Optionen tatsächlich verfolgt worden sein mussten und gescheitert sein mussten. Es ist nur so, dass diese Optionen ernsthaft geprüft werden müssen (spontane Übersetzung aus dem Englischen). Das macht klar, dass, wenn das die Herangehensweise der Denker der R2P ist, dass das Militärische schon sehr im Mittelpunkt steht und der Rest nur abgewogen, aber nicht tatsächlich probiert werden muss. Und vor allem, wie soll das schlussendlich überprüft werden? Sind solche Fragen tatsächlich hinreichend bedacht worden oder nicht? Wenn man den Fall Libyen anschaut, dann wird relativ klar, dass die zivilen und diplomatischen Mittel nicht hinreichend bedacht, sondern ganz im Gegenteil ausgebremst wurden, wenn man das, was zum Beispiel die afrikanische Union versucht hat, mit in Rechnung setzt.

Der nächste Punkt ist, dass die Auswirkung auf die Bevölkerung kaum mitgedacht wird. Es wird zwar bedacht, was vor der Intervention Fakt ist. Aber es wird kaum mitbedacht, was während der Intervention passiert. Es gibt zwar in diesem

Originaltext der ICISS Hinweise darauf, dass die militärische Gewalt begrenzt werden sollte, um die Zustimmung der Bevölkerung zu bekommen, aber quasi im gleichen Atemzug wird darüber lamentiert, dass man dadurch ja militärisch nicht richtig vollständig agieren könnte, was für mich schon zeigt, mit welcher militaristischen Denkweise die Schreiber an das Problem herangegangen sind. Und mit wie wenig zivilem Impetus sie an die Situation gehen. Es ist aus meiner Sicht so, dass das, was an der R2P neu ist, nicht die zivilen Elemente sind. Das wäre eigentlich ein Wiederaufleben lassen dessen, was an peace-building-Optionen ohnehin da ist.

Sondern das wirklich Neue ist die Art und Weise, wie hier Militär und Militäreinsatz gerechtfertigt werden soll.

Ich will es mit einem Bild sagen, das nicht von mir stammt, aber das ich gerne wiederhole, weil es einfach passend ist. Wenn man einen ganzen Stall von Instrumenten hat und in diesem Stall steht ein lahmer, aber belastbarer Esel wie



die Diplomatie, der am Ende schon zu einem soliden Ergebnis kommt, aber länger braucht, und ich habe einen Tiger der militärischen Möglichkeiten, dann wird der Tiger immer dominieren. Und wenn man ein konkretes Beispiel braucht, erinnere ich an Afghanistan. Dort gab es eine zivile Intervention parallel zu einer militärischen.

Und das Zivile ist im Verhältnis zum Militärischen immer vernachlässigbar gewesen und das Militärische hat dominiert. Deswegen, wenn wir beides gleichzeitig haben, wird das Militärische immer dominieren. Ich finde es sehr schade, dass in dieser Überlegung, wie man Menschenrechte schützen kann, das Militärische dadurch die Möglichkeit hat zu dominieren.

Beim nächsten Punkt orientiere ich mich an einer Broschüre von Wissenschaft und Frieden „In wessen Namen?“ - die Quelle kann man von Regina erfahren. Da heißt es: Für R2P ist die Wertung ganz klar. Wer ist der Gute, wer ist der Böse? Wer soll gestoppt, wer soll geschützt werden? Wenige Situationen sind so klar und so eindeutig.

Ich erinnere nur an Syrien: Giftgas. Komischerweise waren sich USA, Großbritannien usw. einig, dass es garantiert Assad war, während es für Russland klar war, dass es garantiert die Rebellen waren. Und die Experten sagten, wir haben nicht genügend Informationen, um es eindeutig sagen zu können.

Das heißt, allein in diesem konkreten Fall haben wir nicht die Informationen, die die Grundlage sein müssten, um eine Intervention auf eine solide Basis zu stellen. Und wir wissen, dass in Kriegen das erste Opfer ohnehin die Wahrheit ist und deswegen wüsste ich wenige Situationen, bei denen das Ganze so klar ist, dass eine militärische Reaktion gerechtfertigt werden könnte. Und außerdem stellt sich die Frage, wer denn die internationale Gemeinschaft eigentlich ist. Wer agiert da? Ist es nur der Westen oder sind es tatsächlich alle? Das sind Fragestellungen, die sich aus den verschiedenen Papieren nicht beantwortet lassen. Aber ich sehe durchaus, dass das „Wir“ diejenigen sind, die einen gewissen neoliberalen Konsens wiedergeben. Das ist dieser Washington-Konsensus – für diejenigen, denen das etwas sagt. Also auf jeden Fall der gute Westen, der entsprechend weiß, wo man sinnvollerweise interveniert.

Wichtig scheint mir auch, dass die

Missbrauchsgefahr dieser Doktrin, nicht nur durch die westlichen Mächte, sondern auch durch die Konfliktparteien vor Ort unglaublich groß ist.

Wenn man vor Ort nämlich davon ausgehen kann, dass von außen nicht interveniert wird - zumindest nicht militärisch interveniert wird - müssen sich diese Kräfte, sobald sich ein ungefähres Gleichgewicht herausstellt, am Kompromiss orientieren. Sie müssen sehen, dass es keinen absoluten Sieg geben wird, und dass man auf einen politischen Weg setzen kann. Und dabei kann man ihnen und sollte man ihnen auch helfen. Diese militärischen Interventionen, zumindest so, wie sie mit ihrem Gut – Böse – Schema angedacht sind, bedeuten: Wenn der andere wirklich so böse ist, dann ist die Intervention erst erfolgreich, wenn die andere Seite komplett vernichtet ist. Wie die Seite Gaddafis in Libyen, obwohl seine Politik für einen Teil der Bevölkerung durchaus wichtig war als Identifikation oder Schutz.

Aber das heißt, wenn wir solche Situationen haben, in denen mit Intervention von außen gerechnet wird, kann es für Bürgerkriegsparteien sinnvoll sein, die Situation so zu eskalieren, dass dann eine Intervention von außen, natürlich auf der eigenen Seite, quasi notwendig erscheint und die Fähigkeit zum Kompromiss dahinter deutlich verliert.

Umgekehrt weiß die Seite, die vom Westen oder wem auch immer zum Schurken erklärt wird: Wenn wir verlieren, werden wir komplett vernichtet. Und das verringert ihre Fähigkeit zum Kompromiss oder zu sagen „wir hören auf, Krieg zu führen“.

Wir hatten vergleichbare Situationen übrigens auch schon ohne R2P. Nur hat R2P das systematisiert, was es in vergleichbaren Situationen z.B. im Kosovo, durchaus schon gab. Dass Situationen zuge-spitzt worden sind vor Ort mit dem Ziel, eine Intervention zu provozieren und notwendig zu machen.

Ein besonderer Haken an dieser

neuen Doktrin ist die Tatsache, dass sie nicht universell ist. Es steht explizit in der Doktrin, dass sowohl die Vetomächte als auch sonstige Großmächte von der Anwendung ausgenommen sind. Was schlussendlich bedeutet, diese Interventionen werden durchgeführt von Ländern, die selber nie damit rechnen müssen, dass bei ihnen Interventionen stattfinden.

Also mit anderen Worten, der globale Süden muss immer wieder damit rechnen, Opfer von Interventionen des globalen Nordens zu werden. Und das halte ich jetzt nicht für einen moralischen Fortschritt, vielmehr halte ich es leider für geopolitische Normalität.

Und deswegen kann ich das nicht feiern, was mit R2P vorgelegt worden ist. Um es aber nicht stehen zu lassen bei dem, was ich alles für falsch halte, will ich ganz kurz stichpunktartig sagen, was man als Schutzverantwortung durchaus tun kann:

Wir müssen überlegen: Welche Verantwortung haben wir hier für transnationale Konzerne und deren verheerendes Wirken, was Ressourcenausbeutung angeht, was Arbeitsbedingungen angeht und so weiter? Die Firmensitze sind meistens in den westlichen Staaten. Von daher haben wir da sehr viele Möglichkeiten einzugreifen.

Wir könnten tatsächliche Entwicklungszusammenarbeit machen, die wirklich Strukturen aufbaut vor Ort und nicht nur Absatzmärkte für deutsche Industrie eröffnen.

Wir können und wir müssen faire Finanz- und Handelsbedingungen etablieren.

Warum sagt niemand: Lasst uns sämtliche Börsen schließen, an denen Nahrungsmittel gehandelt werden? Damit schützen wir wahrscheinlich unendlich viele Menschen (Beifall). Damit werden wir garantiert viele Menschenleben retten und ganz ohne Nebenwirkungen. Oder nur mit solchen, die ich gerne in Kauf nehme. Vergleichbares gilt natürlich auch für andere Bereiche, etwa die pharmazeutische

Industrie.

Wir müssen darauf achten, dass Lebensmittelsoveränität etwas ist, was wir ernst nehmen, dass Menschen das, was in ihrem Land produziert wird, auch dort konsumieren können.

Die Frage des Klimawandels und unsere Verantwortung dafür. Für ganze Regionen der Welt, wie Bangladesh die unter Wasser stehen, weil wir hier die falsche Politik machen.

Es gilt zu kontrollieren, was mit Finanzen passiert, wo welche Eliten welches Geld aus welchen Ländern ziehen.

Ganz besonders der Waffenhandel, der aufhören muss (Beifall).

Und schließlich, wenn wir Sicherheitspolitik ernst nehmen, müssen wir Multilateralität wirklich akzeptieren und nicht nur zum Lippenbekenntnis machen. Ich denke, Sicherheit ist nur gegeben, wenn es Sicherheit für alle gibt und nicht nur für wenige reiche westliche Staaten.

Soviel von mir.
Danke schön (Beifall)

Regina Hagen: Vielen Dank, Claudia, für diese sehr klaren Worte über deine Einschätzung zur Schutzverantwortung.

Das Wort bekommt jetzt noch einmal Andreas, der vorher den Part von Hans von Sponeck übernommen hatte, um dessen Sicht von Schutzverantwortung mitzuteilen. Du hast jetzt noch einmal Gelegenheit, Deine Gedanken zu äußern, bevor wir hier in die Diskussion gehen.

Andreas Zumach: Ich teile alles, was Claudia gesagt hat an Kritik. Bei dem Universellen bin ich mir nicht ganz sicher, Claudia, ob das explizit so drin steht oder ob es nicht de facto so ist, dass sich die Veto-Mächte durch ihr Veto im Sicherheitsrat immer dagegen schützen werden, dass es zu einem solchen Beschluss kommt. Aber das ist eine Marginalie.

Ich will, da wir uns ja so einig sind,

damit wir es uns nicht zu einfach machen, nochmal folgende Frage stellen: Ich stimme allen Maßnahmen zu, die notwendig wären, um strukturelle Gewaltverhältnisse und Ungerechtigkeitsfälle in dieser Welt endlich so zu ändern, dass diese Krisen, in denen dann Menschenrechte verletzt werden, gar nicht mehr entstehen. Und das Problem von dem Konzept ist, es lenkt ab von der Frage: Was ist die jeweils eigene Verantwortung von unseren Staaten in diesen Ungerechtigkeitsverhältnissen? Aber jetzt nehmen wir mal den konkreten Fall der Milizen des so genannten Islamischen Staates. Meine Position dazu ist ja bekannt: Ich bin strikt gegen diese Waffenlieferungen. Ich halte die Luftbekämpfung dieses Islamischen Staates nicht nur für völlig gescheitert, sondern für kontraproduktiv. Sie wird das Problem verstärken. Aber es gibt ja hoffentlich keinen Zweifel daran - jedenfalls habe ich keinen nennenswerten gehört - dass es eine enorme unmittelbare Bedrohung des Rechts auf Leben von ganz vielen Menschen gibt. Und ich weiß auch die ganze Vorgeschichte dieses IS und weiß auch, was unsere Verbündeten, die Saudis, mit ihrem Geld und ihren Waffen dafür getan haben und was der amerikanische Krieg gegen Irak ursächlich ausgelöst hat, dass heute diese Gruppen existieren und so stark sind. Ist mir alles bekannt. Das braucht man mir auch nachher in der Diskussion nicht noch einmal vorhalten. Ich habe gerade ein Buch geschrieben, in dem ich die fünf Krisen des letzten Jahres analysiere: in Syrien, Irak, im Gaza-Krieg, die Ebola-Krise und die in der Ukraine. Was ist eben hier nicht passiert? Warum ist die UNO gescheitert? Das ist ja die Wahrnehmung. Warum durfte sie gar nicht aktiv werden? Das gilt für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Das ist mir alles ganz klar.

Ich stelle trotzdem die Frage, ob wir es dann dabei belassen, analytisch darauf hinzuweisen, was alles nicht passiert ist. Unsere richtigen und guten Forderungen seit mindestens dreißig Jahren sind nicht erfüllt. Oder gäbe es doch noch

eine zusätzliche Antwort darauf, ob man was tun kann? Diese Menschen, die jetzt sehr unmittelbar bedroht sind. Es sitzen immer noch dreitausend Jesiden auf diesem Berg im Nordirak und trauen sich nicht da runter. Ob man da was machen kann.

Auch mit einem polizeilichen oder meinerwegen militärischen Mittel, nicht um Krieg zu führen, sondern um die zu schützen. Ich will uns aus dieser Frage nicht entlassen. Ich weiß auch, dass seit drei Jahren die Zahl der Opfer, die unter Assad zu beklagen sind, wahrscheinlich größer sind als die Opfer, die der IS seither zu vertreten hat. Ist mir alles klar. Ich frage uns nur trotzdem: Bemühen wir uns da um eine Frage? Man kann natürlich sagen: Es gibt im Moment die Mittel nicht. Da würde Claudia wieder sagen: Dem stimme ich zu. Es gibt eben nur die NATO oder westliche Koalitionen, die diese Instrumente haben, weil man der UNO seit dreißig Jahren dieses Instrument einer eigenen ständigen einsatzfähigen Truppe verweigert hat. Hätte es die im Februar 1994 gegeben, 25.000 robust Ausgerüstete, hätte man die zwischen die Hutus und Tutsis stellen können, dann wäre dieser Völkermord vielleicht verhindert worden. Das war ja die Forderung



des damaligen UNO-Generalsekretärs, Boutros Boutros Ghali. Aber die Truppe gab es nicht und die Mächte im Sicherheitsrat hatten kein ausreichendes Interesse, auch

nur einen einzigen Soldaten oder einen einzigen Hubschrauber zur Verfügung zu stellen. Das ist mir alles klar. Nur noch einmal die Frage: Belassen wir es dabei und warten auf bessere Zeiten? Oder suchen wir auch als Pazifisten nach einer Antwort auf die Frage: Wie kann man diese Menschen in dieser konkreten Situation - wo im Vorfeld so viel falsch gelaufen ist, was wir seit vierzig Jahren kritisieren - vielleicht trotzdem in ihrem Recht auf Überleben schützen? Ich weiß die Antwort nicht, aber ich möchte das diskutieren.

Regina Hagen: Ich würde gerne, bevor ich die Diskussionsrunde ganz in das Publikum gebe, hier auf dem Podium erfragen wollen, was Eure jeweilige Meinung ist. Gibt es tatsächlich einen großen Unterschied oder überhaupt Unterschiede zwischen dem, was vorher humanitäre Intervention hieß und diskreditiert ist als Begriff und dem, was jetzt unter dem Label „Schutzverantwortung“ läuft?

Andreas Zumach: Es gibt in dem kanadischen Diskussionspapier den Versuch einer sprachlichen Abgrenzung von dieser Begrifflichkeit der humanitären Intervention. Das hat zum Teil praktische Gründe, weil sie gemerkt haben, dass dieser Begriff für die Interventionen, die in den 90er Jahren von den intervenierenden so genannt wurden, nicht überzeugend war und dass der Begriff diskreditiert ist. Es gibt auch einzelne Mitglieder der Kommission, die das grundsätzlich für falsch halten, weil sie immerhin so ehrlich waren, dass sie sagen, eine militärische Intervention kann nie eine humanitäre sein. Der Begriff „humanitäre Intervention“ sei ein Widerspruch in sich.

Deswegen versuchen sie, diesen Begriff nicht zu benutzen, sondern führen einen neuen ein, den der Schutzverantwortung. Aber natürlich, in der Realität sind das sehr fließende Grenzen.

Felix Pahl: Ich glaube, der Unterschied liegt vor allem auf der konzeptionellen Ebene: Davor gab es die Intervention. Und wer auch

immer diese Intervention machen wollte, hat gesagt, das machen wir jetzt ad hoc aus den und den Gründen, weil wir nicht zusehen können, dass die Leute sterben.

Hier haben wir es mehr mit dem Versuch zu tun, das in ein größeres Gedankengebäude einzufügen: Nach welchen Prinzipien wollen wir überhaupt das internationale Recht organisieren? Und da gibt es schon diesen wichtigen Wechsel, der die Souveränität ja nicht abgeschafft, sondern uminterpretiert hat. Nicht, dass wir jetzt sagen, Intervention ist wichtiger als Souveränität, sondern man hat gesagt, wir interpretieren die Souveränität von Staaten neu, nämlich so, dass sie überhaupt nur deswegen ein schützenswertes Gut ist, weil die Staaten die Funktion haben, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen und dass es das Grundprinzip sein soll, sie darin zu stärken und zu unterstützen. Aber wenn sie nicht mehr können oder nicht mehr wollen, dann müssen wir von außen unterstützen. Ein integraler Teil dieser Funktion ist, dass, wenn die Staaten diese Aufgabe nicht erfüllen, sie es nicht wert sind, als Staaten unterstützt zu werden. Diese Sichtweise ist es, was das Ganze in einen neuen und anderen Rahmen führt, als wenn einzelne Länder sagen, wir müssen jetzt mal intervenieren.

Claudia Haydt: Das Neue ist, dass bei der humanitären Intervention zumindest versucht worden ist zu sagen, wir brauchen die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates. Zumindest in dem Report wird die Frage gestellt und in Frage gestellt, ob Staatensouveränität noch die Bedeutung hat, die sie bisher hatte. Du sagst, sie wurde neu definiert. Man könnte genau so gut sagen, dass sie aufgegeben und ausgehebelt worden ist. Und das ist ja das Problem, das mit R2P im Raum steht, dass das Konzept der Souveränität damit ad acta gelegt wird, ohne dass wir das mit etwas anderem wirklich sinnvoll füllen könnten. Nur mit einer moralisch aufgeladenen, aber nicht justiziablen Form der Interpretation.

Andreas Zumach: Ein kleiner Einwand: Ob diese angeblich so stabile Ordnung dieser 45 Jahre des Kalten Krieges wirklich das Adjektiv „befriedigt“ verdient. Es gibt ja diese Behauptung, die seit Ende der neunziger Jahre geführt wird, z.B. von dem Politikwissenschaftler Herfried Münkler, dass sich der Charakter der Kriege und der Gewaltkonflikte seit Ende des Kalten Krieges grundsätzlich geändert hätte und jetzt alle Kriege oder fast alle nur noch innerstaatliche seien mit ganz neuen Akteuren. Und das war ja eine Rechtfertigungsfigur für westliche Interventionen. Und das stimmt einfach empirisch nicht, das muss man ganz klar sagen. Von den 230 Gewaltkonflikten, die in der Zeit von 1945 und 1990 stattgefunden haben auf dieser Erde, waren gerade mal 10 Prozent klassische zwischenstaatliche Kriege. Versucht einmal selber, in eurer Erinnerung zu kramen, auf wie viele ihr kommen werdet. Das heißt, wir hatten diese Form von innerstaatlichen Gewaltkonflikten auch schon in diesen 45 Jahren. Zum Teil mit Begründungen, die es heute so nicht mehr gibt, weil es zum Teil noch ideologische Stellvertreterkriege zwischen der Sowjetunion und den USA waren. Die sind weggefallen. Es sind vielleicht ein paar neue Motive dazugekommen. Aber den innerstaatlichen Gewaltkonflikt mit all seinen schweren menschenrechtlichen Folgen hatten wir auch in der Zeit des Kalten Krieges und, ich wiederhole von vorhin, die massiven Verletzungen der staatlichen Souveränität durch von den Großmächten geführte Kriege. An erster Stelle den völkermörderischen Vietnamkrieg der USA, der über zehn Jahre dreieinhalb Millionen Vietnamesen und sechzigtausend amerikanische Soldaten das Leben gekostet hat, die Kriege der 80er Jahre in Lateinamerika und Mittelamerika, das waren alles massive Verletzungen der staatlichen Souveränität von außen. Ich glaube nicht, dass das Prinzip der Souveränität und der Staatenintegrität damals höher gehalten wurde als nach 1990 und dass das im Ergebnis die Menschen mehr und besser geschützt hätte

als in den 25 Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges. Womit ich nicht dafür spreche, dieses Prinzip aufzuweichen, aber ich fürchte, jetzt wird das Prinzip der stabilen staatlichen Ordnung manchmal in zu schönen Farben gemalt.

Das ist ja auch das große Dilemma dieser offiziellen Sicherheitskonferenz. Was ich hier seit gestern erlebt habe, das sind zu 95% Männer in blauen Anzügen und ein paar Frauen in ähnlichen Klamotten, die alle nachtrauern der – so heißt ja der Titel – kollabierenden Ordnung und den zögerlichen Wächtern dieser Ordnung. Und Herr Ischinger, der Leiter dieses Unternehmens, hat ja in großen Interviews der letzten Tage betrauert, dass die verlässlichen Ordnungen, die wir hatten – globale Organisationen – immer mehr kollabieren.

Der einzige erfrischende Auftritt an dem ganzen heutigen Tag war der Exekutivdirektor von Greenpeace International, Kumi Naidoo, der in einem schönen weißen Buschhemd da saß und der dann gesagt hat: „Ordnung? Welche Ordnung ist denn hier kollabiert? Wir haben es hier mit ‚kollapsing disorders‘ zu tun“, also mit kollabierenden Unordnungen dieser Welt, in der eine große Mehrheit der Bevölkerung gelitten hat. Und dann hat er all diese von Claudia schon erwähnten strukturellen Gewaltverhältnisse nochmal aufgezählt und hat gesagt „Da müssen wir ran und nicht an die Frage: ‚Wie etabliert man die NATO?‘“ Oder wie Biden verlangt hat, das Freihandelsabkommen TTIP müsste jetzt unbedingt schnell abgeschlossen werden, denn das wäre dann wieder ein stabilisierender Pfeiler für die globale Ordnung.

Claudia Haydt: Aber Andreas, du willst mir jetzt hoffentlich nicht unterstellen, dass ich Müncklers Thesen teile. Ganz im Gegenteil. Mein Hinweis mit „befrieden“ war nicht, dass wir in Frieden lebten, um Gottes Willen, ich habe auch in dieser Welt gelebt und ich bin nicht naiv. Aber ich bin mir ganz sicher, dass die Eskalationsgefahr, wenn wir das Souveränitätsprinzip über

Bord werfen, wesentlich größer ist, als das momentan der Fall ist.

Regina Hagen: Ich eröffne jetzt die Diskussion für das Publikum.

TeilnehmerIn (TN): Ich sehe R2P nicht als Fortschritt gegenüber den humanitären Interventionen, denn in der alten Formulierung war noch das „humanitär“ drin und das ist etwas, was über alle Systeme hinweg vorstellbar ist. Das wird jetzt durch den abstrakten Begriff „Verantwortung“ ersetzt und das ist etwas, was jedes ideologische System für sich beansprucht, und das eröffnet allen Systemen die Möglichkeit, Interventionen gegen alles andere zu rechtfertigen, und das ist aus meiner Sicht ein Rückschritt.

Zum zweiten ist es überflüssig, über diese Begriffe zu diskutieren, so lange die einzelnen Systeme das nicht verwirklichen, was Claudia genannt hat (Börse etc.).

TN: Ich halte die Behandlung der Frage, in wie weit etwas getan werden kann, um einen Völkermord zu verhindern, losgelöst von der Frage, was bereits getan wurde und was getan werden kann, für kulturelle Gewalt. Ich denke, dass durch die R2P die Gedanken darüber, was gewaltfrei getan werden kann und was getan wurde, um Menschenleben zu schützen, zurückgedrängt werden.

Mich würde interessieren, was dieser Verfall unserer Sprache soll. Ich finde, wenn Verantwortung im militärischen Sinne gebraucht wird, dass das etwas über den Militarisierungszustand unserer Welt sagt, und ich frage, in welchem think tank dieses Konzept zur Legitimation von Kriegen entwickelt wurde.

TN: Wo ist denn schon ein Völkermord durch Krieg verhindert worden und welcher Völkermord hat nicht im Krieg stattgefunden, also die Armenier, der Holocaust, auch Ruanda?

Andreas Zumach: Der Interventionsbegriff hatte eine verschleierte Funktion. Es ist ein positiv besetztes Adjektiv, das verbunden wird mit einem militärischen

Handeln, und das hat dieses militärische Handeln beschönigt. Das hat in den 90er Jahren funktioniert. Die Salamitaktik bei den Einsätzen von Militärs, auch mit dem spezifischen Punkt der Überwindung von Verfassungshürden, die dagegen waren, ist zwar nicht mit Jubel begrüßt worden, aber der Widerstand war in keinem der Täterländer so stark, dass der Begriff „Humanitäre Intervention“ verändert worden wäre. Und die Gewöhnung ist ja gelaufen. Und da finde ich das mit der Schutzverantwortung ein Stück weit ehrlicher. Ich würde sagen, die Verantwortung besteht. Ich habe ja auch von Sponeck zitiert mit dem Hinweis auf die UNO-Charta und die Menschenrechte. Und ich finde, daran sollten wir festhalten. Was die Frage nicht beantwortet, was das geeignete Instrument ist.

Die zweite Frage nach dem Vorrang des Militärischen und der Tatsache, dass die Prävention in den Hintergrund gedrängt wird: Da sind wir uns ja einig. Ich will trotzdem mal ein Dilemma beschreiben. Das Dilemma ist ja, dass die Zustimmung zur Aufrüstung in diesem Land zum Teil hergestellt wird mit den Bildern und Informationen über das menschenrechtliche Leid. Also ganz konkret. Wie Frau von der Leyen das gemacht hat Ende August, zu jammern und zu klagen über die verfolgten Jesiden und andere im Nordirak. Jetzt könnt ihr alle hier im Saal sagen, das hat uns nicht beeindruckt. Aber machen wir uns nichts vor, das hatte seine Wirkung. Und die Tatsache, dass das, was bis jetzt läuft an militärischen Waffenlieferungen und anderen militärischen Aktivitäten Deutschlands in dieser Region. Und heute ist eine Ausweitung angekündigt worden: Der irakische Ministerpräsident hat heute erzählt, dass Merkel ihm Waffenlieferungen versprochen hat. Das geht ja relativ widerstandslos durch in der Gesamtbevölkerung, auch wenn wir alle hier im Saal dagegen sind. Und da muss man sich schon fragen, wie weit diese Bilder zur Akzeptanz des Militärs benutzt werden.

Letzter Punkt: Ruanda. Wann ist

denn schon einmal ein Völkermord in einem Krieg verhindert worden. Man könnte jetzt sagen: Immerhin, wenn auch zu spät, ist der Völkermord in den KZ's der Nazis durch die Intervention der Amerikaner und anderer beendet worden.

Ruanda würde ich etwas anders beantworten. Es gab dort eine kleine UNO-Truppe, die eine reine Beobachtungsmission hatte, die die ganzen Informationen gesammelt hat, dass dieser Völkermord vorbereitet wurde und das haben sie nach New York gefunkt und gesagt „Jetzt bräuchten wir diese UNO-Truppe“ und damit sind Boutros Boutros Gali und Kofi Annan in den Sicherheitsrat reingegangen. Da saßen fünfzehn Botschafter und Botschafterinnen und haben buchstäblich die Däumchen gedreht und der amerikanische Außenminister hat seinen Afrika – Experten im State Department verboten, das Wort „drohender Völkermord“ in den Mund zu nehmen, damit ja kein politischer und moralischer Druck entsteht, zu handeln. Dass dann die Franzosen reingingen, war natürlich keine gute Lösung. Da sind wir uns einig.

Nur enthebt uns das nicht der Frage, ob man nicht in Zukunft – und der Ruanda-Fall ist für mich der klarste von allen Fällen – ein Instrument haben könnte, um einen solchen Völkermord zu verhindern.

Felix Pahl: Eine kurze Ergänzung: Der Massenmord des Pol Pot- Regimes war kein Völkermord im klassischen Sinn, ist aber doch durch eine bewaffnete Intervention beendet worden.

Claudia Haydt: Ich habe ein Dilemma sowohl mit humanitärer Intervention als auch mit Schutzverantwortung, da ja beides verschleiernde Begriffe sind. Ich sehe da keinen Fortschritt, sondern beide sind ein Problem. Vor allem hängt diese Schutzverantwortung davon ab, welche Maßnahmen tatsächlich und sehr erfolgreich umgesetzt werden könnten und welche nicht umgesetzt werden. Es gibt ja Fortschritte in der Zivilisation, die meistens an rechtliche Prinzipien

gekoppelt sind.

Wir haben auch so etwas wie ein Folterverbot verankert und ich kann gute Fälle konstruieren, die dazu führen könnten, vielleicht jemanden dazu zu zwingen, zu sagen, wo er die Bombe versteckt hat oder ähnliche Dinge. Trotzdem haben wir aus gutem Grund ein Folterverbot, weil wir sagen, es gibt niemand, der so eine moralische Autorität ist, dass er dann frei davon ist, das zu instrumentalisieren und die Macht auszunutzen. Diese moralische Instanz gibt es schlichtweg nicht und wir haben deswegen auch Probleme als Folge von moralischen Fortschritten in Kauf genommen. Und in gewisser Weise gehe ich ähnlich an die Frage der militärischen Intervention ran. Ich sehe durchaus Fälle, wo eine militärische Intervention zunächst mal etwas positiv verändern kann.

Die will ich überhaupt nicht ausschließen. Aber ich sehe die Risiken und Nebenwirkungen um ein Vielfaches größer. Allein schon auf der Ebene der Ressourcen, die ja endlich sind. Welches Geld wird wofür ausgegeben? Was steht dann zur Bekämpfung von Krankheiten zur Verfügung?

Wo sterben Millionen von Menschen, die nicht sterben müssten, weil wir das verhindern könnten?

Und gleichzeitig werden global Tausende von Milliarden ausgegeben für den Rüstungsbereich, die nur Leid und Unheil anrichten. Deswegen ist meine Prämisse, lasst uns gemeinsam gucken, was wir können. Diese Verantwortung zum Schutz wahrnehmen, die wir ohne Militär wahrnehmen können. Lasst uns versuchen, diese militärische Logik zu überwinden. Ich glaube, das bringt viel mehr, als Fälle zu konstruieren - manchmal gibt es die auch real – an denen wir dann ein allgemeines Prinzip aufhängen und damit einen Freifahrtschein für zukünftige militärische Interventionen ausstellen.

Das mag hart und herzlos klingen, aber das ist aus meiner Sicht das absolute Gegenteil davon, sondern

auch ein Versuch, realistisch an die Dinge heran zu gehen.

Letzte Anmerkung: Ich glaube, es gibt eine massive Überschätzung dessen, was Militär tatsächlich kann (Beifall). Ich habe eine interessante Beobachtung gemacht, wenn ich bei politischen Debatten mit Militärs auf dem Podium sitze. Bei bestimmten Diskussionen über militärische Szenarien wissen die in der Regel ganz genau, welche Risiken und Nebenwirkungen das auch im Blick auf die Soldaten bringt - schieße ich auf Kindersoldaten oder nicht - das ist Militärs klarer als manchen Politikern, die darüber entscheiden.

Für die ist ein militärischer Einsatz oft eine Wundertüte, die alles regeln soll. Das halte ich für so bedenklich, dass ich eben nicht den Schwerpunkt darauf setzen will und im Moment gar nicht über militärische Interventionen diskutieren will, sondern darüber, was wir wirklich und konkret machen können. Und zu der Frage, woher die think tanks kommen, die sich dieses Verantwortungskonzept ausgedacht haben, schweige ich jetzt, weil das eine längere Antwort wäre. Ich kann nur sagen, es sind zum Teil regierungsnaher think tanks.

Punkt ist aber, dass dieser Verantwortungsbegriff total pervertiert wird. In der Zwischenzeit muss ich, wenn ich sage, dass ich militärische Einsätze falsch finde, mich dafür rechtfertigen. Also eine Art Gewissensprüfung ablegen wie früher die Kriegsdienstverweigerer. Und diese Umkehr der Beweislast halte ich für falsch.

Ein letzter Hinweis: Ich habe im Bundestag die Debatte über den Mali-Einsatz und die Aufstellung einer NATO-Interventionstruppe verfolgt. Hätte man das Wörtchen „Verantwortung“ aus manchen Reden gestrichen, wäre nicht mehr viel übrig geblieben. Es ist eine Leerformel geworden (Beifall).

Andreas Zumach: Ich würde noch gerne eine Antwort geben auf die Frage nach den think tanks. Das ist nämlich hochinteressant. Es waren

eben nicht Leute wie Bush, oder Konservative. Es waren ausschließlich Linke, Liberale, Linksliberale, die damalige sozialdemokratische kanadische Regierung, es war in Großbritannien Tony Blair, es waren Stiftungen, die viel investieren in liberale Projekte. George Bush und die Konservativen waren dagegen. Warum? Weil sie die Sorge hatten, dass ein solches Konzept die nationale Handlungsfreiheit der USA einschränken könnte.

Und das Interessante ist, als wir in Kanada einen Regierungswechsel hatten hin zu einer sehr konservativen Regierung, gerade beim Thema Klimawandel, die haben dieses Konzept völlig fallen gelassen. Da gibt es nichts mehr aus Kanada.

Und da komme ich zu dem Punkt, dass die Militärs Interventionen oft genauer durchdenken, da stimme ich mit Claudia überein. Entscheidung zu Libyen: Die Militärs in Washington waren strikt dagegen. Und es war die so genannte Menschenrechtsfraktion in der Obama-Administration, das sind zufällig drei Frauen: Susan Wrights, Hillary Clinton (damals Außenministerin) und Samantha Power (eine Profes-

sorin, die u.a. ein Buch geschrieben hat mit der Kritik, dass die USA in den letzten 100 Jahren Völkermorde nicht verhindert haben). Und diese drei haben in der Nacht vor der Sicherheitsratsentscheidung am 11. März 2011 im Oval Office Obama gekippt. Hier saßen die Militärs, hier saßen die drei Frauen, hier saß Obama und die haben ihn überzeugt, „ja“ zu sagen zu dieser UNO-Intervention und diesem Militäreinsatz. Es kommt also nicht von den Falken.

TN: Für mich entstand der Eindruck, dass die Resolution 1973 die erste Umsetzung von R2P gewesen wäre. Wenn ich mich richtig erinnere, stand die Formulierung so im Resolutionstext, aber ohne Bezug auf ICISS und das Dokument von 2005. Vom Gefühl her könnte das die erste Umsetzung gewesen sein und das ist gefährlich, weil daraus ein Präzedenzfall entstehen könnte.

Andreas Zumach: Es gibt diese drei Worte, und die stehen nicht zufällig drin. Ich weiß, wie die Verhandlungen gelaufen sind, und ich weiß, als die die Resolution abgestimmt haben, sind der amerikanische, der britische und der fran-

zösische Botschafter in New York vor die Mikros und haben genau das gesagt: „Dies ist der erste Fall, bei dem wir R2P implementieren.“

TN: Das steht drin, und ich glaube, dass dies als Präzedenzfall intendiert ist. Ich hatte letztes Jahr in Bad Boll eine Diskussion mit dem Bundeswehrdekan aus Hamburg und der sagte zu mir, dass nach seiner Meinung R2P unter den Militärs keine Rolle mehr spielt. Die wären in Gedanken schon weiter.

Andreas Zumach: Ich stimme Ihnen zu und nach der Erfahrung mit der Libyen-Resolution und den Reaktionen, die ich ja geschildert habe, nicht nur in Moskau und in Peking, sondern in vielen anderen Ländern, sage ich voraus, es wird auf lange, lange Zeit, wenn überhaupt jemals, keinen Beschluss des Sicherheitsrates mit Bezug auf R2P geben.

TN: Wohnt diesem Konzept nicht ein konfliktverschärfender Faktor inne? Es gibt Beispiele aus dem Jugoslawienkrieg und Syrien, die vermuten lassen, dass eine Intervention provoziert werden soll und gewaltfreie Methoden überflüssig werden (Beifall).

TN: Das Konzept der Schutzverantwortung geht viel weiter zurück, nämlich bis zum Konzept des humanen Völkerrechts. Als im ersten Weltkrieg im Osmanischen Reich großflächig Völkerrechtsverletzungen an den Armeniern begangen wurden, haben die britische und französische Regierung das deutsche Reich aufgefordert, auf das Osmanische Reich einzuwirken, um das zu verhindern. Und die Deutschen ha-



von li.: Felix Pahl, Claudia Haydt, Regina Hagen, Andreas Zumach

ben Kriegsschiffe an die Küste geschickt, um die Armenier zu retten. Und die Begründung, weshalb die unbeteiligten Briten und Franzosen sich einschalteten, war, dass es sich um ein Verbrechen gegen die gesamte Menschheit handle.

Frage an die Referenten: Seht ihr in den hundert Jahren eine Weiterentwicklung dieses Konzeptes?

TN: Wenn es brennt, muss man den Brand löschen. Das Problem ist nur, dass diejenigen, die den Brand löschen wollen, die gleichen sind, die den Brand gelegt haben.

Trotzdem gibt es Situationen, wo man löschen muss. Es wird nur oft der Fehler gemacht, dass man Gewaltanwendung mit Krieg wechselt.

Plan: Unterschriftensammlung für ein Menschenrecht auf Frieden! Zusammenhang zur Wirtschaftsordnung sehen (Beifall).

Felix Pahl: Das Problem ist die Gewaltfixierung. Im Kosovo wurde 20 Jahre lang gewaltfreier Widerstand geleistet. Das hat niemanden interessiert. Erst als es gewalttätig wurde, entstand Interesse. Wenn man die Schutzverantwortung ernst genommen hätte, wenn es das Konzept damals schon gegeben hätte, hätte man viel früher etwas machen müssen.

Andreas Zumach: Wir sind uns doch einig, dass das Motiv im Kosovo-Krieg ganz klar das Motiv der USA war, diesen Krieg zu führen, schon um die NATO wieder neu zu legitimieren und innerhalb dieser NATO die amerikanische Führungsrolle zu festigen, weil die NATO das wesentliche Einflussinstrument der USA über Europa war und ist. Deswegen brauchen wir über diese Fragen gar nicht diskutieren; es war viel schlimmer, als du beschrieben hast.

Ich halte den Versuch, den Krieg zu zivilisieren, für eine der größten Illusionen der letzten 140 Jahre. Es fing natürlich mit dem Versuch an, bestimmte Waffen zu verbieten, nachdem sie fürchterliche Wunden gerissen hatten. Das ist aber kein

Vorläufer des heute diskutierten Konzepts Schutzverantwortung. Das würde ich doch bitten, auseinander zu halten.

Im Übrigen, ich habe ja nicht die Illusion und wir sollten sie auch nicht haben, dass man durch eine Verrechtlichung es schafft, bestimmte Dinge aus der Welt zu schaffen.

Claudia hat vorher die Folterkonvention angesprochen. Dazu ist zu sagen, dass es zwei Regierungen gibt, die amerikanische und die israelische, die offen zugeben, Folter anzuwenden. Und es gibt laut Amnesty 38 Staaten, in denen gefoltert wird. Und die Befürchtung ist, dass es Ende dieses Jahres weit mehr werden. Selbst diese klare Folterkonvention schützt nicht davor, dass es passiert.

Claudia Haydt: Ich wollte nur ganz kurz ergänzen, warum Libyen immer angeführt wird als Paradebeispiel für R2P. Das liegt einerseits an der Formulierung der Resolution, aber auch daran, dass die Autoren das explizit so gesehen haben. Also sowohl die Politiker, die es angewendet haben, als auch die Vordenker dieser Norm sehen es als „Lehrbuchfall“.

Weiterentwicklung der letzten 100 Jahre: Wir haben doch einen Fortschritt. Es wurde der Völkerbund gegründet und wir haben jetzt die Vereinten Nationen und ich bin schon dafür, dass man die auch ernst nimmt, sowohl als Konfliktlösungs-Mechanismus als auch als Zivilisierungs-Mechanismus in dieser Welt. Aber ich bitte darum, dies nicht nur auf Krieg hin zu sehen, sondern auch auf die Frage nach sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Dazu hat die UN Instrumente, aber leider viel zu wenige und leider viel zu schlecht ausgestattete.

Und wenn wir diese Zivilisierung sehen, dann ist so etwas wie ein Recht auf Frieden ein ganz wichtiger Punkt.

Leider hat die EU erklärt, dass sie davon ausgeht, es gibt kein Recht

auf Frieden. Sie sähe zwar einen Zusammenhang zwischen Kriegen und Menschenrechtsverletzungen, aber es gebe eben kein Recht auf Frieden. Das ist eine Haltung, die die Bundesregierung in diese Verhandlungen auch mit hinein bringt. Und deshalb denke ich, wäre es mit etwas Druck durchaus möglich, das Recht auf Frieden in die Debatte reinzubringen.

TN: Meine Frage bezieht sich auf die Aktion in Mali im letzten Jahr. Was hat sie geleistet, was hat sie nicht geleistet, wie beurteilen Sie diesen Einsatz?

TN: Zunächst eine Vorbemerkung. Du hattest vorher, Andreas, von der Befreiung der KZ's durch die Amerikaner gesprochen. Es wäre sinnvoller gewesen, zunächst einmal die Sowjetunion zu benennen, vor allem für Osteuropa. Das war keine Absicht von dir, aber es gibt in den letzten Wochen eine verstärkte Geschichtsklitterung. Wir sollten das in diesem Raum nicht nachmachen.

Das zweite: Wenn man sich R2P anschaut, wird so getan, als würden Genozide vom Himmel herunter fallen. Als gäbe es keine Vorgeschichte. Wenn vor allem der Westen der Auffassung ist, Moral ins Spiel bringen zu müssen, muss man das verifizieren. Jährlich verhungern 20-40 Millionen Menschen. Ist das denn weniger grausam als von einer Kugel getötet zu werden? Wenn man Verantwortung wahrnehmen möchte, kann man das Thema Genozid zumindest nicht stärker gewichten als den Hungertod von Millionen von Menschen.

Die UNO hat im Jahr 2005 extra eine Generalversammlung anberaumt, auf der über R2P diskutiert wurde. Alle Staaten waren der Auffassung, dass R2P eine gute Idee sei, der Haken sei nur: Wer entscheidet darüber? Selbst Kuba und der Iran waren der Auffassung, man könne darüber diskutieren, aber man brauche Zeit. Und so wurde das Thema vertagt.

Was geschah danach? Die UN - Generalversammlung wollte das

Thema weiter diskutieren. Und 2011 wurde es gehijackt, Fall Libyen. Und ganz schnell wurde klargemacht, wer Interesse hat. Mit anderen Worten: Es ist nicht wichtig, ob man von Moral redet, denn die Umsetzung war ja mehr als desaströs. Wenn Evans das als gelungen bezeichnet, zeigt das den instrumentellen Charakter. Wenn man also eine bessere Welt möchte, kann man niemand daran hindern, die UN-Charta entsprechend zu ändern, R2P zu verankern und dafür ein stehendes Heer zu etablieren. Aber man möchte bei Genoziden dann intervenieren, wenn die eigenen Interessen berührt sind, die anderen Fälle vergisst man dann eben. Vor diesem Hintergrund ist dieses Konzept hochgefährlich, wenn es in dieser Form auch noch verteidigt wird (Beifall).

TN: Wovon wir hier nicht bedroht sind, ist, dass die politische Staatspolizei kommt, uns zusammen knüppelt, unsere Personalien nimmt und uns auseinander jagt. Das droht uns auch nicht vom Werkschutz eines Rüstungsunternehmens. Insofern genießen wir Narrenfreiheit. Aber darin sehe ich die Gefahr, dass nämlich der Narr alles sagen darf, die unangenehmsten Wahrheiten.

Wenn man aber mit konstruktiven Vorschlägen kommt, heißt es „das kann Ischinger nicht machen“, „das kann Obama nicht machen“. Die Frage ist, müssen wir nicht der Analyse eine Frist setzen.

Was man tun müsste, ist zu fragen: Was hat denn die Friedensbewegung für eine R2P? Hat sie nicht eine Schutzverantwortung für die Opfer und die von Gewalt Bedrohten? (Beifall)

TN: Ich bin Bolivianer. Ich hätte mir gewünscht, ein bisschen mehr Hoffnung zu haben. Wir müssten die neoliberale Politik verändern und Solidarität mit Griechenland zeigen. Ich habe die Bitte, dass hier etwas herauskommt, was den Menschen in Griechenland und in Bolivien hilft. (Beifall)

TN: Wir von der IPPNW befassen uns seit über 10 Jahren mit ICISS.

Die Problematik des gerechten Krieges steckt doch in diesem Konzept der Schutzverantwortung und - ich denke, ich spreche hier für die Mehrheit - dass wir gegen alle Kriege sind und dass wir gerechte Kriege auch nicht mehr als ein Mittel der Außenpolitik akzeptieren können. Eine militärische Außenpolitik hat sich keine Berechtigung erworben, weil die Erfolge fehlen. Ihre Folgen sind katastrophal. Es wurde von Claudia bereits gesagt, was statt dessen geschehen müsste. Das kann ich nur unterstützen. Natürlich ist die Frage von Andreas noch unbeantwortet, was denn mit den armen Menschen im Nordirak da auf dem Berg passiert. Wir brauchen ein Gewaltmonopol, wir brauchen ja auch eine Polizei. Aber doch nicht ein Gewaltmonopol, das sich die Franzosen und die USA u.s.w. aneignen. Das muss ganz anders aussehen. Das wurde schon angedeutet.

TN: Ich bin in einem Arbeitskreis Israel/ Palästina und ich komme gleich noch darauf, dass dieses Thema hier völlig ausgeklammert ist.

Aber, Andreas, Sie haben gesagt, dass der Beschluss der Vollversammlung dieses R2P-Konzept präzisiert hat und z.B. sagt, dass ein klares Mandat des Sicherheitsrates erforderlich sei. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind in den römischen Statuten klar definiert als Straftatbestände. Auf die muss sich das Ganze beziehen. Und schließlich die Bereitschaft zum Einschreiten. Die ist dann abhängig von den Machtverhältnissen. Wer legt sein Veto ein im Sicherheitsrat u.s.w. Ich begrüße prinzipiell, was Claudia gesagt hat, nämlich dass eine Zivilisierung stattgefunden hat. Es gibt die UNO-Charta, es gibt die Menschenrechtskonvention und so sehe ich auch diesen Versuch, hier Spielregeln einzuführen und der Willkür Schranken zu setzen. Nur, klar ist: Menschenrechtskonventionen und das alles ist wunderbar, wird aber von den Mächtigen missbraucht. Für uns und für die

Weltöffentlichkeit setzen sie allerdings ganz klare Maßstäbe. Wenn es die nicht gäbe, stünden wir ganz schön blöd da. Also, die müssen wir aufrecht erhalten und dafür, dass sie eingehalten werden, die Verantwortung übernehmen. Die Verantwortung liegt also vor allem bei uns.

Jetzt zu diesem anderen Thema: Andreas, Sie haben gesagt, dreitausend Jesiden sind immer noch auf dem Berg. Ich sage, seit zehn Jahren sind die Leute in Gaza immer noch einem schleichenden Völkermord ausgesetzt und das muss gesagt werden. Es ist auffällig, dass da alles zitiert wird, Libyen, Irak und so weiter, bloß Gaza kommt einfach nicht vor. Weder in der Ansprache des Bundespräsidenten im Bundestag noch hier. Und das finde ich bemerkenswert.

Ich weise nur noch darauf hin, dass Israel bemüht ist, das Völkerrecht weiter zu entwickeln, zu verbessern, wie sie sagen. Das heißt, sie wollen sich nicht an die Regeln, die aufgestellt sind, halten, sondern sie wollen die Regeln ihrem Verhalten anpassen. Ein Beispiel: Dieses „strategic killing“, dieses Töten mit Drohnen ohne irgendwelchen Prozess, ohne Anklage, haben die Israelis eingeführt. Der israelische Autor sagt dazu: „Wir haben eine Vorreiterrolle übernommen und wenn man das nur lange genug macht, dann wird es Gewohnheitsrecht.“ Die Amerikaner praktizieren das heute genauso. Darauf möchte ich hinweisen, dass das Völkerrecht, das uns heilig sein sollte, von den Israelis und ihren Helfershelfern - der Münkler gehört auch dazu - weiter entwickelt wird. Der Trick ist jetzt: Ich muss nur den Gegner, der - wie die Palästinenser - kein staatlicher Gegner ist, zum Terroristen erklären und dann ist alles erlaubt. Dann ist zum Beispiel Selbstverteidigung erlaubt, die den Israelis attestiert wird. Ein Besatzer hat kein Recht auf Selbstverteidigung!

Das Papier von Jeff Halper über die Globalisierung Gazas im Völkerrecht habe ich hinten auf dem Info-Tisch ausgelegt. (Beifall).

TN: Ich habe eine Frage an Andreas Zumach: Wir haben also gehört, keine Waffen gegen den IS, klar, keine Luftangriffe gegen den IS, aber ich habe die präventive Frage: Müssen wir die einfach machen lassen?..... Verhandeln kann man doch mit denen nicht. Kann man dort etwas erreichen oder muss man die ihre Weltmachtstrategie ausleben lassen?

Andreas Zumach: Zur Frage Mali: Erstens möchte ich daran erinnern, wie es überhaupt zu dem Konflikt gekommen ist. Dass die Tuareg im Norden in der Lage waren, die malische Armee zu vertreiben - wozu sie früher militärisch nie in der Lage waren, sie hatten ihre Autonomieforderung, aber sie hatte nie die Kapazität - ist Ergebnis des libyschen Krieges. Mehrere Tausend Libyer, die nach dem Sturz Gaddafis nicht in die Gesellschaft integriert wurden - sowohl solche, die auf Seiten Gaddafis gekämpft hatten, wie auch solche, die auf Seiten der Opposition waren - sind unter Mitnahme der modernen Waffen, die die Amerikaner, Franzosen und Briten in diesem Krieg geliefert hatten, zu einem Gutteil (man geht von etwa 8.000 aus) nach Mali gezogen. Die anderen sind wohin gezogen? Die zogen ostwärts und verstärken den so genannten Islamischen Staat.

Nach meiner Erinnerung - und ich wundere mich darüber - ist die Beteiligung Deutschlands an der Mali-Intervention die am wenigsten umstrittene Intervention mit deutscher Beteiligung gewesen. Das ging sehr glatt durch, da war man sich sehr einig, die Grünen sowieso bis zu Teilen der Linken, dass das richtig sei. Ich habe diesen deutschen Einsatz von Anfang an für völlig verfehlt gehalten und er ist ja auch gescheitert. Er ist Teil des Krieges gegen den Terrorismus, der seit dreizehn Jahren geführt wird. Dieses Mal eben unter Federführung der Franzosen mit einer kleinen deutschen Ausbildungsbeteiligung. Wir hören jetzt zunehmend, dass die, die man vernichten wollte

- das war ja das erklärte Ziel - nicht nur im Norden Stellungen erobern, sondern auch in Richtung Hauptstadt vorrücken.

Zweitens zu Israel: Ich sehe das genauso, wie du gesagt hast. Ich würde nur allen Vermutungen, es würde aus irgendwelchen Tabu - Gründen nicht über Israel geredet, vehement widersprechen. Ich habe da überhaupt kein Problem. Wir haben nur gesprochen über Fälle, bei denen in den vergangenen 20 Jahren militärische Interventionen stattgefunden haben, zunächst humanitär begründet und dann im Fall Libyen mit dieser Responsibility. In dieses Raster passte Palästina nicht rein.

Die letzte Frage: Wenn vorhin gesagt wurde, Einsätze der Amerikaner und der Franzosen, das kann es nicht sein. Das ist genau der Punkt. Um Einsätze nationaler Militärs kann es nicht gehen. Und auch eine ad-hoc zusammen gewürfelte UNO-Truppe, in der natürlich diese Befehlsstrukturen durchschlagen und das Ganze bestimmen, ist auch nicht das Ideale. Wenn wir ernsthaft darüber reden, dass bei der UNO so etwas wie ein Gewaltmonopol hergestellt werden soll, eine robuste Polizeitruppe oder wie wir das nennen, dann muss man das auch mal klar fordern und sagen, dieses aufbauen und gleichzeitig die nationale Verfügung über militärische Instrumente abbauen bis zum Punkt Null. Das geht zusammen und ich wiederhole: So lange es dieses bei der UNO angesiedelte Gewaltinstrument nicht gibt und zwar nicht bestehend aus nationalen Kontingenten, sondern als UNO-Truppe, für die Leute nach gemeinsamen Kriterien ausgebildet werden, besteht auch die Chance, mit nationalen Kontingenten innenpolitisch zu gewinnen. So lange dieses Gewaltmonopol bei der UNO nicht herrscht, gewinnen immer die, die wie jetzt Frau von der Leyen sagen, seht her, dieses Unrecht in der Welt, und dagegen brauchen wir die neuen Waffen. Das ist meine Sorge. Und meine

Antwort hieße dann natürlich wie in dem Fall von IS: Es geht nicht um Kriegsführung. Wenn man sich ernsthaft fragt, was zu tun ist, geht es erstens darum, diese Städte und Dörfer, die unmittelbar vom IS bedroht sind, abzusichern, indem man eine solche Truppe davor stellt.

Zweitens darum sicher zu stellen, dass Menschen wie die Jesiden ohne Furcht von ihrem Berg runterkommen können. Man muss Korridore schaffen für die humanitäre Versorgung, die zu der notleidenden Bevölkerung kommen kann - und Korridore, durch die die Menschen fliehen können ohne Angst zu haben, niedergemetzelt zu werden.

Das wäre ein Mandat für so eine internationale Truppe. Nicht Krieg führen (Beifall).

Claudia Haydt: Zu Mali ist das Wichtigste gesagt worden, dass das grundlegende politische Problem nicht gelöst ist. Tatsächlich gelungen ist es, mehrere Tausend Soldaten besser auszubilden und zu bewaffnen, was die Kompromissbereitschaft nicht gerade steigert und nicht zu politischen Aussöhnungsprozessen mit dem Norden einlädt. Schließlich ist die ganze Region destabilisiert. Da gibt es eine ganze Reihe von weiteren Konflikten, die auf uns zukommen werden.

Ich will erinnern an die früheren Bewohner der Sahara, die jetzt in Flüchtlingslagern in Algerien besonders verlassen von der Welt sind, weil sie weniger Nahrungsmittel bekommen. Sie bekommen auch weniger Geld von ihren Verwandten, die in Spanien gearbeitet haben und jetzt aufgrund der Krise dort keine Arbeit mehr haben. Das dauert nicht lange, bis es dort wieder aufflammen wird. Und dann wundern sich alle, woher das Ganze plötzlich kommt, statt auf das zu setzen, was schon längst beschlossen ist, nämlich ein Referendum durchzuführen.

Das heißt, wir müssen immer genau hinschauen, was wo pas-

siert, und dann auf unsere Politiker Druck ausüben, dass sie nicht einfach so vor sich hin wursteln.

Und was den Gaza-Streifen angeht: Die UN-Organisation für die Flüchtlinge, die UNRWA, gibt regelmäßige situation-updates heraus und sie enden immer damit, dass 2020 der Gaza-Streifen unbewohnbar sein wird. Wegen mangelnder Hygiene, Überbevölkerung, zerstörter Wasserversorgung u.s.w. Das heißt, es entwickelt sich dort jenseits der militärischen Auseinandersetzung eine humanitäre Katastrophe, die wir nicht ignorieren dürfen.

Die Frage: Kann man mit dem IS verhandeln? Es wird nichts übrig bleiben, als das früher oder später zu tun. Und man verhandelt in der Regel nicht mit Freunden. Man verhandelt mit Feinden.

Man verhandelt auch mit ziemlich unappetitlichen Genossinnen und Genossen. Aber man verhandelt. Es wird ja in der Öffentlichkeit so getan, als seien das nur Terroristen. Aber Terroristen allein könnten diese gesamte Region nicht halten.

Und ich will es jetzt nicht beschönigen, aber die Gefangenenlager, die die Amerikaner und Briten während des Irak-Krieges aufgebaut haben, haben dafür gesorgt, dass Al-Kaida-Terroristen zusammen mit denjenigen, die unter dem Regime von Saddam Hussein profitiert haben, über Jahre hinweg in einem gemeinsamen Lager waren und sich irgendwann kennen und schätzen gelernt haben und das sind diejenigen, die jetzt gemeinsam ein Territorium halten, wo durchaus größere Teile der Bevölkerung dahinter stehen und ihrer Wut über das, was passiert ist, in einer Weise Ausdruck geben, dass wir nur mit Abscheu den Kopf abwenden können.

Aber das wird jetzt nicht bedeuten, dass, welche militärische Intervention es immer geben wird, das Phänomen weg ist (Beifall). Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass als Ergebnis der westlichen Intervention eine ganz gefährliche Entwicklung eingeleitet worden ist, die durch weitere militärische Interventionen nicht umkehrbar ist.

Sondern nur durch politische Prozesse. Deswegen müssen wir immer im Kopf haben, welche Geister wir rufen und was dann weiter passiert.

Und damit wir das ganze konstruktiv wenden und hier herauskommen mit einem Ziel, wie es weiter geht: Es ist klar, dass die Frage von Frieden und Gerechtigkeit immer zusammen gehört. Dass die Frage, wie wir Krieg erleben, auch mit Verteilungsgerechtigkeit und empfundener sozialer Ungerechtigkeit zu tun hat. Und es gibt eine Möglichkeit, wie wir unseren Protest gegen die liberale Ungerechtigkeit in dieser Welt zum Ausdruck bringen können, das wäre, wenn wir alle am 18. März zur Eröffnung der EZB nach Frankfurt kommen würden und zum Ausdruck bringen, dass wir uns eine andere Welt vorstellen (Beifall).

Regina Hagen: Dank an das Publikum, die ReferentInnen, die Veranstalter, Bitte um Spenden, Wunsch für einen guten Heimweg und einen guten Sonntag!



Vortrag

Uwe Krüger

Warum spielt die Friedensbewegung keine Rolle in den Leitmedien?

Ignoranter Medien-Mainstream? Warum Journalisten Friedensinitiativen kaum diskutieren – und was sie trotzdem tun können.

Konflikt-Berichterstattung konzentriert sich meist auf Gewalt und Krieg, Friedensarbeit und zivile Konfliktprävention finden dagegen kaum mediales Echo. In diesem Vortrag geht es um die Ursachen dieses problematischen Phänomens (etwa: Wie Journalisten den Nachrichtenwert von Ereignissen einschätzen, sowie um das Eingebundensein führender Außenpolitik-Journalisten in Netzwerken von Politik-, Wirtschafts- und Militär-Eliten) und um Lösungsmöglichkeiten.

Einführung von Thomas Rödl

Unser Thema heute: „Warum spielt die Friedensbewegung keine Rolle in den Leitmedien.“

Wir haben eingeladen: Dr. Uwe Krüger; er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Leipzig und Autor dieses Buches: „Meinungsmacht – der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alphajournalisten.“ Ich begrüße recht herzlich Dr. Uwe Krüger, links von mir.

Unser generelles Thema über all die Jahre war und ist, „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“. Wir beziehen uns kritisch auf diese Sicherheitskonferenz, die morgen wieder im Bayerischen Hof startet. Wir wollen mit unserer Konferenz Alternativen und zivile Konzepte präsentieren. Das heutige Thema klingt ein wenig nach Nabelschau und Beschäftigung mit sich selbst. Das stimmt. Aber – das Verhältnis Leitmedien und Friedensbewegung ist Teil der Strukturen, in denen wir uns bewegen und Teil dieser politischen Strukturen, die wir ja auch verändern wollen.

Warum spielt die Friedensbewegung und damit auch der Friedensgedanke keine Rolle, oder hat zumindest zu wenig Bedeutung in den Leitmedien, obwohl doch die militärische Sicherheitspolitik, die bei der Sicherheitskonferenz vertreten wird, notorisch Krieg, Leid, Elend und immer neue Gewalt produziert?

Ausgangspunkt dieser Friedenskonferenz war 2002 – wenn Sie sich



erinnern oder wenn ihr Euch erinnert - damals gab es eine große Demonstration in München, die verboten wurde und trotzdem stattgefunden hat. Das Auslösemoment für das größere Interesse an der sogenannten Sicherheitskonferenz damals im Vergleich zu den Jahren vorher waren natürlich die Anschläge vom 11. September 2001 und die darauf folgende Intervention in Afghanistan. Zusätzlich der bevorstehende und dann 2003 auch durchgeführte Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Irak. Wir wollten eine Konferenz machen, in der die Kritik an der sogenannten Sicherheitspolitik begründet wird und Konzepte für wirkliche Friedenspolitik vorgestellt werden. Eine Konferenz, die nicht übersehen werden kann, durch ihre Größe an Teilnehmerzahlen, durch ihre inhaltliche Qualität und durch die Prominenz der betei-

ligten RednerInnen. So dass unsere Friedenskonferenz auf Augenhöhe wahrgenommen werden sollte in der Berichterstattung - auf Augenhöhe und gleichwertig mit der Berichterstattung über diese Sicherheitskonferenz.

Bei der Betrachtung der Berichterstattung über die Friedenskonferenz müsste man sehr sehr viele Aspekte berücksichtigen: Die Politik, die gelaufen ist, die Sicherheitskonferenz als solche, die Themen und Personen, die da präsentiert werden, was davon von den Medien aufgegriffen wird und was auf der Gegenseite wir veranstaltet haben. Wir, die Friedenskonferenz und andere in der Szene, die Demonstrationen.

Wir (die Friedenskonferenz) sind in den Lokalteilen gewürdigt worden, es ist über unsere Veranstaltungen berichtet worden. Es ist uns nicht

gelingen, in den Internationalen Teil der Medien zu kommen. Die für uns in München und der Region wichtigste Zeitung war und ist die Süddeutsche Zeitung. Die Frage ob und wie über die Friedenskonferenz berichtet wird, war ein durchgehendes Thema. In diesem Zusammenhang erhielten wir einen Hinweis auf dieses Buch: „Meinungsmacht“. „Da schreibt einer über eure Friedenskonferenz.“ Das hat uns natürlich sehr gefreut, dass wir in einer wissenschaftlichen Arbeit berücksichtigt wurden.

Meinungsmacht, Alphajournalisten, Leitmedien – interessant, was es alles gibt in einem Lande, in welchem die Meinungsfreiheit herrscht – Anführungszeichen bitte mitdenken.

Diese Studie ermöglicht es meiner Meinung nach, die Erfahrungen, die wir in München mit dem Projekt Friedenskonferenz gemacht haben, einzuordnen in die deutschlandweiten Strukturen und Mechanismen der Mediengesellschaft.

Als wir das erste Mal die Friedenskonferenz gemacht haben, war uns klar, dass sie kein Selbstläufer sein wird, dass es keine einfache Aufgabe sein dürfte, in die Politikteile reinzukommen. Denn es war ja klar, wie die Eliten die Politik steuern wollten – nämlich Deutschland ist ein souveräner Staat, der sein Militär auch für politische Zwecke, für ökonomische und machtpolitische Zwecke einsetzen wird. Wir vertreten genau das Gegenteil. Von daher war Bestandteil unseres Projektes immer intensive Medienarbeit.

Uns war natürlich auch klar, dass niemand vorbei kommt und uns die Wünsche von den Augen abliest und das dann aufschreibt. Dass man sich also selber schon bemühen muss. Keine einfache Aufgabe.

Wir haben Pressekonferenzen veranstaltet, prominente ReferentInnen präsentiert, Pressemappen gestaltet mit viel Aufwand, persönliche Kontakte aufgebaut, telefonisch mit den Lokalredaktionen und RedakteurInnen versucht ins Gespräch zu kommen usw.

Der folgende Aufsatz von Uwe Krüger erschien nach dem Vortrag auf der Friedenskonferenz im „Neuen Deutschland“ zum Ostermarsch 2015:

Die Ostermärsche stehen vor der Tür und schon jetzt ist klar, dass in kaum einem Medienbericht der Hinweis fehlen wird, dass sich heute weit weniger Menschen als in den 1980er Jahren daran beteiligen. Welche Anliegen und Argumente diese Wenigen haben, das taucht außerhalb von linken Alternativmedien allenfalls in ein paar Sätzen auf. Von FAZ bis taz ist man sich einig: Die Friedensbewegung sei selber schuld, dass sie kaum wahrgenommen wird. Zu langweilig und überaltert sei sie, und überhaupt vermisste man gute Vorschläge zur Lösung der komplexen Konflikte.

Sinnvolles zu den Krisen dieser Welt, so scheint es, haben nur regierungsnahen Sicherheitsinstitute, elitäre Stiftungen oder transatlantische Think Tanks beizutragen. Die Friedensbewegung wird erst dann interessant, wenn es in ihren eigenen Reihen Konflikte gibt oder man ihr den Vorwurf machen kann, für Akteure mit rechtem Gedankengut offen zu sein. Selbst wenn renommierte Intellektuelle wie Eugen Drewermann und Daniela Dahn im „Friedenswinter“ vor dem Schloss Bellevue reden, sind es doch nur „2000 Verschwörungstheoretiker, Rechte, Linke und offenkundige Wirtköpfe“ (Tagesspiegel.de vom 13. Dezember 2014), die sich da versammelt haben.

In einer Studie, in der ich die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz und ihre Gegner in den Jahren 2007 bis 2010 untersucht habe, fanden sich zahlreiche Belege dafür, dass vor allem die Leitmedien FAZ, Süddeutsche und Welt die Proteste ignorierten,



marginalisierten oder delegitimierten. Eine „treue Protestler-Truppe“ sei es, die „erfolgreich jedes Nachdenken eingestellt“ habe und ihre „liebgewordenen Rituale öffentlich pflegt“, und zwar auf „reinen Spinnerveranstaltungen“. Um die Proteste herunterzuspielen, schleichen sich auch schon mal falsche Zahlen ein: Wenn der Außenpolitik-Chef der Süddeutschen Zeitung, Stefan Kornelius, die These verfolgt, dass die Münchner Sicherheitskonferenz „an Reibungsfläche verloren“ habe, belegt er das damit, dass im Vorjahr „lediglich 500 Demonstranten auf der Straße“ waren (SZ vom 3. Februar 2010). Schaut man allerdings ins Archiv, hatte seine eigene Zeitung im Vorjahr von 3.500 Demonstranten berichtet. Und die Alternativveranstaltung, die Internationale Münchner Friedenskonferenz? Sie wird, wenn überhaupt, im Lokalteil der Süddeutschen erwähnt, und worum es genau geht, erfährt der Leser nicht.

Doppelte Standards, wohin man blickt: Beraten sich Machteliten auf einer privaten, von Rüstungskonzernen und der Bundesregierung gesponserten Konferenz über Außen- und Sicherheitspolitik, wird deren Diskurs detailliert wiederge-

aktuell und detailliert abzubilden, brauchen dafür immer Quellen aus der Elite, die ihnen O-Töne und Interviews geben, darüber hinaus sind Medieneigentümer oder Aufsichtsräte oft (Geld-)Eliten, andere Eliten (Konzernmanager) sind Werbekunden jener Medien, und Eliten sind auch Zielgruppe, die Prestige-Medien kaufen sollen und die wegen ihrer Kaufkraft für die Werbekunden interessant sind.

Vielleicht schafft es die Friedensbewegung daher im gegenwärtigen Meinungsklima nicht, ihrer Militärkritik mediales Gehör zu verschaffen – womöglich aber den konstruktiven Alternativen zu Militäreinsätzen, die sie zu bieten hat. Denn seit einiger Zeit gibt es eine kleine Bewegung im Journalismus, „lösungsorientiert“ zu berichten: gelingende Initiativen und zukunftsweisende Modelle vorzustellen und die Menschen nicht nur mit „bad news“ zu deprimieren, sondern mit „constructive news“ zum Handeln zu inspirieren. Von diesem Trend könnten Akteure aus dem (bislang medial fast unsichtbaren) Feld der zivilen Konfliktbearbeitung und -prävention profitieren. Dafür braucht es natürlich Journalisten, die sich in den Redaktionen für das Thema einsetzen, und

Rezipienten, die sich für solche Berichte interessieren und sie aktiv einfordern.

Und noch ein Hoffnungsschimmer: Seit einem Jahr gibt es im Bundestag den Unterausschuss für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln. Mit dabei: die SPD-Abgeordnete Ute Finckh-Krämer aus der Friedensbewegung. Für die Basis ein Anknüpfungspunkt im Berliner Regierungsviertel. Und wenn es gelingt, aus dem Bundeshaushalt mehr Geld in die zivile Konfliktbearbeitung zu lenken, können damit wiederum mehr Projekte finanziert werden, die vielleicht mediale Aufmerksamkeit erringen.



Dr. Uwe Krüger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung Journalistik der Universität Leipzig und Autor des Buches Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse (Herbert von Halem Verlag, Köln 2013).

In diesem Buch findet sich die erwähnte Studie über die MSC und ihre Gegner.

Darüber hinaus sind zum Thema „lösungsorientierter Journalismus“ im Fachmagazin „Message“, Heft 1/2014 publiziert:

Hier der Artikel als html:

<http://www.message-online.com/archiv/message-1-2014/leseproben/abschied-von-den-bad-news/>

hier als PDF im Heft-Layout:

<http://www.message-online.com/wp-content/uploads/SoJ.pdf>



Von Nachrichtenwerten und Friedensjournalismus

Uwe Krüger

Will man als Friedensfreund oder -aktivist verstehen, warum bestimmte Ereignisse oder Themen es nicht in die Nachrichten schaffen, ist ein Blick in die sogenannte „Nachrichtenwert-Theorie“ der Kommunikationswissenschaft hilfreich.

Journalisten sind „Schleusenwärter“ („Gatekeeper“) in der Informationsflut und müssen aus einem überkomplexen Angebot an Ereignissen diejenigen auswählen, die für ihre Nutzer neu, wichtig und interessant sind. Sie wählen dabei vor allem jene Ereignisse aus, die möglichst viele „Nachrichtenfaktoren“ enthalten.

Die folgenden Kriterien erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass über ein Ereignis berichtet wird: wenn es sich um ein aktuelles, **unmittelbares Ereignis** handelt, möglichst **Prominenz** an dem Geschehen beteiligt ist, es sich um ein **ungewöhnliches** Ereignis handelt, ein **Konflikt** vorliegt (es also dramatisch ist), das Ereignis **Konsequenzen** für möglichst viele Menschen hat und es eine bestimmte Art von **Nähe** zwischen dem Ereignis und den Mediennutzern gibt (sei es nun geografisch, politisch, wirtschaftlich oder kulturell).

Einer der ersten, der Nachrichtenfaktoren erforscht hat, ist der berühmte Friedensforscher Johan Galtung. Dieser fand 1965 in einer Untersuchung von Krisenberichterstattung in norwegischen Zeitungen insgesamt 12 Nachrichtenfaktoren.

Darunter waren auch **Frequenz** (d.h. die Dauer eines Ereignisses sollte passend zum Erscheinungsrhythmus des Mediums sein), **Eindeutigkeit** (das Ereignis sollte eine klare Interpretation ermöglichen) und **Kontinuität** (bereits eingeführte Themen haben es leichter, wieder in die Zeitung zu kommen).

Für besonders schwerwiegend hielt Galtung die folgenden vier Faktoren: **Eliteperson** (wenn es um mächtige Individuen geht), **Elitenation** (wenn es um mächtige Staaten geht), **Personalisierung** (wenn man das Ereignis an konkreten Menschen festmachen kann) und **Negativität** (wenn es um Tod, Katastrophen oder Krieg geht).

Johan Galtung ging es in seiner Medienforschung freilich nicht nur um die Beschrei-

bung der Selektionskriterien, sondern auch um deren Veränderung. Denn, wie er später in einem Aufsatz über „Friedensjournalismus“ ausführte, begünstigen die herkömmlichen Selektionskriterien Krieg und Gewalt. Die Medien, so Galtung, stellen die Welt konfliktreicher dar, als sie ist, sie betonen eher Gewaltmittel zur Lösung von Konflikten und vermitteln so den Eindruck, dass Gewalt effizienter ist als friedliche Lösungsansätze. Als Gegensatz zum herkömmlichen „Kriegs- bzw. Gewaltjournalismus“, der sich auf die

Erklärungsansatz IV: Nachrichtenwert-Theorie

- Journalisten sind „Gatekeeper“ und müssen selektieren: aus einem überkomplexen Angebot an Ereignissen sollen relevante Nachrichten für Rezipienten ausgewählt werden, anhand von Nachrichtenfaktoren:



Seite 29

Problem Ursachen Lösungsansätze

UNIVERSITÄT LEIPZIG
Abteilung Journalistik

Beschreibung der Konfliktarena konzentriert sowie elite- und siegorientiert sei, postulierte er einen „Friedensjournalismus“, der auch die tieferen Ursachen von Konflikten erforscht, Friedensinitiativen einbezieht und lösungsorientiert ist.

Die Folien zum Vortrag auf der IMFK 2015 im Internet:

<http://de.slideshare.net/ukrueger/uwe-krueger-friedensbewegungleitmedienslideshare>

Neue Publikation von Uwe Krüger:
Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen.

C.H.Beck, München
erscheint im März 2016

„Friedensjournalismus“ einfordern

Kriegs- bzw. Gewaltjournalismus	Friedens- bzw. Konfliktjournalismus
Kriegs- bzw. gewaltorientiert: Beschreibt die Konfliktarena, Fokus darauf, wer die Oberhand gewinnt	Friedens- bzw. konfliktorientiert: erforscht die Konfliktformation und deren tiefere Ursachen
Propagandaorientiert: entlarvt die Unwahrheiten der anderen, unterstützt unsere Lügen	Wahrheitsorientiert: entlarvt Unwahrheiten auf allen Seiten
Eliteorientiert: fokussiert unser Leid, benennt ihre Übeltäter, betont, dass nur die Elite Frieden schließen kann	Menschenorientiert: fokussiert jegliches Leid, betont Friedentendenzen in der Bevölkerung
Siegorientiert: Frieden = Sieg + Waffenstillstand, wendet sich nach Kriegsende dem nächsten Konfliktherd zu	Lösungsorientiert: Frieden = Gewaltfreiheit + Kreativität, zeigt Friedensinitiativen und Kreativität, berichtet über Nachkriegsphase

(Galtung 1998)

Aber: Nachrichtenwerte (also die Raster in den Köpfen der Medienmacher) ändern sich nicht von allein. Jeder Mediennutzer, der mehr „lösungsorientierten“ oder „Friedensjournalismus“ will, kann und sollte diesen Wunsch an die Journalisten herantragen. Am besten in der Sprache der gewaltfreien Kommunikation.

Lösungsorientierten Journalismus einfordern

Seit einigen Jahren gibt es im Journalismus übrigens einen kleinen Trend, nicht nur negative Nachrichten zu präsentieren, sondern auch „Constructive news“ und „lösungsorientierten Journalismus“ zu liefern. Dies ist auch eine Chance für die Friedensbewegung. Wenn schon ihre Militärkritik auf kein breites Medienecho stößt, so finden vielleicht die Alternativen zu Militäreinsätzen – etwa Best-Practice-Beispiele von ziviler Konfliktbearbeitung oder Aussöhnung – mehr Interesse in den Redaktionen.

Lösungsorientierten Journalismus einfordern

Zur Resonanz: Hier einige Beispiele mit Jahresangaben, und nur zwar nur aus der Süddeutschen Zeitung: Wurde die Veranstaltung in einem redaktionellen Beitrag angekündigt? Gab es einen Hinweis auf der Service-Seite? Gab es einen inhaltlichen Bericht? In den ersten Jahren –2003 bis 2007 – gab es immer eine Ankündigung, auch ausführlich mit Angabe von ReferentInnen und Themen. Ich hab auch den Namen der JournalistInnen dazu geschrieben. Frau Maier-Albang hat sehr oft über uns berichtet und wenn ich hier schreibe: Ausführlicher Artikel nur über die Friedenskonferenz, dann kann man eigentlich zufrieden sein. Auch die Service-Seite hat jedenfalls unsere Veranstaltung erwähnt, oder darauf hingewiesen.

Das war die erste Phase und der Artikel hier vom 14.2. 2005 „In der Mitte angekommen“ ist eigentlich ganz exemplarisch – auch vom Umfang her. Wie berichtet wurde, wie Namen erwähnt wurden und Inhalte im großen und ganzen korrekt dargestellt wurden. (Hier am Beispiel Horst Eberhard Richter)

Dann kam 2007: Ankündigung – Ja. Bericht: Hmm! 2007 schreibe ich hier „Antikommentar“ und 2009 schreibe ich dann „Blöder Kommentar“ und diesen Antikommentar schreibt hier Joachim Käppner (12. 2. 2007): „Als die Friedensbewegung noch Anhänger und politischen Verstand in messbaren Größen besaß, gehörte die Forderung nach Verhandlungen zu ihrem festen Repertoire.“ Der Bezugspunkt ist, dass die Sicherheitskonferenz sich damals den Titel gegeben hat „Frieden durch Dialog“ und wir haben gesagt, das ist doch Quatsch. Wer redet denn da mit wem? Da reden doch im

Wesentlichen die Mächtigen untereinander und nicht mit den Betroffenen und nicht mit dem potentiellen Gegner. Und daher haben wir das nicht ernst genommen. Aber der „Bericht“ von Käppner war ein Verriss und wir haben uns da natürlich betroffen gefühlt; denn wir verstehen uns schon als Teil der Friedensbewegung.

Darauf gab's natürlich verärgerte Protest-Leserbriefe aus unserem Umfeld. Im Jahr 2008 war noch einmal eine ordentliche Berichterstattung zu verzeichnen. Im Jahr 2009 war dann dieser Stimmungsbericht in der 2. Spalte: „So sieht sie also aus, die Friedensbewegung: Ältere Damen mit gesunden Schuhen – ebensolche Herren in Cordhosen, Jungs mit Ziegenbärten...“ und

so weiter. (SZ v. 9.2.09, Stephan Handel) Was für ein Schwachsinn. Jetzt müssen Sie sich vom Zeitverlauf vorstellen, es ist immer Anfang Februar, wenn man diese Artikel liest. Und kurz vorher hat man seinen Kontoauszug betrachtet, auf dem über 500 € für diese Zeitung abgebucht werden, wenn man sie abonniert hat. Das strapaziert dann mein Humorverständnis, wenn ich mir vorstelle, die schreiben so einen Mist und unsereiner zahlt auch noch dafür.

Man könnte ja sagen, es diskreditiert sich jemand ja selber, wenn er die Menschen nach ihrem Äußeren beurteilt. Aber dann im Fortgang schreibt er hier – na, ja, das mit den Giraffenträumen, das kann man ja noch durchgehen lassen, - dass hier Papiere ausgelegt werden, in denen stehe, dass Israel an allem Schuld sei. Das ist natürlich Quatsch. Wir arbeiten mit einer Gruppe zusammen, die begründet und intensiv die konkrete Politik der israelischen Regierung kritisiert und da steht nie so eine Formulierung drin.

Im Folgejahr 2010 - könnte man vielleicht ein bisschen entschuldigend sagen – gab es wieder eine etwas ausführlichere Berichterstattung.

Wir hatten die US-Amerikanerin Cynthia McKinney eingeladen, die als Vertreterin der Grünen Partei für die Präsidentschaft kandidiert hat. Die Grüne Partei spielt in den USA allerdings keine bedeutende Rolle.

Dann haben wir eingefädelt, dass diese Grüne Kandidatin einen Grünen Bürgermeister besucht und wir dann schöne Bilder in der Presse erhalten. (SZ v. 3.2. 2010)

Aber in dem Artikel stand eher ihre Präsidentschaftskandidatur im Mittelpunkt - weniger unsere Friedenskonferenz. (aus ihrer durchaus interessanten Rede hat niemand zitiert: http://www.friedenskonferenz.info/FK2010Brosch02_11_9_7-kl2.pdf) Das war für mich das Maximum der Annäherung an journalistische Gewohnheiten.

Kommen wir zum letzten Teil, da geht's dann einfacher, weil es nicht mehr so viel zu berichten gibt. Wir haben ja



immer versucht, 10-14 Tage vorher die Pressekonferenz zu machen, in der Hoffnung, dass die Süddeutsche eine Woche vorher zum Beispiel unsere Geschichte ankündigt, damit wir die Leute erreichen, die nicht in unserem Verteiler sind. Die Artikel mit der Ankündigung waren dann aber einen Tag vorher, manchmal am gleichen Tag. Der größte Ärger für uns ist die notorische Nicht-Ankündigung auf der Serviceseite in den letzten Jahren.

Diese Vorankündigungen sind immer läppischer geworden: „Da gibt’s dann noch eine Konferenz; da gibt’s dann noch Leute, die reden über Gewaltfreiheit – irgendwo in der Kongresshalle oder im Goethe-Forum.“

Ab 1.11.2011 ist Kurt Kister Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung; der war ja Zeitsoldat, ist Hauptmann der Reserve und seit dieser Zeit ist einfach wirklich nichts mehr berichtet worden. Ich glaube nicht, dass das Zufall ist.

Zur Illustration seiner politischen Haltungen zeige ich den Artikel von 2005: „Primat der Politik“ (SZ v. 24.6. 2005) Da ging es über den Major Florian Pfaff, der sich geweigert hat, einen Dienst zu machen, mit dem er den Krieg der USA gegen den Irak unterstützt hätte. Kurt Kister schreibt hier sinngemäß: Wenn die Politik sagt, dieser Krieg ist richtig, dann hat man da nicht mit dem Völkerrecht zu argumentieren und mit seinem Gewissen; und wer so was macht, der hat in der Armee nichts verloren. Nebenbei schreibt er hier, dass Deutschland natürlich den Krieg der USA im Irak unterstützt hat - wobei sie offiziell ja gesagt haben – nee, nee, das ist nicht unser Interesse.

Zur Werbung der Firma EADS mit einem Bild des Eurofighters: Ach - das ist jetzt aber auch ein Zufall! Das war eine Anzeigenserie über einige Jahre in der Süddeutschen Zeitung. Slogan: „Ich bin EADS“. Will jemand einen Eurofighter kaufen? Vermutlich nicht, denn Sie haben nicht den richtigen Führerschein – aber Sie zahlen ihn!

Und schließlich: Der Artikel: „Der General bei Loden Frey“. Hier wird so eine Art Glossar, eine Übersicht geboten: Was rund um die Sicherheitskonferenz herum wichtig zu erwähnen ist. (SZ v. 1.2. 2013). Immerhin ist hier die Friedenskonferenz aufgeführt: „Die mittlerweile stark ergrauten Teilnehmer der Friedenskonferenz wollten das militärische Sicherheitsdenken überwinden.“

Mysteriös welche Bedeutung für verschiedene Autoren der SZ der Seitenhieb auf das Alter der BesucherInnen der Friedenskonferenz hat. Wie viele „ältere Herren“ versammeln sich im Bayerischen Hof? Es sind ja wohl auch nicht die unter 20-Jährigen, die die Politik bestimmen.

Diese Rundschau zur Sicherheitskonferenz zeigt aber auch, dass diese im Licht der Medien mehr zum Event geworden ist. Äußerlichkeiten werden breitgetreten - die inhaltlichen Berichte über die Sicherheitskonferenz sind meiner Einschätzung nach auch weniger geworden. 2003/2004 wurde noch der Irakkrieg diskutiert, der von der damaligen Regierung (und der Mehrheit der Bevölkerung) abgelehnt wurde. Da hat man sich vielleicht noch über den Krieg aufgeregt und kritisch berichtet. Zwischenzeitlich hat die Sicherheitskonferenz ja eigentlich auch nicht viel Neues zu bieten. All die Jahre die gleichen Sprüche und ständig neue Kriege und „Krisen“, die keiner der versammelten Schlaumeier vorhergesehen hat.

Die Schlagzeile: „Eine Bühne für die Ex - Terroristin“ ist hier noch mit reingerutscht: Es war die Entscheidung einer Teilgruppe des Demobündnisses, die Inge Viett einzuladen. Es war absehbar, dass die Medien sich darauf stürzen und dies die inhaltliche Berichterstattung überlagern würde.

Abschließend der Artikel in der Münchner Abendzeitung vom 31.1.2014: „Die Bessere Konferenz“. So hätten wir es natürlich gerne gehabt. Das war vor einem Jahr in der Münchner AZ. Viele von euch kennen vielleicht Dr. Klaus Hahnzog, der in den 80er Jahren in München einmal 3. Bürgermeister war und der mitgeholfen hat, dass in der AZ so berichtet worden ist.

Gut – also den Ärger und den Frust über dieses Ignoriert-Werden und die abfälligen Bemerkungen hab ich jetzt geäußert. Andererseits bleibt uns die Genugtuung, dass wir über die Jahre eine ziemlich gleichbleibende Zahl von BesucherInnen hatten, 300 Leute im Rathaus, 500, wenn man den Besuch in allen Veranstaltungen addiert. (im Jahr 2015 kam ich auf 750 – 800 BesucherInnen, und die Süddeutsche brachte am 9.2.2013 einen ausführlichen Bericht über unsere Friedenskonferenz. http://www.friedenskonferenz.info/pdfs/Nie-wieder-Krieg-2015_02_09_SZ_01.pdf überraschenderweise auch 2015 grauhaarige Männer!)

Parallel zu dieser Entwicklung sind für uns Internet-Präsenz und Mail-Verteiler immer wichtiger geworden, so dass wir inzwischen sagen, ja gut, wir schicken den Medien Informationen, aber ob sie diese jetzt bringen oder nicht, das braucht uns gar nicht mehr so wahnsinnig aufzuregen. Wir vertrauen darauf, dass wir unsere Verteiler haben. Es entstehen immer mehr unabhängige Portale im Internet, wo man Informationen erhalten kann und Videos und Artikel über unsere Veranstaltungen sieht. Ein klassisches Printmedium wie die Süddeutsche Zeitung, früher Bezugspunkt bei vielen politischen Diskussionen, verliert für uns an Bedeutung.

Friedensgebet der Religionen

Lasst unser Licht leuchten

Seit vielen Jahren ist das Friedensgebet der Religionen fester Bestandteil der Münchner Friedenskonferenz und eine alternative Antwort auf die Sicherheitskonferenz, gerade in Zeiten, in denen die Religionen instrumentalisiert und politisch gegeneinander ausgespielt werden.

Das Friedensgebet betont immer wieder nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame zwischen den Religionen, so wie es die Freunde Abrahams seit ihrer Gründung nach 9/11 praktizieren.

Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Glaubensrichtungen wie Christen, Muslime, Baha'i, Buddhisten und des internationalen Sufi Ordens ließen mit ihren Beiträgen gemeinsam das Licht leuchten.

Die Vertreterin der Juden musste leider krankheitsbedingt absagen.

Die Statements, Gebete und Fürbitten der verschiedenen Religionen, das gemeinsame Gebet und gesungene Lied waren geprägt von Theologien des Lichts. Lichter die leuchten für den Frieden, die die Dunkelheit, das Böse, den Krieg, die Feindschaft überwinden.



Einige Beispiele:

Psalm 104:

*Wie zahlreich sind Deine Werke, Herr, alles hast Du mit Weisheit gewirkt. ...
Du bist sehr groß, der das Licht um sich schlingt wie ein Tuch ...*

Franz von Assisi:

*Gelobt seiest Du, mein Herr, mit allen Deinen Geschöpfen,
zumal dem Herrn Bruder Sonne,
welcher der Tag ist, und durch den Du uns leuchtest.
Und er ist schön und strahlend in großem Glanze,
Dein Sinnbild, oh Höchster.*

aus dem Koran:

Licht über Licht! ...

*Siehst Du denn nicht, dass Gott lobpreist, wer in den Himmeln
und auf Erden ist...*

Jedes Geschöpf kennt sein Gebet und seine Lobpreisung.

und der Sufi Orden fasst zusammen.:

*So machtvoll ist das Licht der Einheit, dass es die ganze Erde erleuchten kann
(Bahau'llah).*

Zwei Mitglieder des Contra-Ensemble schufen mit Flöte und Gitarre durch ihre Instrumentaleinlagen den passenden Rahmen für die Wortbeiträge.

Die Kollekte für das Projekt „Ferien vom Krieg“ ergab knapp 500 €.

Die abschließende Begegnung bei Kaffee und Gebäck verstärkte noch mal untereinander die Gemeinschaft der Religionen und das Bestreben aus der Dunkelheit zum Licht zu gelangen.

Gabriele Hilz



TeilnehmerInnen:

Prof. Dr. Dr. med. Joachim Bauer

Joachim Bauer (* 21. Oktober 1951 in Tübingen) ist Molekularbiologe, Neurobiologe und Arzt mit Ausbildung als Internist, Psychotherapeut und Psychiater. Sein Spezialgebiet ist Psychosomatische Medizin.

Er lehrt an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Beschäftigung mit klinischen Aspekten der Depression, mit Angsterkrankungen, mit psychosomatischen Erkrankungen, mit Trauma-Folgekrankheiten (Posttraumatische Belastungsstörung) sowie mit dem Burnout-Syndrom.

Für die Entdeckung der Beteiligung von Immunbotenstoffen an der Alzheimer-Erkrankung bekam Joachim Bauer 1996 den Organon-Forschungspreis der Deutschen Gesellschaft für Biologische Psychiatrie (DGBP) verliehen.

Das Magazin für Politische Kultur „Cicero“ zählte Joachim Bauer im Januar 2013 zu den einflussreichsten deutschsprachigen Intellektuellen.



Sachbücher:

Wie lassen sich Erkenntnisse aus der Genforschung und Hirnforschung für die klinische Tätigkeit des Arztes, aber auch für den ganz normalen Alltag des Menschen nutzbar machen?

Das Gedächtnis des Körpers - Wie Beziehungen und Lebensstile unsere Gene steuern

Warum ich fühle, was du fühlst - Intuitive Kommunikation und das Geheimnis der Spiegelneurone

Prinzip Menschlichkeit - Warum wir von Natur aus kooperieren

Lob der Schule - Sieben Perspektiven für Schüler, Eltern und Lehrer

Das kooperative Gen - Abschied vom „Darwinismus“

Schmerzgrenze - Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt

Arbeit - Warum unser Glück von ihr abhängt und wie sie uns krank macht

Fachartikel (Auswahl):

„Egoismus oder Altruismus – Was treibt den Menschen?“ (Beitrag in „Forschung & Lehre“)

„Nutzen und Nachteil der Aggression“ (Interviews mit Joachim Bauer in der „Neuen Züricher Zeitung“)

„Der Mensch ist zu allem fähig“ (Interview in der Freiburger „Badischen Zeitung“)

„Wie Kind gut und böse lernt“ (Interview in den „Salzburger Nachrichten“)

Kontakt:

joachim.bauer@uniklinik-freiburg.de

<http://www.psychotherapie-prof-bauer.de/index.html>

Dr. Karl Grobe-Hagel



Karl Grobe-Hagel (* 1936) (Geburtsname und publizistisch bekannt als Karl Grobe) ist ein deutscher Journalist und Autor, der sich besonders mit Außenpolitik befasst.

Er war viele Jahre Mitarbeiter der Frankfurter Rundschau.

Ende November 2001 ging er in den Ruhestand. Auch danach ist er für die Frankfurter Rundschau tätig.

Grobe schreibt auch unter den Kürzeln gro oder CAROLUS.

Grobe veröffentlichte zahlreiche Artikel und Bücher vor allem über China und Vietnam. 1980 promovierte er an der Universität Hannover mit einer Arbeit über „Pekings neue Außenpolitik“.

Veröffentlichungen (Auswahl)

Tschetschenien oder: die Folgen imperialer Politik: ... und Europa sieht weg, Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie 2005

Krieg gegen Terror?: Al Qaeda, Afghanistan und der „Kreuzzug“ der USA, Köln: ISP-Verlag 2002

Tschetschenien: Russlands langer Krieg, Köln: ISP 2001

Russlands „Dritte Welt“: Nationalitätenkonflikte und das Ende der Sowjetunion, Frankfurt am Main: ISP-Verlag 1992,

Hinter der großen Mauer: Religionen und Nationalitäten in China, mit einem Beitrag von Marie-Luise Latsch, Frankfurt am Main: Eichborn 1991

(Hrsg. mit Franz-Josef Krücker): Der kurze Frühling von Peking: die chinesische Demokratiebewegung und der Machtkampf der Partei, Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag 1990

(mit Andreas Buro): Vietnam! Vietnam? Die Entwicklung der Sozialistischen Republik Vietnam nach dem Fall Saigons, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1984

Chinas Weg nach Westen: Pekings neue Außenpolitik und ihre Hintergründe. Eine Analyse, Frankfurt am Main: China-Studien- und Verlags-Gesellschaft 1980, zugleich Dissertation Universität Hannover 1980 unter dem Titel: Grobe, Karl: Chinas innenpolitische Wandlungen und ihre Rückwirkungen auf seine Außenpolitik

Kontakt:

www.karl-grobe.de

Regina Hagen



Regina Hagen ist technische Übersetzerin und lebt in Darmstadt.

Seit 2004 ist sie in der Redaktion der Zeitschrift Wissenschaft & Frieden (W&F), ab August 2010 dort verantwortliche Redakteurin.

Sie ist freiberufliche Friedensjournalistin und Friedensforscherin.

2001-2009 war sie Koordinatorin des International „Network of Engineers and Scientists Against Proliferation“ (INESAP)

Sie ist aktiv in etlichen Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Abrüstung von Atomwaffen und die Verhinderung von Raketenabwehr und Weltraumrüstung engagieren.

Mitherausgeberin von Büchern wie:

Space Use and Ethics

Sicherheit und Überleben

Argumente für eine Nuklearwaffenkonvention

Per Express in die atomwaffenfreie Welt

Kontakt:

E-Mail: redaktion@wissenschaft-und-frieden.de

Claudia Haydt



Geboren am 20. Dezember 1966 in Friedrichshafen
Heilpädagogische Ausbildung in Überlingen,
Studium der Religionswissenschaft und Soziologie.
Seit den 1980er Jahr in der Friedensbewegung aktiv.

Zehn Jahre war sie kommunalpolitisch im Tübinger Kreistag und Gemeinderat (teilweise als Fraktionsvorsitzende) aktiv: im Jugendhilfe- und Sozialbereich, im Verwaltungsausschuss und zusätzlich im Aufsichtsrat der kommunalen Verkehrs- und Wohnungsbaugesellschaften.

1999 Austritt aus der Grünen Partei wegen deren Beteiligung am Jugoslawienkrieg.

Lange Jahre war sie Redakteurin in einem Tübinger Verlag.

Außer bei der LINKEN ist sie u.a. auch Mitglied bei ver.di und der DFG-VK.

Sie ist eine der Sprecherinnen der BAG-Frieden (Grüne).

Derzeitige Tätigkeiten:

Hochschuldozentin für Sozialarbeit

Mitarbeiterin der Informationsstelle Militarisierung (IMI)

Mitarbeiterin im Bundestag (Militär-, Sicherheitspolitik)

Vorstandsmitglied der Europäische Linkspartei

Kontakt:

claudia.haydt@die-linke.de

Dr. Uwe Krüger



Uwe Krüger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig und Autor der Studie „Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse“ (Herbert von Halem-Verlag, Köln 2013)

Geboren 1978 in Leipzig, aufgewachsen in Borsdorf (Sachsen) und in Bergen auf Rügen.

Erste journalistische Spuren sammelte er bei einem Anzeigenblatt auf der Insel Rügen, wo er als Jungredakteur die Jugend- und die Feuerwehrseite betreute.

Nach dem Zivildienst ging es zurück nach Leipzig: Hier studierte er 1998 bis 2006 Diplom-Journalistik und Politikwissenschaft, unterbrochen von Studien- und Forschungsaufenthalten in der südrussischen Provinzhauptstadt Rostow am Don (als DAAD-Stipendiat) und einem Volontariat bei der „Leipziger Volkszeitung“.

Von 2007 bis 2010 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Praktische Journalismusforschung in Leipzig sowie Redakteur und Autor des Journalismus-Fachmagazins „Message“.

Nach freiberuflicher Tätigkeit als Journalist, Sozialwissenschaftler und PR-Texter und nach abgeschlossener Promotion zum Thema „Netzwerke deutscher Journalismus-Eliten in Politik und Wirtschaft“ startete er im Oktober 2012 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Journalistik.

Seine Schwerpunkte in der Lehre liegen im methodischen Recherchieren sowie im Printbereich.

Die Folien zu seinem Vortrag sind im Internet zu sehen:

<http://de.slideshare.net/ukrueger/uwe-krueger-friedensbewegungleitmedienslideshare>

Eine neue Publikation von Uwe Krüger erscheint im März 2016 :

„Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen.“
C.H.Beck, München

Kontakt:

Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft

Abteilung Journalistik

Burgstr. 21, 04109 Leipzig

Telefon: 0341/97-35756

Fax: 0341/97-35799

E-Mail: uwe.krueger@uni-leipzig.de

URL: www.uni-leipzig.de/journalistik

Susanne Luithlen

SCHWERPUNKTE

Mediation / Konfliktbearbeitung

Entwicklungszusammenarbeit

Non-Profit-Bereich

Regierungen



BISHERIGE TÄTIGKEITEN

Leiterin der Akademie für Konflikttransformation im Forum ZFD e.V.

Senior-Beraterin für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria im Bereich Innovative Finanzinstrumente

Moderation internationaler Workshops und Konferenzen für die Bundesregierung, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Stiftungen und NGOs zu entwicklungspolitischen Themen (Schwerpunkt: Internationales Schuldenmanagement)

Geschäftsführung deutscher entwicklungspolitischer NGOs und Netzwerke

Vorstandsvorsitzende eines europäischen NGO-Netzwerkes in Brüssel

WISSENSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN und AUSBILDUNGEN

Studium der Philosophie, Politikwissenschaft, Afrikanistik (M.A.)

Studium der Entwicklungspolitik (Diplom)

Public Relations

Konfliktmanagement

Gewaltfreies Handeln

Mediatorin

Kontakt:

Susanne Luithlen

Forum ZFD, Akademie für Konflikttransformation

Telefon: 0221 91273271

E-Mail: luithlen@forumzfd.de

Felix Pahl



Felix Pahl war Mitglied der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission und von 2006 bis 2011 Sprecher der BAG Frieden & Internationale Politik.

Zurzeit in der BDK-Antragskommission und in der Strukturkommission.

Mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt beschäftigt er sich seit dem zweiten Libanon-Krieg 2006.

Kontakt:

joriki27@gmail.com

030-48492743

<http://grueneoliven.wordpress.com/>

https://www.google.de/?gfe_rd=cr&ei=NEpjVJOHLeql8wf454GIBg#q=Felix+Pahl&start=10

Clemens Ronnefeldt



Clemens Ronnefeldt wurde 1960 in Worms geboren. Von 1981 bis 1986 studierte er an der Johannes-Gutenberg Universität in Mainz und an der philosophisch-theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt/Main.

Von 1982 bis 1983 absolvierte er eine studienbegleitende Ausbildung zur Friedensarbeit an der Heimvolkshochschule Bückeburg.

Bis 1992 war er Sprecher der Katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ im Bistum Mainz.

Seit 1992 ist er als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des „Internationalen Versöhnungsbundes“ tätig.

Seine Schwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten und das ehemalige Jugoslawien. Clemens Ronnefeldt hat teilgenommen an Friedensdelegationen im Irak, Iran, Syrien, Libanon, Israel und Palästina und an Einsätzen in Flüchtlingslagern. Darüber hinaus hat er sich beteiligt an der Unterstützung von Friedensgruppen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Er ist Autor des Buches „Die neue Nato, Irak und Jugoslawien“, herausgegeben vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, Minden, 2. Auflage, 2002

sowie zahlreicher Artikel und Hintergrundanalysen.

Kontakt:

Clemens Ronnefeldt
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising
Tel. 08161 54 70 15
Fax 08161 54 70 16
C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Beatrix Zurek



Stadträtin, stellv. Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin im Kreisverwaltungsausschuss,
Vorsitzende im Rechnungsprüfungsausschuss
stellv. Sprecherin im Sportausschuss

Mitglied in den Ausschüssen:

Bildungsausschuss und Sportausschuss
Finanzausschuss
Kreisverwaltungsausschuss
Rechnungsprüfungsausschuss

Geboren am 17.10.1959 in Gleiwitz., verheiratet, 3 Kinder.

Abitur in Aschaffenburg.

Seit Anfang der 80er in München.

Jurastudium in Passau, München, Lausanne.

In eigener Kanzlei als Rechtsanwältin tätig.

Vorsitzende des Mietervereins München und des Bayerischen Mieterbunds.

Aufsichtsrätin bei der Olympiapark München GmbH und der Münchner Volkstheater GmbH.

Kontakt:

spd-rathaus@muenchen.de

Andreas Zumach

Andreas Zumach wurde 1954 in Köln geboren. Seit 1998 bearbeitet er vom europäischen UN-Büro in Genf aus als Korrespondent u.a. für die deutsche Tageszeitung „taz“ UN-Themen und andere internationalen Angelegenheiten.

Darüber hinaus ist er für eine Reihe anderer regionaler und nationaler Zeitungen, Magazine und den öffentlichen Rundfunk in Deutschland, der Schweiz und Österreich tätig.

Er veröffentlichte zahlreiche Beiträge in deutsch- und englischsprachigen Büchern sowie Fachpublikationen zu Themen wie Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle und Abrüstung. 1997 wurde Zumach mit dem Preis des Verbandes der UNO-Korrespondenten in New York ausgezeichnet für die weltweit beste Berichterstattung über die UNO.



Biographisches:

1981-1988: Organisator und Sprecher für verschiedene deutsche Organisationen der Friedensbewegung, u.a. des bundesweiten Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung

1979-1981: Herausgeber der deutschen Tageszeitung „Die Neue“ für internationale Angelegenheiten, Auslandskorrespondent in Südafrika

1975-1978: Studium der Fächer Volkswirtschaft und Journalismus an der Universität Köln und der Kölner Journalistenschule;

Organisator der deutschen Kampagne zu Handels- und Werbepraktiken des Nestle-Konzerns und anderer Babynahrungshersteller in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Kontakt:

Andreas Zumach

Salle de Presses 1

Palais des nations

1211 GENF 10

Schweiz

Tel. 0041/22/9173791

Fax 41/22/7342361

mail : andreas.zumach@itu.int.

Trägerorganisationen:



Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören rund 100 000 Menschen in 40 Staaten der Erde an. Ihnen gemeinsam ist die Vision einer Welt, in der Menschen geschwisterlich miteinander leben und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Der Sitz des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes ist in Minden.

Kontakt:

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel. 0571 – 850875
Fax 0571 – 8292387
www.versoehnungsbund.de
vb@versoehnungsbund.de

Spenden:

Sparkasse Minden-Lübbecke
IBAN: DE20 4905 0101 0040 0906 72
BIC: WE LA DE D1 MIN

Netzwerk Friedenssteuer, Region Bayern

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg ausgegeben werden. Wir wollen nicht weniger Steuern bezahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“



Kontakt:

www.netzwerk-friedenssteuer.de

Spenden:

Netzwerk Friedenssteuer e.V., GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00
BIC: GENODEM1GLS

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern

Die DFG-VK ist ein deutscher Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner (War resisters International, WRI, gegründet 1921, u.a. von Albert Einstein). Die Grundsatzserklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner lautet:

„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken.“

Kontakt:

Schwanthalerstr. 133
80339 München
Tel. 089/ 89 62 34 46
www.dfg-vk.de/muenchen; www.dfg-vk.de/bayern
www.dfg-vk.de; www.wri-irg.org
www.schritte-zur-abruestung.de
muenchen@dfg-vk.de



Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk

Das Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk ist der gemeinnützige Verein zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern

Kontakt:

c/o DFG-VK.
Tel. 089/ 89 62 34 46,
Di., Mi., Do. 11.00 - 17.00 Uhr
www.h-m-v-bildungswerk.de

Spenden:

H-M-V-Bildungswerk e.V., GLS- Bank,
Stichw. „Friedenskonferenz“
IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00 ;
BIC: GENODEM1GLS



Helmut-Michael-Vogel-
Verein zur Förderung
der FRIEDENSARBEIT
der DFG-VK Bayern

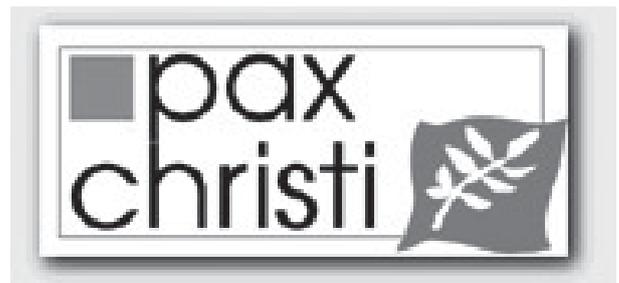
pax christi

Als internationale katholische Friedensbewegung benennt pax christi Missstände in Politik und Gesellschaft und bezieht klare Positionen, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden.

Kontakt:

Marsstr. 5
80335 München
Tel. und Fax: 54 38 515
www.paxchristi.de
www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi
paxchristi.muenchen@t-online.de

Spenden: Kto 603 131 40 10,
Pax Bank BLZ: 370 601 93
IBAN: DE 34 370 601 93 603 131 40 10



Kreisjugendring München-Stadt



Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) ist die Arbeitsgemeinschaft der rund 60 Münchner Jugendverbände und -gemeinschaften, sowie Träger von fast 50 städtischen Freizeitstätten. Ziel und Grundlage seines Handelns sind Toleranz, Friede, soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

Kontakt:

Kreisjugendring München Stadt
Postfach 151 223
80047 München
Tel: 089/514106-10
www.kjr-m.de

Projektgruppe „Münchner Sicherheits-Konferenz verändern“ (MSKverändern)

Kontakt:

Pienzenauerstr.50
81679 München
Telefon + 49(0)89 / 66 09 01 38
Telefax + 49(0)89 / 60 66 68 72 (nach tel. Ankündigung)
E-Mail: mskveraendern@web.de
Internet: www.msk-veraendern.de

Bankverbindung: Stadtparkasse München
IBAN: DE23 7015 0000 0000 4163 70
BIC: SSKMDEMXXX



NaturwissenschaftlerInnen – Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e. V.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen.

Ernst Bloch (Philosoph, 1885-1977)

Im Februar 1987 haben sich NaturwissenschaftlerInnen in der Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ zusammen gefunden, um als Teil der Friedensbewegung ihre spezifischen professionellen Kompetenzen für eine Welt ohne Krieg und Gewalt, für die Kontrolle und Beseitigung atomarer, chemischer, biologischer und konventioneller Waffensysteme, für Friedens- und Abrüstungsforschung und für soziale, ökologische und humane Technikgestaltung einzusetzen.

NatWiss
Verantwortung für Frieden
und Zukunftsfähigkeit e.V.

Kontakt:

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative c/o IALANA
Marienstraße 19/20
10117 Berlin
Tel.: 030 - 31 99 66 86
Fax: 030 - 31 99 66 89
E-Mail: [geschaeftsfuehrung\(at\)natwiss.de](mailto:geschaeftsfuehrung(at)natwiss.de)
Internet: www.natwiss.de

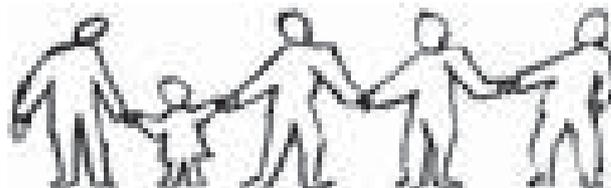
Spenden:

„Verantwortung für den Frieden“
Postbank Köln, BLZ 370 100 50
Konto-Nr.: 393 408 504
IBAN: DE24 3701 0050 0393 4085 04
BIC: PBNKDEFF

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.

Das Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München ist eine lokale Organisation, die den folgenden Zweck hat:

- Menschen mit der Haltung und dem Prozess der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg bekannt und vertraut zu machen.
- Menschen, die sich für die Gewaltfreie Kommunikation einsetzen, miteinander zu vernetzen.
- Menschen dabei zu unterstützen, lebensdienliche Strukturen zu schaffen.



Mit unserem Netzwerk setzen wir uns für einen neuen Weg ein, mit der Sprache bewusst und verantwortungsvoll umzugehen, damit es uns schrittweise gelingt,

- uns so zu verständigen, dass wir echte Chancen haben, das zu bekommen, was wir brauchen,
- Gedankenmuster, die zu Ärger und Aggressionen führen, zu verstehen und abzubauen,
- auf dem Weg hin zu einer Konfliktlösung weder unser Anliegen aufzugeben, noch die Beziehung zu unseren Mitmenschen aufs Spiel zu setzen,
- konkret umsetzbare Handlungsschritte zur Veränderung für uns und unser Gegenüber zu entwickeln mit dem Ziel, die Anliegen aller im Auge zu behalten.

Kontakt:

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.
Telefon: 0049 / 89 / 88952871
E-mail: gudrun_haas@t-online.de
Postanschrift: Postfach 50 04 71, 80974 München

Unser Spendenkonto:

Raiffeisenbank München Nord Konto-Nr. 436054 BLZ 701 694 65
IBAN: DE62 7016 9465 0000 4360 54
BIC: GENODEF1M08

